



**Freie und Hansestadt Hamburg**

**Drucksache XVII/432**

**Bezirksamt Bergedorf**

**T Ä T I G K E I T S B E R I C H T**

**D E S**

**B E Z I R K S A M T E S B E R G E D O R F**

**B E R I C H T S J A H R 2 0 0 5**

**(25. Fortschreibung)**



## VORWORT

Das Bezirksamt legt mit dieser Ausgabe seinen Tätigkeitsbericht 2005 vor, um damit - wie in den Vorjahren auch- über die Arbeit des vergangenen Jahres durch Zahlen, Daten und Fakten zu informieren.

Diese Informationen sollen Interessierte einladen, sich mit der Arbeit und der Entwicklung des Bezirksamtes zu befassen, die mit den jährlichen Tätigkeitsberichten nun schon zum 26. Mal dokumentiert werden.

Wir fordern erneut zur Aufgabenkritik auf und freuen uns über Anregungen, die der Arbeit des Amtes dienen könnten.

Dr. Christoph Krupp

Bezirksamtsleiter



## INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
<b>1. Verwaltungsdezernat</b>	
1.1 Verwaltungsamt	6
1.1.1 Allgemeine Abteilung	6
Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit	6
Gebäudemanagement	8
Katastrophenschutz	9
Sport	9
Koordinator für Aussiedler- und Asylbewerberfragen	11
Stadtteilkultur	11
Lichtwarkausschuss	14
1.1.2 Personalabteilung	15
1.1.3 Haushaltsabteilung	18
1.1.4 Organisationsabteilung	19
1.2 Einwohneramt	21
1.3 Standesamt	27
1.4 Beauftragte für Beschäftigungsförderung und soziale Stadtteilentwicklung	29
<b>2. Rechts-, Gesundheits- und Verbraucherschutz-     dezernat</b>	
2.1 Rechtsamt	32
2.2 Gesundheitsamt	35
2.3 Amt für Verbraucherschutz	40



	<u>Seite</u>
<b>3. Baudezernat</b>	
Bauamt mit	49
3.1 Verwaltungsabteilung	50
3.2 Planungsabteilung	51
3.3 Genehmigungsabteilung	55
3.4 Garten- und Tiefbauabteilung	58
<b>5. Jugend- und Sozialdezernat</b>	
5.1 Jugendamt	62
5.2 Grundsicherungs- und Sozialamt	72
<b>6. Ortsamt Vier- und Marschlande</b>	
6.1 Verwaltungsabteilung	76
6.2 Bürgerzentrum	76
6.3 Bauaufsicht	78
<b>7. Beauftragte für Wirtschaftsförderung (WB) und Verbindungsstelle Liegenschafts- verwaltung</b>	80



Die Organisationsstruktur des Bezirksamtes Bergedorf im Vergleich zur Produktstruktur der Produktinformation

Im Tätigkeitsbericht sind die Aufgaben nach der bisherigen Organisationsstruktur des Bezirksamtes Bergedorf gegliedert. Die folgende Übersicht ermöglicht eine grobe Zuordnung zu den Produktbereichen und -gruppen der für die Bürgerschaft erstellten Produktinformation.

<b>Bezirksamt</b>				Wirtschaftsbeauftragter	
<b>D 1 Verwaltungsdezernat</b>		<b>D 2 Rechts-, Gesundheits- und Verbraucherschutzdezernat</b>		<b>D 3 Baudezernat</b>	<b>D 5 Jugend- und Sozialdezernat</b>
Verwaltungsamt	Einwohneramt	Rechtsamt		Bauamt	Jugendamt
	Standesamt	Gesundheitsamt			Sozialamt
		Verbraucherschutzamt			
<b>Produktbereich 0:</b> Zentrale Verwaltung	<b>Produktbereich 01:</b> Einwohner- und Personenstandsangelegenheiten	<b>Produktbereich 02:</b> Rechts-, Wirtschafts- und Ordnungsangelegenheiten	<b>Produktbereich 04:</b> Gesundheits-, Umwelt- und Veterinärangelegenheiten	<b>Produktbereich 03:</b> Bauangelegenheiten	<b>Produktbereich 05:</b> Jugend-, Grund- und Sozialangelegenheiten
<i>Produktgruppe 01</i> Zentrale Unterstützung der Aufgaben- und Ressourcensteuerung, Aufgaben- und Leistungsunterstützung	<i>Produktgruppe 03</i> Einwohnerangelegenheiten einschl. Sozialleistungen und Wohnungsangelegenheiten	<i>Produktgruppe 05</i> Rechtsentscheidungen und Vertretung in gerichtlichen und anderen Verfahren einschl. Rechtsservice	<i>Produktgruppe 13</i> Gesundheit	<i>Produktgruppe 08</i> Städtebauliche Planung, Realisierung	<i>Produktgruppe 16</i> Jugendhilfe
			<i>Produktgruppe 14</i> Umweltschutz	<i>Produktgruppe 09</i> Bauaufsicht und Bodenverkehrsangelegenheiten	<i>Produktgruppe 17</i> Grundsicherung u. Sozialhilfe
<i>Produktgruppe 02</i> Zentrale Fachaufgaben (Bevölkerungsschutz, Sport, Stadtkultur, Bürgerhäuser, u. sonst. Freizeitzentren sowie Wahlen/ Volks-/ Bürgerbegehren und -entscheide)	<i>Produktgruppe 04</i> Personenstandsangelegenheiten	<i>Produktgruppe 06</i> Gewerbe- und Ordnungsangelegenheiten	<i>Produktgruppe 15</i> Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärangelegenheiten	<i>Produktgruppe 11</i> Tiefbauwesen	
				<i>Produktgruppe 12</i> Städtisches Grün und Naturschutz	

**Ortsamt Vier- und Marschlande**

Die Abteilungen des Ortsamtes finden sich in den fachlich entsprechenden Produktbereichen und -gruppen wieder.



# 1. VERWALTUNGSDEZERNAT

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen	107,4	96,15	92,49
Sachkostenbudget			
Ansatz und Rest Vorjahr	61.684	67.367	44.249*)
Ausgaben	45.281	56.608	44.249
übertragbarer Rest	16.403	10.759	0
betreute Fachausschüsse	Bezirksversammlung, Hauptausschuss, Fachausschüsse für Wirtschaft und Arbeit, für Sport und Kultur, für Haushalt und Vergabe		

\*)- Kürzung des Dezernatsbudgets insges., Umschichtung zugunsten der Rücklagen für räumliche Veränderungen/Umzüge  
 -> gesamt ./ 84.000,--€  
 - Resteabschöpfung zugunsten des Personalbudgets  
 -> gesamt 65.000,--€

## 1.1 Verwaltungsamt (Zentrale Unterstützung der Aufgaben- und Ressourcensteuerung)

### 1.1.1 Allgemeine Abteilung

Leitung: Otto Steigleder, Tel. 42891-2005

	2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen	28,3	26,76	25,97

### Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

	2003	2004	2005
Anzahl der zu betreuenden ehrenamtlichen Gremien	16	16	16
Anzahl der Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse	103	91 <sup>1)</sup>	101
Anzahl der der Bezirksversammlung vorgelegten Drucksachen	625	532 <sup>1)</sup>	571
Anzahl der Beiträge/Stellungnahmen zu Drucksachen der Bezirksversammlung und deren Fachausschüsse	156	184	258
Aufwendungen für Bezirksabgeordnete und Fraktionen	566.366	577.046	547.567 <sup>2)</sup>
Eingaben an die Bezirksversammlung	46	51	55
Eingaben an die Bezirksamtsleitung	112	139	101

<sup>1)</sup>Die teils niedrigeren Werte sind darauf zurückzuführen, dass bedingt durch die Neuwahl im Februar/März 2004 fast keine Sitzungen stattgefunden haben.

<sup>2)</sup>Seit der Bürgerschaftswahl waren im Gegensatz zu 2004 nur noch 3 Fraktionen in der Bezirksversammlung vertreten.



## Aufgabe und Entwicklung in 2005

Die Anzahl der Eingaben an die Bezirksversammlung unterlag weiterhin nur geringen Schwankungen. Auch im Jahr 2005 lagen die inhaltlichen Schwerpunkte von Eingaben an die Bezirksversammlung überwiegend bei Verkehrsangelegenheiten und im Grünbereich. Die inhaltlichen Schwerpunkte bei den Eingaben an die Bezirksamtsleitung lagen wie in den Vorjahren bei Bau-, Grün- und Sozialhilfangelegenheiten.

Neben der ausschussbegleitenden Tätigkeit waren 2005 folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Fortsetzung der Arbeiten für ein Internet-Portal unter dem Domainnamen „bergedorf.de“. Hier werden alle Internetauftritte Bergedorf betreffend zusammengeführt.
- Fortsetzung der Einstellung des Bezirksamtes in das Internet unter "Hamburg.de".
- Redaktionsarbeit für die aktuelle Auflage der Broschüre der Bezirk Bergedorf
- Organisation und Durchführung des Rathaus-/Stadtfestes Ende August 2005
- Organisation und Durchführung des Jahresempfangs des Bezirksamtes am 26. August 2005
- Organisation und Durchführung der Bundestagswahl am 18.09.2005
- Organisation und Durchführung der Nachwahlen im Jugendhilfeausschuss im März
- Organisation und Durchführung der Neuwahl der Seniorenvertretung im April
- Organisation und Durchführung des 17. Helfertages der Bezirksversammlung am 29. November 2005.
- Organisation und Durchführung des Adventsbasars
- Mitarbeit im Arbeitskreis und den Arbeitsgruppen Tourismus
- Mitarbeit in den Arbeitskreisen Sternwarte und Museum
- Mitarbeit in den Arbeitskreisen Neues Wahlrecht u. Volksentscheid

## Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Rhythmus von 14 Tagen fanden bei der Bezirksamtsleitung Pressegespräche / Pressekonferenzen statt, die vorzubereiten und zu begleiten waren.

Regelmäßig, d.h. nahezu täglich gibt es Kontakte mit der regionalen und überregionalen Presse - bei besonderen Anlässen auch mit Rundfunk und Fernsehen.

Vorbereitung für die Vornahme von:

Ehrungen:	2003	2004	2005
Eiserne-, Diamantene-, Goldene-, Gnadenhochzeit	3	3	5
90., 100. und jeder weitere Geburtstag über 100	162	178	166

Bei 90. Geburtstagen hat seit 2004 die Senatskanzlei die ausschließliche Versendung von Glückwunschkarten übernommen.

Ehrungen zu den 100.Geburtstagen und zu den Ehejubiläen werden weiterhin von den Bezirksamtern durchgeführt.

## Ziele für 2006

- Fortsetzung der Arbeiten für ein Internet-Portal unter dem Domainnamen „bergedorf.de“
- Mitarbeit bei der Einführung eines neuen Einwohnerdatenverfahrens (OK.EWO) für die Bereiche Wahlen und Volksgesetzgebung
- Mitarbeit bei der Einführung eines digitalen Wahlverfahrens
- Mitarbeit im Arbeitskreis Tourismus
- Mitarbeit im Arbeitskreis Sternwarte
- Betreuung des Kooperationskreises Museen
- Mitarbeit bei der Herausgabe des Faltblattes „Auf nach Bergedorf“ 3. Auflage



- Mitarbeit in den Arbeitskreisen Neues Wahlrecht u. Volksentscheid
- Mitarbeit bei der Organisation und Durchführung des Hafenfestes 2006
- Mitarbeit im Kooperationskreis der Museen ( Aufstellen von Hinweisschildern )
- Einführung eines digitalisierten Ratsinformationssystems für das Ausschusswesen
- Redaktionsarbeit für die Neuauflage des Hamburg-Handbuches (Ausgabe 2006)
- Redaktionsarbeit für die Neuauflage des Hartmann-Stadtplanes für Bergedorf
- Volksbegehren „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ und „Rettet den Volksentscheid“ (abhängig vom Ausgang der Entscheidung des Verfahrens vor dem HVerfG)
- Organisation und Durchführung des 18. Helfertages der Bezirksversammlung im November 2006.
- Organisation und Durchführung des Adventsbasars sowie des Spiegelsaalkonzertes vom 1.- 3.12.2006

## Gebäudemanagement

### Aufgabe und Entwicklung in 2005

	2003	2004	2005
Anzahl der zu unterhaltenden eigengenutzten Gebäude	32	30	29
Höhe des Bewirtschaftungsvolumens für eigengenutzte Gebäude	813.284	1.021.470 <sup>1</sup>	977.565
Nutzfläche der zu unterhaltenden eigengenutzten Gebäude in m <sup>2</sup>	18.717	18.626	20.594 <sup>2</sup>
- davon angemietet in m <sup>2</sup>	14.208	14.164	16.104 <sup>2</sup>
durchschnittliche Bewirtschaftungskosten für eigengenutzte Gebäude je m <sup>2</sup>	3,62	4,57	3,96
durchschnittliche Mietkosten je m <sup>2</sup>	6,61	6,60	7,23

Folgende Arbeiten wurden erledigt:

- Erneuerung der Glasfassaden des Lichtwarkhauses (2. Bauabschnitt)
- Renovierung des Niedergangs zum Rathauskeller, Abschluss der Arbeiten auch des „Ratskellers“ nach Grundrenovierung in Anlehnung an die historische Ausführung von 1927
- Baubegleitung der Sanierungen der GWG in und an den Dienstgebäuden
- Restaurierung der Decke im Foyer des Rathauses; Abschluss der Arbeiten in 2006
- Verlegungen von Dienststellen
- Außenrenovierung des Spielhauses „Blaue Welle“
- Übernahme des „Postgebäudes“ für die ARGE
- Mitwirkung bei der Realisierung des Projektes „Rathausenerweiterung“

<sup>1</sup> erhöhte Kosten wegen Veränderung bei der Heizkostenzahlung. Jahresrechnung + monatliche Abschläge in einem Jahr.

<sup>2</sup> Mehr an qm wegen Aufnahme des Gebäudes „Team-Arbeit-Hamburg“ (Stuhrohrstraße) in die Hausverwaltung. Dadurch ebenfalls Erhöhung der durchschnittlichen Miet- und Bewirtschaftungskosten.





### Ziele für 2006

- Abschluss der Restaurierungsarbeiten an der Decke im Rathausfoyer
- Mitwirkung bei der Realisierung des Projekts „Rathausenerweiterung“
  - Verlegung von Dienststellen
  - Organisation von Interimsunterbringungen einzelner Dienststellen
  - Baubegleitung des Abrisses des Dienstgebäudes Wentorfer Straße 38 a und der Garage hinter Wentorfer Straße 30
  - Baubegleitung des Neubaus des Dienstgebäudes Wentorfer Straße 38 a
- Erneuerungen der Sielleitungen im HdJ „Heckkatzen“
- Errichtung eines Lagerraumes für das Spielhaus Kibitz
- Errichtung eines Lagerraumes für das Spielhaus Martha-Damkowski-Kehre
- Innenrenovierung des Jugendclubs Martha-Damkowski-Kehre 14
- Innenrenovierung des Bootshauses Am hohen Stege
- Prüfung, das Rathaus zu illuminieren

### Zentrale Fachaufgabe "Katastrophenschutz"

Der Schwerpunkt der Aufgaben des Sachgebietes „Zivil- und Katastrophenschutz“, lag in diesem Jahr auf dem Themenbereich „Schulung der Mitglieder des Regionalen Katastrophendienststabes (RKD)“.

#### Aufgabe und Entwicklung in 2005

Katastrophenschutz	2003	2004	2005
Anzahl der Katastrophenschutzübungen	2	2	2
Anzahl der Schulungen	12	8	8
Anzahl der Einsätze	0	0	0

Bei 8 Schulungsterminen wurden insgesamt 30 Mitarbeiter des RKD fortgebildet und zum Teil mehrmals in ihre Aufgaben eingewiesen.

### Ziele für 2006

- Vorbereitung und Durchführung von 3 Übungen
  - Übung „WM 2006“
  - Sturmflutübung
  - Deichverteidigungsübung
- Schulung der Stabsmitglieder in ihren Aufgabenbereichen
- Fortsetzung der Anwenderschulung „digitale Lagedarstellung“
- Neuorganisation der personellen Besetzung des RKD. Durch die Neuorganisation soll der RKD in der Stärke flexibler den Einsatzerfordernissen angepasst werden.
- Geschäftsoptimierung ggf. einschl. weiterer technischer Ausstattung
- Neuauflage des „Handbuches“ zum 1. August.

### Zentrale Fachaufgabe "Sport"

#### Aufgabe und Entwicklung in 2005

Neben der Betreuung der 82 im Bezirk vertretenen Sportvereine auch im Hinblick auf die Vergabe von Nutzungszeiten für Sportplätze und Turnhallen und insbesondere die Betreuung der staatlichen Sportstätten gab es folgende Aktivitäten:



- Feriensportaktionen in den Frühjahrs- und Sommerferien
- Ehrung von 270 Sportlerinnen und Sportlern am 21. u. 24.05.2005 für herausragende Leistungen im Vorjahr
- Fertigstellung des Neubaus des Vereinshauses VfL Lohbrügge auf der Sportanlage Wilhelm-Lindemann im Rahmen der Sozialen Stadterneuerung (Einweihung am 24.06.2005) und Abschluss eines Sportrahmenrahmenvertrages mit dem VfL Lohbrügge
- Fertigstellung der Ju-Jitsu-Halle auf der Sportanlage Curslack-Neuengamme (Einweihung am 22.04.2005)
- Fertigstellung des Neubaus Umkleidehaus Fritz-Reuter-Platz (Einweihung am 19.08.2005)
- Fertigstellung des Neuanschlusses der Trainingslichtanlage auf der Sportanlage Elversweg
- Fertigstellung der Renovierung des Badewärterhauses im Sommerbad Altengamme
- Beschaffung und Installation einer neuen Umwälzpumpe für das Sommerbad Altengamme

	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Größe aller Sportflächen in m <sup>2</sup>	432.808	432.808	432.808
Durchschnittlicher Pflegezustand der Sportstätten in % (entnommen dem 10. Bericht über die Ergebnisse der Pflegezustandsaufnahme 2005 der BSU S. 26)	80	78	78
Durchschnittliche Unterhaltungskosten je m <sup>2</sup> Sportfläche	1,52	1,54	1,56

### **Ziele für 2006**

- Feriensportaktionen in den Frühjahrs- und Sommerferien
- Durchführung der Ehrung von Sportlerinnen und Sportlern für herausragende Leistungen im Vorjahr
- Umsetzung künftiger Entscheidungen im Zusammenhang mit der Überlassung von Sportplätzen an die Vereine
- Erstellen eines Nutzungskonzepts für das Billtalstadion unter Einbeziehung der Erkenntnisse aus dem Ergebnis der von einer Studentin angefertigten Diplomarbeit und Begleitung der daran anschließenden Diskussion in Politik und Öffentlichkeit
- Umsetzung des Platzwartes von der Sportanlage Wilhelm-Lindemann auf die Sportanlage Neuallermöhe-Ost (sowie im Bedarfsfall auf die Sportanlage Wilhelm-Stille)
- Beschaffung und Installation einer Stiefelwaschanlage für die Sportanlage Neuallermöhe-Ost
- Beschaffung von Basketballkörben für den Kunststoffplatz auf der Sportanlage Neuallermöhe-Ost
- Abschluss einer „Vereinbarung über die Bewirtschaftung des Sportplatzes Wilhelm-Lindemann und die Zahlung einer Pflegepauschale“ mit dem VfL Lohbrügge
- Reparatur der Brüstung am Eingang zum Billtal-Stadion (Reinbeker Weg)
- Überholung der Trainingslichtanlage im Billtal-Stadion



- Sanierung des „Bolzplatzes“ auf der Sportanlage Mittlerer Landweg (Stolperlöcher im Rasen beseitigen)
- Brunnenneubau für die Beregnungsanlage auf der Sportanlage Wilhelm-Stille als Ersatz für den versandeten Brunnen
- Fertigstellung der Sanierung des Umkleidehauses auf der Sportanlage Curslack-Neuengamme
- Umbau des Grandplatzes zum Kunstrasenplatz auf der Sportanlage Curslack-Neuengamme und Rückbau der Beregnungsanlage
- Installation einer großflächigen Beleuchtung für den rückwärtigen Parkplatz der Turnhalle Moorfleet

### Koordinator für Aussiedler- und Asylbewerberfragen (KÜA)

Der Arbeitsschwerpunkt lag wie im Vorjahr in der Herrichtung und Verwaltung von Unterkünften für Asylbewerber. In den bezirklichen Unterkünften einschließlich der zwischengenutzten Wohnungen der SAGA stehen mit Stichtag 31.12. insgesamt zur Verfügung:

Anzahl der Unterkunftsplätze in den bezirklichen Einrichtungen		
2003	2004	2005
178	178	164

Von der SAGA wird noch 1 Haus genutzt. In der Gemeinschaftsunterkunft August-Bebel-Str. 210 sind ca. 85 Personen untergebracht.

Unter der Trägerschaft pflegen & wohnen bestehen folgende Unterkünfte:

- Pavillon-/Containerdörfer:
- Curslack Neuer Deich 80 (260 Plätze)
- Curslack Neuer Deich 78 (260 Plätze)
- Rothenhauschaussee 100 (ca. 650 Plätze; geräumt Ende 2005)
- Reinbeker Redder 173 „Hirtenland“ (ca. 360 Plätze; geräumt in 2005)
- Unterkunft für bleibeberechtigte Familien, Obdachlose und Aussiedler Rahel-Varnhagen-Weg 12-24 (270 Plätze)

### Stadtteilkultur

#### Aufgabe und Entwicklung in 2005

Im Bereich der Stadtteilkultur waren neben der Betreuung und Beratung von etwa 120 kulturellen Gruppen, Vereinen, Initiativen und Organisationen die Anträge zur Förderung kultureller Projekte zu bearbeiten.

<b>Förderung kultureller Projekte</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Anzahl der gestellten Anträge	21	17	26
davon bewilligt	21	17	24
Gesamtvolumen der gestellten Anträge	37.300	40.330	47.870
davon bewilligt	22.330	23.475	21.500

Daneben wurden folgende Projekte und Aufgaben wahrgenommen:



- Einführung des Datenbanksystems INEZ zur Automatisierung des Zuwendungswesens
- Umsetzung der Regelungen der Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen an Bürgerhäuser, Freizeitzentren, Begegnungsstätten und ähnliche Einrichtungen
- Mitwirkung bei der Bestandssicherung des Hasse – Archivs
- Mitarbeit im Landesrat für Stadtteilkultur und seinen Arbeitskreisen
- Vorbereitung und Durchführung des Rathausfestes am 26. August 2005 in Zusammenhang mit dem Stadtfest und dem Fest der Nationen
- Vorbereitung und Durchführung des 6. Hamburger Ratschlag für Stadtteilkultur am 4. und 5. November 2005 im Stadtteilkulturzentrum LOLA

Institutionelle Förderung des Stadtteilkulturzentrums LOLA	2003	2004	2005
Zuwendung in €	196.000	196.000	196.500
Gesamtzahl der Besucher	64.559	60.526	74.249
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Stadtteilkulturzentrum in €	3,03	3,24	2,65
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Zentrums in %	41	42	39

Institutionelle Förderung des Kultur- & Geschichtskontors	2003	2004	2005
Zuwendung in €	Förderung	51.000	51.520
Gesamtzahl der Besucher	durch die	1.700	1.800
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Zentrums in %	Kulturbehörde	69	69



<b>Betriebskostenzuschuss Bürgerhaus Neuallermöhe-Ost</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Zuwendung in €	34.000	34.000	34.000
Gesamtzahl der Besucher		16.460	29.010
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Bürgerhaus in €		2,07	1,17
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Hauses in %		52	56
<b>Betriebskostenzuschuss Bürgerhaus KulturA</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Zuwendung in €	47.875	47.775	48.870
Gesamtzahl der Besucher		42.882	40.802
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Kulturzentrum in €		1,11	1,09
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Zentrums in %		57	47
<b>Betriebskostenzuschuss Arge-Pavillon Bergedorf-West, P 5</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Zuwendung in €	6.000	6.000	6.000
Gesamtzahl der Besucher		6.300	6.325
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Bürgerhaus in €		0,95	0,95
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Hauses in %		18	15
<b>Betriebskostenzuschuss Bürger- u. Jugendhaus Lohbrügge</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Zuwendung in €	8.000	8.000	8.000
Gesamtzahl der Besucher		3.593	4.302
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Bürgerhaus in €		2,23	1,86
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Hauses in %		65	41
<b>Sondermittel</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Anzahl der gestellten Anträge	62	49	50
Gesamtvolumen der gestellten Anträge	418.000	315.695	185.229
davon bewilligt – Betriebsmittel – Volumen	25	23	27
davon bewilligt – Investitionen – Volumen	35.900	33.220	35.915
davon bewilligt – Investitionen – Volumen	15	10	6
	56.800	37.450	33.500



## Ziele für 2006

- Bescheiderteilung für sämtliche Zuwendungen, Zahlungen und erste Prüfungen der Verwendungsnachweise für Zuwendungen 2005 mit dem Datenbanksystem INEZ
- Umsetzung der Beschlüsse der politischen Gremien zum Thema Kulturinventur
- Pflege der Anschriftenliste Bezirksamt
- Koordinierung des Projekts „Musik Johann Adolf Hasse im Unterricht“, Drucksache 27.1
- Mitwirkung im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Info-Points im Hasse-Geburtshaus/Turm
- Mitwirkung bei den Bemühungen um die Erhaltung des Hasse-Turms.

## Lichtwark-Ausschuss

### Aufgabe und Entwicklung in 2005

Der Lichtwark-Ausschuss bereichert das Bergedorfer Kulturleben mit folgendem Angebot: Theateraufführungen, Konzerte und die Jugend-Wettbewerbe im Theater „Haus im Park“.

### Theateraufführungen und Konzerte

Ab der Spielsaison 2005/ 2006 gilt eine mit der Stäitsch Theaterbetriebs GmbH und der Ohnsorg-Theater GmbH abgeschlossene Kooperation, wonach die Kooperationspartner im Auftrag des Lichtwark-Ausschusses die Gestaltung und Durchführung des Theaterangebots übernehmen. Die neue Spielsaison wird vom Publikum gut angenommen. Die Kooperationspartner gestalten durch ein attraktives Programmangebot die Aufführungen interessant. Unverzichtbar, da einmalig in der gesamten Region, sind weiterhin für die älteren Mitbürger (vor allem Seniorengruppen) die Nachmittagsvorstellungen und der Theaterbus am Abend.

### Veranstaltungen im Theater "Haus im Park"

	2002/2003	2003/2004	2004/2005
Anzahl der Veranstaltungen	28	25	25
Anzahl der Abonnenten	736	596	598
Anzahl der "freien" Besucher	4.020	3.089	3.076
Auslastung der Veranstaltungen	68,39 %	57,5%	57,6%



## Jugendwettbewerbe

Die Bergedorfer Jugendwettbewerbe fördern eindrucksvoll künstlerisch aktive Kinder und Jugendliche. Ihre Durchführung wird durch ehrenamtliche Juroren und finanzielle Unterstützung des Lichtwark-Vereins ermöglicht.

### 26. Jugend-Theatertage

6 Gruppen mit Darstellern zwischen 5 und 23 Jahren zeigten Aufführungen auf sehr gutem bis gutem Niveau.

### 45. Jugendmusikanten-Wettstreit

143 junge Musiker wetteiferten an 4 Tagen um gute Plätze. Das Niveau war durchgängig sehr hoch. Wieder konnte an mehrere Teilnehmer für ihr Vorspiel die höchste Punktzahl vergeben werden. Höhepunkt war das abschließende Preisträgerkonzert mit starker Beteiligung am 19. Juni.

Teilnehmerzahlen	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Musikanten-Wettstreit	164	135	143
Theater-Tage	10	11	6

## Ziele 2006

- Übernahme des Kartenverkaufssystems des Altonaer Theaters für den Lichtwarkauschuss
- Vorbereitung und Durchführung der Jugend-Musik- und Jugendtheatertage im Mai/Juni 2006
- Erarbeitung eines Konzepts zur Durchführung und Finanzierung der Jugendwettbewerbe ab 2007

## 1.1.2 Personalabteilung

Kommissarische Leitung: Monika zur Linde Tel.: 42891.2085

	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Beschäftigungsvolumen	8,4	6,47	6,33

## Aufgabe und Entwicklung in 2005

Bereits in den letzten Tätigkeitsberichten wurde ein Wandel innerhalb der Personalarbeit angedeutet. Dieser Wandel – weg von Routineaufgaben und der reinen Personalverwaltung als Massengeschäft, hin zur Personalbetreuung mit Individualcharakter unter immer wieder neuen Rahmenbedingungen- hat sich weiter fortgesetzt.

Dies hat verschiedene Ursachen:

Zum einen ist die Verwaltung im Umbruch. Es hat zahlreiche organisatorische Veränderungen im Verwaltungsaufbau gegeben. Abteilungen der Bezirksverwaltung, wie z.B. Liegenschaftsamt, Hochbauabteilung und nicht zuletzt Teile des Grundsicherungs- und Sozialamtes wurden ausgegliedert bzw. in andere Organisationsformen integriert, weitere Organisationsmaßnahmen werden folgen. Diese Veränderungen bringen nicht nur die reine Abarbeitung geänderter Personaldaten mit sich, sondern erfordern auch aufwändige Individualberatungen.



Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in einer ARGE Hartz IV (Arbeitsgemeinschaft der Bundesagentur für Arbeit und der Freien und Hansestadt Hamburg) stellte die Personalabteilung auch in 2005 vor eine besondere Herausforderung. Unter zum Teil sehr unklaren Rahmenbedingungen waren Eingruppierungs- und Beförderungsfragen sowie Zulagengewährungen und Überstundenabgeltungen zu prüfen. Widersprüchliche Aussagen von der BWA einerseits und der ARGE andererseits führten hierbei immer wieder zu ungeklärten Rechtslagen und Unsicherheiten bei den Bediensteten. Außerdem war die Personalabteilung an zahlreichen Personalauswahlverfahren für die ARGE beteiligt.

Auch das Projekt interner Arbeitsmarkt (PIA) des Personalamtes hat die Personalabteilung weiter gefordert. Das Bezirksamt musste inzwischen sechs PIA-Meldungen wegen struktureller Mobilität abgeben. Ein erster Vermittlungserfolg in Zusammenarbeit mit PIA konnte erzielt werden. Durch das hier vorgeschriebene Verfahren für die Meldung und die Personalkostenerstattung entsteht ein hoher Bearbeitungsaufwand und zusätzlich auch noch ein immenser Beratungsbedarf für die Betroffenen.

Um eine präzise Übersicht über das Personalkostenbudget zu erhalten, wurde eine regelmäßig stattfindende, sogenannte „Budgetrunde“ installiert, an der die Personalabteilung mitwirkt.

Die Beschäftigung von integrierten Ein-Euro-Kräften hat wegen der gemäß SGB II zu gewährleistenden Gemeinnützigkeit und der Voraussetzung der „Zusätzlichkeit“ zu einem erhöhten Abstimmungsbedarf und zu Verhandlungen zwischen dem Personalrat, der Beschäftigungsdienststelle und der Personalabteilung geführt.

Mit Einführung des dynamischen Fehlermanagement im Personalabrechnungssystem (PAISY) konnte die korrekte Dateneingabe optimiert werden. Die Pflege des Datenbestands ist intensiver geworden, da das Personalamt mehr als bisher für die Personalbedarfsplanung und andere statistische Auswertungen und Analysen auf korrekte Daten angewiesen ist und hierfür auch neue zu pflegende Datenfelder eingerichtet hat.

Im Bereich Ausbildung gehörte die Fertigstellung eines Ausbildungsordners für alle Beteiligten an der Ausbildung in digitaler Form zu den Schwerpunkten in 2005

Neben den üblichen Auszubildenden für den allgemeinen Verwaltungsdienst bildet das Bezirksamt auch Gärtner aus. Im Einstellungsverfahren für diese Azubis ist auffällig, dass inzwischen weit über 100 Bewerbungen für 4 Ausbildungsplätze die Regel sind. In diesem Zusammenhang engagiert sich das Bezirksamt Bergedorf auch im Hamburger Hauptschulprojekt, das die Steigerung der Berufseinstiegschancen für Hauptschulabgänger zum Ziel hat.

Im Bereich Fortbildung hat der Bereich Praktika einen deutlich höheren Schwerpunkt bekommen u.a. durch vermehrte Wiedereingliederungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit. Auch Anfragen für Betriebspraktika von Schülern treten vermehrt auf, die auch weitgehend realisiert werden konnten.

Die Zentralisierung der Fortbildung im Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF) seit dem 01.07.05 die eigentlich eine Entlastung im Bereich der bezirklichen Fortbildungsarbeit darstellen sollte, verursachte im ersten Halbjahr 2005 einen erheblichen Vorbereitungsaufwand und im zweiten Halbjahr einen Mehraufwand an Abstimmungsprozessen.

Die Arbeit im Bereich Personalentwicklung konzentrierte sich weiterhin auf die Einführung des neuen Beurteilungswesens. Die Personalabteilung hat Informationsveranstaltungen in drei Bereichen durchgeführt und eine Beurteilerkonferenz moderiert. Teamentwicklungsprozesse wurden weiter durch Maßnahmen in drei Bereichen begleitet. Ein weiteres Coaching wurde organisiert.





Im Rahmen der Federführungsverantwortung war die Personalabteilung an der Umsetzung der Hamburgischen Bauordnung beteiligt. Vordringlich ging es um die Schulung aller Mitarbeiter in der Genehmigungsabteilung.

Die Verwaltungsreform erforderte eine Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe der Finanzbehörde zur Steigerung der Attraktivität der Arbeitsplätze in der Bezirksverwaltung.

Im Betrieblichen Gesundheitsmanagement wurden aufgrund der großen Nachfrage die Fachvorträge ( 8 Vorträge mit insgesamt 130 Teilnehmern ), die Bewegungspause ( regelmäßige Teilnahme von ca. 25 Mitarbeitern ) und die Rückenschule ( 9 Teilnehmer ) fortgeführt. Neu im Angebot waren 1 Kurs ‚Nordic Walking‘ mit 9 Teilnehmern und zwei Kurse ‚Walking‘ mit insgesamt 36 Teilnehmern.

In 2005 ist es gelungen, immerhin noch 14 Teams für die Teilnahme an der Aktion ‚Mit dem Rad zur Arbeit‘ zu motivieren.

An der Entwicklung eines bezirksübergreifenden Verfahrens für das Betriebliche Eingliederungsmanagement gem. § 84 SGB IX wirkte die Personalabteilung mit.

<b>Kennzahlen</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Anzahl von Fortbildungstagen pro Beschäftigten	1,7	1,3	0,9 <sup>1</sup>
∅ Fortbildungsausgaben je Beschäftigten in €	106	97	51,54 <sup>1</sup>
∅ Krankenquote in %	5,8	6	6,4 <sup>3</sup>
Quote (in %) der Schwerbehinderten	8,06	9,39	9,95

<b>Das Bezirksamt beschäftigte</b>		<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Beamte		197	192	200
davon (in %)	Weiblich	59	59	60
	Männlich	41	41	40
	Teilzeitbeschäftigt	29	27	29
	beurlaubt o.ä.	8	7	6
Angestellte		316	301	308
davon (in %)	Weiblich	59	60	61
	Männlich	41	40	39
	Teilzeitbeschäftigt	31	31	29
	Weiblich	83	83	84
	Männlich	17	17	16
	beurlaubt o.ä.	7	7	8
Arbeiter		57	54	53
davon (in %)	Weiblich	20	22	23
	Männlich	80	78	77
	Teilzeitbeschäftigt	14	13	13
	Weiblich	76	86	100
	Männlich	24	14	0
	beurlaubt o.ä.	2	2	0
Geringfügig u. sonstige Beschäftigte		6	2	2
Auszubildende (gewerblich)		7	9	7
Beschäftigte insgesamt		583	558	570 <sup>4</sup>
in Relation zur Einwohnerzahl (1Beschäftigte: X Einwohner)		50	47	48
Honorarkräfte		153	149	110

<sup>1</sup> Vorläufige Zahl – Datenlieferung des Zentrums für Aus- und Fortbildung (ZAF) für 2005 noch nicht vollständig

<sup>2</sup> Stand 30.11.2005<sup>3</sup> mehr Beschäftigte insges. bedingt durch Zugänge ARGE



## Fachliche Ziele und Arbeitsprogramm 2006

- Überbezirkliches Konzept zum Eingliederungsmanagement für Langzeitkranke mitentwickeln und im Bezirksamt umsetzen
- Begleitung Coaching aus Anlass der Neuorganisation im Bauamt
- Erste Aktivitäten/Gespräche Hamburger Hauptschulprojekt
- Fortführung Geschäftsprozessoptimierung bei der Genehmigungsabteilung durch Moderation von Qualitätszirkeln
- Fortführung Moderation Qualitätszirkel bei der Stadtplanungsabteilung
- Optimierungsworkshop Betriebliche Gesundheitsförderung im Rahmen der Fachamtsleiterrunde
- Monatliche Fachvorträge zur Betrieblichen Gesundheitsförderung organisieren
- Ggf. Umsetzung der Konsequenzen aus der Einführung des neuen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TvöD).

### 1.1.3 Haushaltsabteilung

Leitung: Hans Fuhrmann, Tel. 42891-2010

	2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen	8,4	8,33	8,42

#### Aufgabe und Entwicklung in 2005

Der Jahresverlauf 2005 war in der Haushaltsabteilung geprägt von einer Fülle von Anpassungsbedarfen im führenden IuK-Haushaltsverfahren SAP/R 3. Ursache waren organisatorische, strukturelle und haushaltsrechtliche Entwicklungen, deren inhaltliche Vorgaben und Auswirkungen neben den regelhaften Pflichtaufgaben in die SAP-Systematik einzupflegen waren (zum Teil Massenarbeiten unter erheblichem Termindruck).

Eine besondere Leistung waren Umsetzungen überbezirklicher Projekte und Richtungsentscheidungen wie die Einführung der Anlagenbuchhaltung und des Gebäudekosten-Controllings, Veränderungen fachbehördlicher Strukturen, die Implementierung der Bewirtschaftung des SGB II-ARGE-Standortes sowie vorbereitende Maßnahmen im Rahmen der Entflechtungsdiskussion.

Auch 2005 ist es wieder gelungen, den inhaltlichen und terminlichen Anforderungen der formalen Haushaltsverfahren gerecht zu werden und auch im internen Betriebsablauf nennenswerte Störungen zu vermeiden.

<b>Gesamtumsatz in TEUR</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005 <sup>1</sup></b>
Einnahmen	8.440	6.766 <sup>2</sup>	7.001
Ausgaben	72.694	72.153	65.099
Bauinvestitionen/Beschaffungen	10.821	9.723	10.139
Sach-, Fach- und Betriebsausgaben	61.873	62.430	54.960 <sup>3</sup>
<b>Barumsätze in TEUR <sup>4</sup></b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Einnahmen	3.881	3.580	2.219
Ausgaben	3.944	3.619	2.242

<sup>1</sup> Zahlenwerk vorbehaltlich endgültiger Jahresabschluss

<sup>2</sup> Umschichtung der Liegenschaftseinnahmen i.H.v. rd. 1,7 Mio/€ in den Einzelplan der Finanzbehörde

<sup>3</sup> anderweitige Ausweisung von rd. 8 Mio/€ ehemals „pauschalisiertes Wohngeld“ für Sozialhilfe-Empfänger (Hartz VI/SGB II)

<sup>4</sup> Rückgang Sozialhilfe ab Februar 2005 (Hartz IV/SGB II)



**Ziele für 2006**

Jahresübergreifend vorrangiges Ziel ist wie stets die sachlich korrekte und vollständige Abwicklung der termingebundenen Pflichtaufgaben im Zusammenhang mit der Aufstellung, Bewirtschaftung und Abrechnung des Haushalts sowie im Kassengeschäft.

Ergänzend zum laufenden Geschäft für 2006 sieht die Aufgabenplanung der Haushaltsabteilung nachstehende Maßnahmen vor:

- Sicherstellung der Transparenz und der korrekten Zuordnung der Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit Hartz IV zwischen den Kostenträgern Bezirksamt und Bundesagentur für Arbeit mit dem Ziel einer modifizierten, separaten Veranschlagung und Ermittlung plausibler Haushaltsansätze für 2007 ff.
- Vorbereitende Maßnahmen zur Anpassung des SAP-Finanzstellen-Planes an die künftige Organisationsstruktur des Bezirksamtes einschl. Erstellung jahresübergreifender Verknüpfungs-, Überleitungs- und Kontierungsregeln für 2007 ff.
- Sicherstellung des adäquaten Ressourcenübergangs im Rahmen von Entflechtungsmaßnahmen
- Korrekturen, Komplettierung und Verfahrensoptimierung in der operationalen Anlagenbuchhaltung für bezirkseigene und fachbehördliche Projekte sowie Unterstützung in der Einführungsphase des Gebäudekosten-Controllings
- Überprüfung, Aktualisierung und ggf. Neustrukturierung der Bemessungskriterien und Berechnungsmethoden für die dezentralen Sachmittelbudgets
- Inhaltliche und redaktionelle Anpassung des Controllings/Berichtswesens im Zuwendungsbereich an die automatisierten Auswertungsmöglichkeiten des INEZ-Verfahrens
- Überprüfung, Selektion, Aktualisierung, Zusammenfassung und Überarbeitung von SAP-Anwenderleitfäden, -Merkblättern und -Arbeitshinweisen mit der Zielsetzung der Auflage eines praxisgerechten SAP-Anwender-Handbuches für die Mittelbewirtschaftung.

**1.1.4 Organisationsabteilung**

Leitung: Ingo Meier, Tel. 42891-2019

	2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen	12,33	14,03	10,85

**Aufgabe und Entwicklung in 2005**

Die Organisationsabteilung hat die Arbeitsschwerpunkte:

- Die Prozesse aus den Senatsentscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung und Entflechtung waren in der 2. Jahreshälfte zu begleiten.  
Das Schwergewicht der Entflechtung liegt im Bereich der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Das Bezirksamt Bergedorf ist für deren Geschäftsfelder „Federführungsamt“ und somit bei allen Ressourcenfragen beteiligt. Der Aufbau der „Bezirklichen Ordnungsdienste“ war ebenso zu begleiten wie die Herauslösung der Forsten aus der Behörde für Wirtschaft und Arbeit.



- Aufbau- und Ablauforganisation, qualitative und quantitative Stellenwirtschaft, Fragen des Raumbedarfes sowie Begleitung der Vorhaben Rathausenerweiterung und Dienstleistungszentrum am Bahnhof.  
Der Prozess zur Konsolidierung im Personalhaushalt nach den Jesteburger Senatsentscheidungen war im Jahr 2005 abzuschließen.
- Neuorganisation des Grundsicherungs- und Sozialamtes inkl. Mitarbeit in einem überbezirklichen Arbeitskreis zur Entwicklung eines neuen „Personalbedarfsfeststellungssystems“.
- Begleiten der bezirksamtsinternen Reorganisationsprozesse zur Bildung der Garten- und Tiefbauabteilung.
- Optimieren der Auswertungsmöglichkeiten der Personal- und Budgetdaten gemeinsam mit der Personalabteilung.
- Modernisierungsaktivitäten  
Die Funktion des zentralen Controllings ist Daueraufgabe geworden. Der Prozess für alle „Ziel- und Leistungsvereinbarungen“ wird laufend begleitet.
- Planen, Koordinieren, Realisieren und Betreuen von Vorhaben der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) innerhalb des Bezirksamtes und Betreuen der unterschiedlichen Verfahren und der Anwender.  
Das Schwergewicht lag bei der regelhaften Ersatzbeschaffung nach den in der Stadt geltenden Abschreibungszyklen sowie der Ergänzung der Netzwerkkomponenten zur Steigerung der Leistungsfähigkeit bei steigenden Anforderungen an die Übertragungsleistung. Der Neubau am Kampweg 4 (Schleusengraben) war an das städtische Datennetz anzuschließen; das inhouse-Netz war zu realisieren. Die Umzüge einer Reihe von bezirklichen Dienststellen waren für das Netzwerk und die konkrete Arbeitsplatzausstattung nachzuführen.
- Mitwirken in den überbezirklichen/-behördlichen Projekten zur Neuordnung der IT- Organisation bzw. - Administration „ITB“ und „ESARI/30k“.  
Die Überführung erster Dienststellen zum Dienstleister Dataport ist vollzogen.
- Mitwirken am Projekt „Hamburg-Service“.  
Das Projekt „Hamburg-Service“ ist in 2005 in den Linienbetrieb übergegangen. Das für den Betrieb erforderliche „Hamburg-Service-Informationssystem“ mit den für das Bezirksamt relevanten Daten ist laufend zu aktualisieren. Die Grundversion ist weiter optimiert worden. Das Konzept des Bezirksamtes zur Erreichbarkeit bewirkt den Spitzenplatz in der Bezirksverwaltung.

### **Ziele für 2006**

- Mitarbeit in den bezirksamtsinternen Projekten zur Bildung der neuen Dezernatsstrukturen und Dienstleistungszentren.
- Vertreten der Interessen aller Bezirksämter bei Entflechtungen im Bauwesen unter dem Aspekt der Auswirkungen auf die Personalkostenbudgets der Bezirksämter.
- Begleiten der anstehenden Veränderungen aus Anlass der neuen Hamburgischen Bauordnung und damit Prüfen möglicher tarif- bzw. besoldungsrechtlicher Konsequenzen, Begleiten der nach Senatsbeschluss von 2006 stattfindenden Organisationsuntersuchung in allen Bauprüfdienststellen, Federführungsaufgaben bei der Weiterentwicklung des Bildschirmdialogverfahrens „Bauangelegenheiten mit Computerunterstützung“ (BaCom).



- Begleitung bzw. Vorbereiten des ESARI-Prozesses einschließlich Organisation des Abschmelzprozesses im IuK-Abschnitt.
- Einbindung der Rathuserweiterung in das städtische Datennetz.
- Teilhabe an Maßnahmen zum Aufbau von e-Government in Hamburg ( Digitaler Bauantrag, Projekt „Stadtplanung im Netz“ ).
- Herbeiführen einer Entscheidung über das e-Governmentvorhaben „Aufgrabescheine“.
- Wahrnehmen der Funktion des „Hamburg Service-Redakteurs“ zur Optimierung und Aktualisierung der Dienstleistungs-, Organisations- und Personendaten; Moderation des Prozesses zur weiteren Optimierung des Konzepts zur telefonischen Erreichbarkeit; Unterstützung des Bauamtes beim Entwickeln der im Hamburg Service hinterlegten Dienstleistungsdaten für den Federführungsbereich.

**1.2 Einwohneramt  
(Einwohnerwesen einschließlich Ausländerangelegenheiten, Sozialleistungen und Wohnungswesen)**

Leitung: Siegward Zur, Tel. 42891- 3462

	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Beschäftigungsvolumen	30,43	30,56	30,06

**Aufgabe und Entwicklung 2005**

Die Suche nach Möglichkeiten zur Optimierung der Kundenbetreuung und von Geschäftsprozessen ist zu einem ständigen Prozess geworden und wirkt sich durchweg positiv auf nahezu alle Geschäftsbereiche aus. Sehr erfreulich ist dabei die kreative und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Kolleginnen und Kollegen im Einwohneramt durch alle hierarchischen Ebenen.

Die neuen Öffnungszeiten wurden von den Kunden akzeptiert, die Bedingungen für die Sachbearbeitung wurden mit Einführung aufeinander abgestimmter Sprechzeiten und verlässlicher Zeiten für Terminvereinbarungen im gesamten Bereich des Einwohnerwesens weiterhin deutlich verbessert. Fortgesetzte Kunden- und Teamorientierungsseminare haben entscheidenden Anteil daran, dass auch im Jahr 2005 keine einzige begründete Dienstaufsichtsbeschwerde vorgetragen worden ist.

Längere Wartezeiten und ein deutlich erhöhter Informationsbedarf haben sich in den Bürgerzentren insbesondere nach der Einführung neuer Techniken im Pass- und Ausweiswesen (neue Passbilder, elektronische Sicherheitsmerkmale in Pässen) ergeben.

Die Optimierung der Aufgabenbewältigung durch die Ausbildung von Sachbearbeiter/innen für den Einsatz an unterschiedlichen Arbeitsplätzen hat sich bewährt und war erneut Grundvoraussetzung dafür, trotz z.B. langfristiger Krankenausfälle und saisonal bedingter Arbeitsspitzen in den Aufgabenbereichen des Einwohnerwesens ohne Personalverstärkung auszukommen.

Arbeitsrückstände konnten durch flexiblen Einsatz des außerordentlich kundenorientierten Mitarbeiter/innenstabes nahezu vollständig vermieden werden. Darüber hinaus war es möglich, allen Anforderungen an haushaltskonsolidierenden Maßnahmen auch im Bereich von Personaleinsparungen gerecht zu werden.



Neue Aufgaben im Einwohnerwesen sowie erhebliche Veränderungen von Rahmenbedingungen, Rechtsvorschriften und Organisationseinheiten konnten ohne Personalzuwachs allein mit zeitlich befristeter, freiwilliger Leistung von Mehrarbeit aufgefangen werden.

Allgemeine Kennzahlen	2003	2004	2005
Bevölkerungszahl im Bezirk Bergedorf <sup>1</sup>	117.076	117.973	118.414

Nach der Entwicklung der Einwohnerzahlen ist zu erwarten, dass Bergedorf gegen Ende des Jahres 2006 die 120.000 Einwohnermarke erreicht haben könnte.

### **Gesetzliche Veränderungen, technische Veränderungen / Verbesserungen**

Der "online-Zugriff auf das Melderegister durch Dritte" seit September 2003 für Privatpersonen und insbesondere für andere Dienststellen innerhalb der FHH wird ständig mehr genutzt. In der Praxis gab es allerdings Probleme durch die (gesetzlich vorgesehene) eingeschränkte Suchstrategie. Als Folge davon wird wieder mehr telefonisch nachgefragt, nachdem die Online-Suche keinen Erfolg brachte.

Das Einwohneramt darf dann jedoch nach den Vorschriften der Meldedaten-Übermittlungsverordnung keine Auskünfte geben! Damit sind die telefonischen Konflikte programmiert.

Eine spürbare Verringerung der schriftlichen Auskünfte konnte kaum festgestellt werden. Die Ursachen sind nach wie vor unbekannt. Möglich ist, dass durch eine (gesetzlich bedingte und ansteigende) Verschlechterung der Qualität des Melderegisters mehrfach nach denselben Personen nachgefragt wird. Statistiken werden darüber nicht geführt.

Der Anfang 2005 eingeführte Betrieb des telefonischen HamburgService hat nach erheblichen Einführungsproblemen eine erkennbare Verringerung der Anrufe in den Meldedienststellen bei gleichzeitiger verbesserter Erreichbarkeit zur Folge. Schätzungen zufolge hat sich das Telefonaufkommen um rd. ein Drittel verringert. Allerdings ist zu beobachten, dass Kunden, die im Besitz der Durchwahlnummern sind, diese auch benutzen und damit den Entlastungseffekt in steigendem Maße zunichte machen.

Die Umstellung der Administration und des Service im Einwohnerwesen durch ESARI (Effizienzsteigerung der Arbeit durch Reorganisation der IuK-Strukturen) hat im April 2005 stattgefunden.

Die Änderungen im Lohnsteuerrecht müssen weiterhin mit großem Aufwand in die Lohnsteuerkarten eingetragen werden, weil die Daten nach wie vor nicht im Meldedaten-system MEWES gespeichert werden.

Die vollständige Ablösung des bisher geltenden Ausländerrechts durch das neue Aufenthaltsgesetz sowie Freizügigkeitsgesetz/EU, Integrationskursverordnung, Ausländerdatenverarbeitungsverordnung, Ausländeraltersangabendeiverordnung sowie durch zahlreiche Änderungen von Vorschriften betr. Asyl, Visa, Arbeitsaufnahme und Erwerbstätigkeit u.a. hatten weit reichende Folgen. Zwar hat sich eine allgemeine Erleichterung in der Sachbearbeitung ergeben. Erschwernisse, z. B. durch interne Zustimmungsverfahren der Bundesagentur für Arbeit und durch die Integrationsmaßnahmen, heben diese Vorteile aber wieder auf.

Die Auswirkungen neuer sozialer Rechtsvorschriften nach dem Inkrafttreten am 01.01.2005 konnten bisher dank gut ausgebildeten Personals bewältigt werden. Die Auswirkungen von Hartz IV in die Bereiche Wohngeld und Erziehungsgeld haben die prognostizierte spürbare Entlastung zur Folge gehabt. So konnten im Wohngeldsektor 1,5 Stellen für andere Aufgaben freigestellt werden.

<sup>1</sup> Jeweils zum 31.12. des Vorjahres.





### Abteilung für Einwohnerdaten

Bürgerzentrum Bergedorf (BüZ/B)	2003	2004	2005
Anzahl der erteilten Personaldokumente <sup>1</sup>	9.908	8.893	8.934
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen	12.242	12.626	11.648
Schriftliche Auskünfte (weniger wg. online Zugriff durch andere Behörden u. private Benutzer und Steuerung der Auslastung der BüZ Nam u. Vm)	21.685	14.910	11.478
Summe aller Leistungen (s.o. und s.u. Anm.4)	72.338	63.344	58.522

Bürgerzentrum Neuallermöhe (BüZ/Nam)			
Anzahl der erteilten Personaldokumente	4.640	4.724	4.140
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen <sup>1</sup>	3.997	4.238	3.533
Schriftliche Auskünfte (s.o. und s.u. Anm.4)	nur gemeinsam mit Vm erfasst	13.559	9.466
Summe aller Leistungen (s.u. Anm. 4)	28.068	34.875	28.729

### Ausländerabschnitt

Die mit hohem Zeitaufwand durchgeführte Befragung im Rahmen der Terrorismusbekämpfung wird auch künftig durchgeführt.

	2003	2004	2005
Verpflichtungserklärungen nach § 84 Ausländergesetz (Einladungen an Besucher aus dem Ausland)	2.470	2.250	1950
Anzahl der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen (wesentlich mehr durch neues EU-Recht)	2000	1.800	2837
Anzahl der abgelehnten Aufenthaltsgenehmigungen (durch Aufnahme neuer Staaten in die EU weniger Fälle im Bereich des stringenten Aufenthaltsgesetzes)	50	45	35
Freizügigkeitsbescheinigungen (neu seit Einführung des neuen Ausländerrechts)	-	-	240

### Wohnraumversorgung und -schutz

Preiswerter bzw. "bezahlbarer" Wohnraum wird in steigendem Maße mehr nachgefragt als angeboten. Dieses kann nach wie vor sowohl eine Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Situation als auch auf besondere wohnungspolitische Umstände zurückzuführen sein:

Die Zahl der zur Verfügung stehenden öffentlich geförderten Wohnungen (1. Förderweg, sog. Sozialwohnungen) hat sich drastisch verringert (gegenüber 2004 allein um 3.875, gegenüber 2003 bereits um 4.539). Ursache ist ein Auslaufen der sozialen Bindung (im Durchschnitt nach 38 Jahren), ohne das entsprechend neuer öffentlich geförderter Wohnraum in Bergedorf gebaut wurde. Gebaut wird in zunehmendem Maße frei finanzierten Wohnraum, was sich an der steigenden Zahl der Wohnungen insgesamt ablesen lässt.

Wohnungen	2003	2004	2005
-----------	------	------	------

<sup>1</sup> Setzt sich zusammen aus Personalausweisen, vorläufigen Personalausweisen, Reisepässen, vorläufigen Reisepässen und Kinderausweisen als Passersatz.



Gesamtwohnungszahl	51.833	52.296	52.760
Davon Sozialwohnungen	13.339	12.675	8.800

Diese Zahlen werden von der Wohnungsbaukreditanstalt ermittelt. Der Sozialwohnungsbestand vergrößert sich um die neu hinzu gebauten Wohnungen, und verringert sich um jene, die aus der Bindungspflicht nach dem Wohnungsbindungsgesetz nach Ablauf der gesetzlichen Frist herausfallen (im Durchschnitt ca. 38 Jahre). Es war mittelfristig erkennbar, dass z.B. insbesondere in Lohbrügge-Nord ein Großteil der Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen. Der Neubau öffentlich geförderter Wohnungen ist in Bergedorf fast zum Erliegen gekommen.

Die Gelegenheit, mit einem sog. §-5-Schein eine Wohnung zu erhalten, wird somit geringer. Mit dem Auslaufen der sozialen Bindung geht regelmäßig eine zumindest leichte Mieterhöhung einher.

Die erhebliche Zunahme der Freistellungsanträge (Befreiung von der Wohnungsbindung zugunsten jener Mieter, deren Einkommen über den Regelsätzen für den Bezug öffentlich geförderten Wohnraumes liegt) von 34 bewilligten Anträgen (2004) auf 65 bewilligte Anträge (2005), ist ein Indiz dafür, dass selbst öffentlich geförderter, neu erstellter Wohnraum wegen der hohen (Sozial-)Mietpreise (in 2005 fertig gestellter Wohnraum 6,40 EURO/m<sup>2</sup>) und ständig steigender Mietnebenkosten (durchschnittlich 2,58 EURO/m<sup>2</sup>, oberer kritischer Grenzwert bereits bei 3,36 EURO/m<sup>2</sup>) immer schwerer an die eigentlich dafür vorgesehene Bevölkerungsschicht vermietbar wird. Es sind bereits Wohnungsleerstände im öffentlich geförderten Wohnraum (alle Förderungswege) zu beobachten.

Streitigkeiten im Mietpreiswesen, die ein Einschreiten der Verwaltung nötig machen, haben nicht zugenommen.

Die sog. unternehmensbezogene Wohnungsvergabe wurde nicht auf die GWG und die SAGA beschränkt, sondern durch einen Kooperationsvertrag auf viele Träger öffentlich geförderten Wohnraumes ausgedehnt. Damit sollte das wohnungs-politische Ziel, schwer vermittelbare Klienten nicht nur in öffentlich geförderten Wohnraum unterzubringen, erreicht werden. Eine spürbare Erleichterung oder Verbesserung der täglichen Arbeitspraxis in dem veränderten Benennungsverfahren betr. vordringlich Wohnungssuchende konnte nach Beobachtungen in Bergedorf bisher allerdings nicht erreicht werden.

Wohnberechtigungsbescheinigungen	2003	2004	2005
Gesamt	2.394	2.288	1.858
Davon			
§-5-Scheine	1.716	1.552	1.201
Dringlichkeitsscheine	587	671	617

Die sinkenden Zahlen bei den §-5-Scheinen sind auch darauf zurückzuführen, dass z.B. Aussiedler in zunehmendem Maße ihre Anträge auf Wohnberechtigungsbescheinigungen direkt bei der seit 01.07.2005 eingerichteten Fachstelle zur Wohnungslosenhilfe beantragen.

Zugenommen hatte die Zahl der Antragsteller, die von der ARGE aufgefordert worden waren, sich um preisgünstigeren Wohnraum zu bemühen. Hier hat noch im Dezember 2005 eine bessere Abstimmung der unterschiedlichen Vorgaben des Wohnungsrechts mit denen des Sozialrechts im Hinblick auf angemessene Mietpreise und zuzubilligenden Wohnungsgrößen stattgefunden.

### **Wohngeld, Erziehungsgeld, Mietbeihilfen, Lastenzuschüsse, Unterhaltssicherung**

Umzüge und organisatorische Neuerungen haben erhebliche Veränderungen mit sich gebracht:

Teile der Wohnungsabteilung (Wohngeld und Wohnraumversorgung) sind vom Bult 2 in den Duwockskamp 1 umgezogen. Das Erziehungsgeld sowie die seit dem 01.10.2005 für ganz Hamburg in Bergedorf zentralisierte Bearbeitung von Unterhaltssicherung sind im Bürgerzentrum Neuallermöhe untergebracht. Dort gibt es jetzt eine ausschließlich dem Einwohneramt zugehörige Abteilung, bestehend aus dem Bürgerzentrum und Leistungsbereich.

Leistungsabschnitt	2003	2004	2005
--------------------	------	------	------





Zahl der Haushalte, die Wohngeld oder Lastenzuschuss erhalten	4.481	4.163	3.237 )*
Anzahl der Haushalte, die Erziehungsgeld erhalten	1.735	1.661	1.590
Anzahl der Haushalte, die Mietverbilligung erhalten weniger u.a. wegen Ausschluss der Leistung bei Bezug von Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV)	165	157	132
Anzahl der bewilligten Anträge auf einmalig oder laufende Leistung nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) die Aufgabe wird seit dem 01.10.05 zentral für Hamburg in Bergedorf wahrgenommen	131	150	1.1.-30.9. 58 1.10.-31.12. 333

)\* Der starke Rückgang dieser Zahl gegenüber 2004 ist mit der Änderung des Wohngeldgesetzes seit dem 01.01.2005 zu erklären. Seither ersetzen bei Empfängern von Leistungen des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes nach dem SGB II und auch bei Empfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung nach dem SGB XII die gezahlten Kosten der Unterkunft das Wohngeld.

### **Folgende Veränderungen für die tägliche Arbeitspraxis werden in 2006 erwartet bzw. sind vorbereitet oder in Vorbereitung:**

Die bereits für 2005 angekündigte bevorstehende Ablösung des luK-Verfahrens DIWOG (Dialogverfahren Wohngeld) durch ein völlig neues System wird auf sich warten lassen. Prognose: Juni 2007.

Auch das Datensystem MEWES (Meldewesen) soll durch ein neues, bereits in Vorbereitung stehendes Verfahren namens OK.EWO (offene Kommunalverwaltung Einwohnerwesen) abgelöst werden. Dieses soll in Teilschritten im Laufe des Jahres geschehen. Zum 01.01.2007 soll die Umstellung abgeschlossen sein. Dann soll Hamburg mit dem neuen System mit Schleswig-Holstein und evtl. mit der Metropolregion Hamburg auf einheitlicher Meldedatenbasis verbunden sein.

Die Einführung von "DATA-Warehouse" in der Melde- und in der Ausländerabteilung wird u.a. die Anforderungen an ein verlässliches Personalbemessungssystem erfüllen. Die bereits für 2005 angekündigte Einführung soll nun in 2006 stattfinden.

Gravierende Veränderungen im Einwohnerwesen, wie sie durch die Bezirksverwaltungsreform vorgesehen sind, haben insbesondere die Leitungskräfte in ganz erheblichen Umfang gebunden. Sonderaufgaben wie Projektarbeit zur Bildung eines sozialen Dienstleistungszentrums unter Einbeziehung eines allgemeinen Dienstleistungszentrums in einem neuen Dienstgebäude und neue Rechtsvorschriften (z.B. Hundegesetz) werden auch künftig besonderen Einsatz abverlangen.

### **Ziele für 2006**

Aus den Erläuterungen zu den einzelnen Fachbereichen ist bereits zu entnehmen, dass die in 2005 angestrebten Ziele nicht nur erreicht, sondern teilweise die Ergebnissen deutlich über den Zielen lagen.

Das fachliche Ziel in 2005 hinsichtlich der durchschnittlichen Wartezeit in Minuten für den Ausländerabschnitt konnte nicht eingehalten werden. Unvorhersehbare und nicht zu kompensierende Personalengpässe haben die Zielerreichung unmöglich gemacht. Auch im Abschnitt für Einwohnerdaten gab es erneute Personalfuktuationen und erhöhte Notwendigkeit, durch Personalausgleich in den Bürgerzentren Neuallermöhe und Vier- und Marschlande die Öffnungszeiten zu garantieren; dieses gelang nicht immer.



## Beibehaltung bisheriger und neue Ziele

- Beibehaltung einer guten Note in der Kundenzufriedenheit. Voraussetzung zur Messung ist aber eine externe Erhebung
- Entscheidung über Anträge oder Sachstandsmitteilung (Zwischennachricht) mit verbindlicher Zusage über den Erledigungszeitpunkt an Kunden nach Antragsannahme binnen 4 Wochen vom Zeitpunkt des Vorliegens der entscheidungsrelevanten Unterlagen, für den Ausländerabschnitt  
Zwischennachricht nach Antragseingang binnen 14 Tagen
- Weitere Verringerung des Publikumszulaufes in die Dienststellen durch standardmäßiges Verweisen auf den Postweg, wo immer dieser möglich ist
- Entzerrung der Publikumsströme durch weiterhin konsequente Ausnutzung der bzw. Werbung für die Terminvergabe
- Integration von OK.EWO in das Meldewesen
- durch die vorgenannten Maßnahmen keine weitere Ausweitung / Verlängerung der Wartezeiten<sup>1</sup>, sondern Erreichung von
  - durchschnittlich <16 Minuten im Bürgerzentrum Bergedorf
  - durchschnittlich <40 Minuten in der Ausländerbehörde
- Fehlzeitenquote nicht höher als 6,0 v.H
- Umsetzung der erwarteten neuen Rechtsnormen(Melderecht, Ausländerrecht, Elternstatt Erziehungsgeld u.a.)
- Verbindung der Aufgaben in der Fachstelle für Wohnungslosenhilfe gemeinsam mit der Wohnungsabteilung -Wohnraumabschnitt-
- weitere Stabilisierung der zentralisierten Aufgabe Unterhaltssicherung.

---

<sup>1</sup> Die Wartezeiten sind nur gemessen für Kunden, die nach dem sog. Vorchecken eine Nummer erhalten haben. Nicht gemessen werden die Wartezeiten für jene Kunden, die nach dem Vorchecken das Amt verlassen haben/mussten, oder die sofort am Info-Tresen, d.h. de facto ohne Wartezeit, bedient worden sind.



### 1.3 Standesamt

Leitung: Peter Kurschildgen, Tel. 42891-2500

	2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen	8,75	8,83	9,75
Geburtsbeurkundungen	774	784	1.004
Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt (§4 Abs. 3 StAG)	34	33	51
Sterbefallbeurkundungen	924	844	816
Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Geburts- und Sterbefallbeurkundungen bei Vorliegen vollständiger Anträge in Tagen	5	4,5	5,5
Anmeldungen der Eheschließung (Aufgebote)	699	756	757
Davon mit Ausländerbeteiligung	129	109	115
Eheschließungen	621	629	600
Beurkundungen von Kirchenaustrittserklärungen	649	583	465

#### **Aufgabe und Entwicklung in 2005**

Die Ziele, die sich das Standesamt für das Jahr 2005 gesetzt hatte, wurden erfüllt und führten zu einer Steigerung der Kundenorientierung und des –services.

Dies gilt insbesondere für die Eheschließungen außerhalb des Standesamtes. Der Modellversuch hat bei den Bürgern/Brautpaaren Anklang gefunden und zu einer positiven Resonanz geführt.

- Die Umstellung der Familienbuchsuchkartei auf elektronische Erfassung ist abgeschlossen. Die Umstellung führt zu einer schnelleren Bearbeitung der Anfragen – insbesondere bei telefonischen Anfragen – und ermöglicht eine bessere Unterstützung der Kunden bei der Beschaffung von beglaubigten Abschriften des Familienbuches.
- Das Angebot des Standesamtes von 20 Eheschließungen am 20.05.2005 wurde von den Brautpaaren angenommen. Die Eheschließungen und die vom Standesamt überreichten Überraschungsgeschenke (Hochzeitstorte, Hochzeitssekt, Lebkuchenherz mit Datumsaufdruck) haben die Brautpaare begeistert und diesen Tag zu einem unvergessenen Erlebnis werden lassen. Die Presse hat dieses Event gebührend begleitet und dargestellt.
- Das Standesamt präsentiert sich seit 2005 im Internet. Die Homepage informiert über das Standesamt allgemein sowie über die besonderen Hochzeitsorte in Bergedorf, die Termine im Bergedorfer Schloss und einiges mehr. Die Internetseiten können unter [www.hh-bergedorf.de](http://www.hh-bergedorf.de) aufgerufen werden.



- Die größte Überraschung war der Babyboom 2005. In Bergedorf wurden gegenüber dem Vorjahr 28% mehr Geburten beurkundet. Zurückzuführen ist diese Steigerung zum einen auf das neue Klinikum und zum anderen auf das Serviceangebot des Standesamtes zusammen mit dem Bethesda Allgemeines Krankenhaus Bergedorf bei Geburtsbeurkundungen. Den Bürgern werden durch dieses Angebot die Laufwege bei der Anmeldung der Geburt abgenommen.
- Die Erhöhung der Fachkompetenz wird auch weiterhin durch die Teilnahme der Bediensteten an regelmäßigen Fortbildungsveranstaltungen des Landesverbandes der hamburgischen Standesbeamten sowie der Fachakademie gewährleistet.
- Die Dekoration des Standesamtes zu Ostern, im Herbst und zu Weihnachten wird von den Bürgern sehr wohlwollend registriert und findet großen Anklang. Sie bleibt ein fester Bestandteil zur Steigerung des vorhandenen Ambientes.
- Die Umstellung der Administration und des Services im Standesamtswesen durch ESARI konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

### **Ziele für 2006**

- Steigerung des Serviceangebotes durch Eheschließungen am 06.06.2006, 09.06.2006 (Eröffnungsspiel der Fußballweltmeisterschaft) und 20.06.2006.
- Stabilisierung der Kundenzufriedenheit durch die Benotung auf der Basis der laufenden Kundenbefragung nicht schlechter als 2,0.
- Angebot von mindestens 110 Eheschließungen im Bergedorfer Schloss.
- Überleitung des Modellversuchs von Eheschließungen außerhalb des Standesamtes in ein ständiges Angebot.
- Ausbau der Homepage im Internet.



## **1.4 Beauftragte für Beschäftigungsförderung und soziale Stadtteilentwicklung**

Dr. Ingrid Stöckl, Tel. 428.91.2530

### **1. Aktive Stadtteilentwicklung Lohbrügge-Nord**

Lohbrügge-Nord ist seit dem Jahr 2000 als Entwicklungsquartier im Programm der Hamburger Stadtteilentwicklung (STEP) und läuft Ende 2006 aus. Ziel ist, diesen Stadtteil, der durch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel besonders belastet ist, zu fördern und sowohl die Lebenssituation vor Ort wie auch die Außenwahrnehmung des Stadtteils zu verbessern. Auf der Grundlage eines integrierten Handlungskonzeptes sind daran verschiedene behördliche Einrichtungen, freie Träger, Wohnungsbaugesellschaften und ehrenamtliche Kräfte beteiligt. Die einzelnen Entwicklungsprojekte werden in der Regel bis zu 50% durch Step-Mittel, die in bezirklicher Verwaltung sind, finanziert, die restlichen 50% durch andere Behörden, Wohnungsbaugesellschaften oder freie Träger.

Im Einzelnen war die Quartiersentwicklung Lohbrügge-Nord geprägt durch die intensive Suche und Planung eines Bürgerhauses, konkrete Planung des Jugendclubs Lohbrügge-West und die Umsetzung folgender Projekte :

- Einweihung der Sport- und Freizeitanlage VfL Lohbrügge.
- Modernisierung des Parktantenhauses Grünes Zentrum mit neuer Trägerschaft.
- Umbaumaßnahme am Fritz-Lindemann-Weg 2 für das KiFaZ Lohbrügge.
- Wohnumfeldverbesserung der GWG-Wohnanlage Korachstraße 3-9.
- Abschließende Umbauplanung des Seniorentreffs Häußlerstraße.
- Schulumfeldmaßnahmen, insbesondere die Schulhofgestaltung der Gesamtschule Lohbrügge.

#### Jugendclub Lohbrügge-West

Die Planungen für den Jugendclub sind in 2005 ein wesentliches Stück vorangekommen. Nach der ursprünglich sehr schwierigen Grundstücksentscheidung wurde in 2005 dem Bezirksamt am Bornbrook das gewünschte Grundstück von der BBS übertragen und der Bauantrag ist gestellt. Im ersten Quartal 2006 soll mit dem Bau begonnen werden.

#### Bürgerhaus Lohbrügge-Nord

Nach mehrjähriger Suche nach einem geeigneten Träger und Standort für ein Bürgerhaus in Lohbrügge konnte in 2005 sowohl ein gemeinnütziger Träger (Wabe e.V) als auch ein geeigneter Standort (Leuschnerstraße, Standort Bürger- und Jugendhaus) gefunden werden. Zudem wurde ein verbindliches Nutzungskonzept entwickelt und die Finanzierung in Höhe von bis zu 1,2 Mio gesichert.

#### Stadtteilbeirat

Neben diesen größeren genannten Projekten sind im Entwicklungsquartier unter kontinuierlicher Beteiligung von Anwohnern und sonstigen Akteuren aus Lohbrügge im Stadtteilbeirat weitere kleinere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation hinsichtlich des Wohnens, der Integration und der Aufwertung des Quartiers beschlossen und von unterschiedlichen Akteuren durchgeführt worden: z.B.: Sprachkurse für Migranten, Stadtteil- und Kinderfeste, kleinere bauliche Investitionen, etc.



## **2. Vorbereitung zur Aufnahme neuer Gebiete ins Programm „aktive Stadtteilentwicklung 2005 – 2008“ oder zur Anmeldung als Sanierungsgebiet**

### Lohbrügge-Ost

Das bisherige Hamburger Stadtteilentwicklungsprogramm wurde mit der Beschlussfassung der Drucksache 18/2127 „Aktive Stadtteilentwicklung 2005 – 2008“ fortentwickelt. Die Aufwertung der Wohnstandorte und öffentlichen Freiräume, die Entwicklung des örtlichen Gewerbes und die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes sowie die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sind wesentliche Leitziele des neuen Programms. Die Aufnahme neuer Fördergebiete in das Programm erfolgt durch Beschluss des Senates.

In 2005 wurde mit den Vorbereitungen zur Anmeldung von Lohbrügge-Ost als neuem Entwicklungsgebiet begonnen. Zunächst wurde eine Untersuchung im Rahmen einer Stärken- und Schwächenanalyse (städtebauliche Situation, Wohnstruktur, Sozialdaten, Bevölkerungsstruktur, soziale und kulturelle Infrastruktur, etc.) im Gebiet durchgeführt. Anfang 2006 erfolgt die behördliche Abstimmung und darauf die Anmeldung bei der BSU.

### Bergedorf-Süd

Ende des Jahres 2005 erfolgte eine Ausschreibung zur Durchführung einer städtebaulichen Untersuchung über Bergedorf-Süd mit dem Ziel, fundierte Erkenntnisse über das Gebiet zu bekommen, um für dieses dann die Aufnahme in das Stadtteilentwicklungsprogramm (als Entwicklungsgebiet) oder in das Sanierungsverfahren (als Sanierungsgebiet) zu beantragen. Das Planungsbüro GEWOS wird in der ersten Jahreshälfte 2006 diese Untersuchung durchführen.

## **3. Beschäftigungsförderung**

### Arbeitsgelegenheiten:

Die Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erfolgt seit Inkrafttreten des SGB II zum 1. Januar 2005 in Form von sog. Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs.3 SGB II. Die Erfordernisse der Zusätzlichkeit und des öffentlichen Interesses müssen jeweils erfüllt sein.

Seit 2005 führt die Behörde für Wirtschaft und Arbeit zusammen mit der ARGE ein Interessenbekundungsverfahren durch, in dessen Rahmen sich die Beschäftigungsträger zur Förderung ihrer Projekte bewerben können. Für alle Beschäftigungsträger waren mit dieser Gesetzes- wie auch Verfahrensveränderung große und schwierige Umstellungen notwendig geworden und führten zu einschneidenden Sparmaßnahmen und auch Qualitätseinschränkungen.

Vor dem Hintergrund, dass weiterhin solche arbeitsmarktlichen Maßnahmen gefördert werden, die einen hohen stadtpolitischen, also auch bezirkspolitischen, Nutzen haben, setzte sich die Beauftragte insbesondere für die Förderung folgender Projekte des bezirklichen Beschäftigungsträgers Sprungbrett GmbH ein:

- Bergedorfer Assistenz in sozialen Einrichtungen (BeA)
- Möbelberg
- Texten und Tippen
- Sauberkeit und Landschaftsbau.

Aufgrund der insgesamt geringen Zahl an bewilligten Maßnahmen (im Durchschnitt 100 – 120 für maximal 10 Monate) konnte angesichts der gestiegenen Arbeitslosenzahl in Bergedorf (6.614 Arbeitlose und 11.334 Arbeitssuchende im Dezember 2005) kein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der bezirklichen Arbeitsmarktsituation geleistet werden. Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit in Bergedorf mit 2% über dem Vorjahreswert und im Vergleich zu allen Hamburger Bezirken überdurchschnittlich hoch angestiegen und liegt bei 11,1 % (Dezember 2005).



### Bergedorfer Netzwerk:

Im März 2005 unterzeichnete das Bezirksamt Bergedorf gemeinsam mit anderen Arbeitgebern, Betreuungseinrichtungen, Rehabilitationseinrichtungen, dem Berufsbildungswerk, der Landesversicherungsanstalt Hamburg, dem Bethesda Krankenhaus, dem Bergedorfer Impuls, den Elbe-Werkstätten, u.a. eine Projektvereinbarung zur „Verbesserung der Teilhabe an der Gesellschaft und Arbeit für psychisch kranke und behinderte Menschen in der Metropolregion Hamburg“ mit dem Ziel, das bestehende Hilfsangebot weiter zu entwickeln, besser zu vernetzen und neue Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen. Die „Scharnierstelle“ zwischen dem Bezirksamt, dem Netzwerk und dem Bergedorfer Impuls bildet die Beauftragte, die erneut die Vorstandsfunktion beim Bergedorfer Impuls e.V. wahrnimmt.

### Alstergärtner:

Im Rahmen des Netzwerk-Verbundes konnte am 20. März nach 21 Monaten Umbau- und Renovierungsarbeiten die Betriebsstätte der Alstergärtner auf dem Gojenberg eingeweiht werden. Dort arbeiten seitdem 20 Menschen mit Handicaps.

## **ESF-Projekte**

Mit finanzieller Unterstützung durch den Europäischen Sozialfonds (ESF), Programm „lokales Kapital für soziale Zwecke“ konnten zwei Projekte durchgeführt werden:

- die Erstellung des Bergedorfer Lehrstellenatlas 2005
- die Fachberatung bei der Entwicklung von neuen Projekten.

## **Ziele für 2006**

- Koordinierung des Stadtteilentwicklungsprozesses, Abstimmung mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und anderen beteiligten Behörden
- Planung und Kontrolle des Mittelabflusses
- Fertigstellung und Einweihung des Jugendclubs Lohbrügge-West am Bornbrook
- Bau und konzeptionelle Gestaltung des Bürgerhaus „Haus für alle“ an der Leuschnerstraße
- Planung, Begründung und Anmeldung des Gebietes Lohbrügge-Ost als neues Entwicklungsgebiet nach dem Programm der aktiven Stadtteilentwicklung
- Durchführung einer städtebaulichen Untersuchung einschließlich eines Bürgerbeteiligungsprozesses für Bergedorf-Süd
- Ggf. Ausschreibung der Quartiersentwicklungsträgerschaft
- Sicherung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit hohem stadtpolitischen Nutzen
- Erweiterung des Angebotes an Arbeitsmöglichkeiten bei der Bergedorfer Impuls GmbH
- Stärkung des Bergedorfer Netzwerkes „Zur Verbesserung der Teilhabe an der Gesellschaft und Arbeit für psychisch kranke und behinderte Menschen in der Metropolregion Hamburg“





## 2. RECHTS-, GESUNDHEITS- UND VERBRAUCHERSCHUTZDEZERNAT

Leitung: Angela Braasch-Eggert, Tel. 42891-2028/2029

		2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen		18,7 <sup>1)</sup>	44,75 <sup>2)</sup>	45,85
Sachkostenbudget				
Ansatz und Reste Vorjahre	<b>Soll</b>	29.479	35.617	38.606
Ausgaben	<b>Ist</b>	23.999	34.474	38.038
Übertragbare Reste		5.400	1.143	564
Rahmenzuweisungen - Ausgaben				
Ausgaben	<b>Soll</b>	Keine Angaben	Keine Angaben	77.611
Übertragbare Reste	<b>Ist</b>	- " -	- " -	23.873
				53.738
Einnahmen				
	<b>Soll</b>	Keine Angaben	Keine Angaben	28.492
	<b>Ist</b>	- " -	- " -	27.420
Kasseneinnahmereste		- " -	- " -	1.072
betreute Fachausschüsse		Bezirksversammlung, Hauptausschuss sowie FA GSV		

<sup>1)</sup> ohne Liegenschaftsamt

<sup>2)</sup> mit Verbraucherschutzamt

### 2.1 Rechtsamt

	2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen	4,5	4,15	4,5

#### **Aufgabe und Entwicklung in 2005**

Die Fallzahlen im Rechtsamt sind gegenüber dem Vorjahr im Bereich der Bau- und Ausländerangelegenheiten sowie in Sozialhilfesachen zurückgegangen, während sie im übrigen im Rahmen der üblichen Schwankungsbreite liegen. Allerdings ist der Rückgang bei der Sozialhilfe geringer ausgefallen als erwartet. Die Harz IV-Reform wirkt sich auch auf die Zahl der Antragsverfahren auf. Von der Möglichkeit eines Eilverfahrens haben sonst immer besonders viele Sozialhilfeempfänger Gebrauch gemacht. Für Gerichtsverfahren in diesem Bereich ist jetzt nicht mehr das Verwaltungs-, sondern das Sozialgericht zuständig. Erfreulich ist, dass der Bestand an Akten, die unerledigt ins nächste Jahr übernommen werden, verkleinert werden konnte.

Auch die Zahl der Klagen ist im vergangenen Jahr geringer gewesen als im Vorjahr. Von den 65 im vergangenen Jahr eingegangenen Klagen entfielen 34 auf Jugend- und Sozialhilfeangelegenheiten gefolgt von Bausachen (17) und – mit deutlichem Abstand – Gewerbe- und Ausländerangelegenheiten (je 5). Berufung wurde gegen 14 Urteile in Bau- und 12 in Sozialhilfesachen eingelegt.

Bedauerlich ist, dass die Verfahrensdauer generell weiter zugenommen hat. Im Rechtsamt dauerten Widerspruchsverfahren im Durchschnitt 271,5 Tage. Hier spiegelt sich die Personalsituation nach den Veränderungen deutlich wider. Zwar hat das Personalamt für die Zeit der Abordnung eines Mitarbeiters eine Vertretung zugewiesen. Die volle Leistungsfähigkeit ist auf diese Weise aber wegen der Notwendigkeit einer längeren Einarbeitung und Seminarabwesenheiten kaum zu erreichen. Diese Arbeitsleistung konnten die Rechtsamtsmitarbeiter und Mitarbeiterinnen nur erbringen, weil es keinerlei krankheitsbedingte Ausfallzeiten gab. Mit den Erledigungszahlen pro Person im Rechtsamt liegt das Bergedorfer Rechtsamt im Vergleich aller Bezirksrechtsämter an der Spitze in Hamburg.





Bedenklicher noch als die Verfahrensdauer im Bezirksamt sind die Verfahrensdauern beim Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht. Während für die Bergedorfer Fälle Antragsverfahren im Schnitt 104,2 und Beschwerdeverfahren 192,6 Tage benötigten, dauerten Klageverfahren vor dem Verwaltungs- und Sozialgerichtgericht 506,1 Tage, Berufungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht sogar 1125,4 Tage. Leider hat das Rechtsamt auf die Verfahrensdauer keinerlei Einflussmöglichkeiten.

Im Jahr 2005 absolvierten 10 Referendare ihre Verwaltungsstation im Rechtsamt.

### Ziele für 2006

- Optimierung der Verfahrensdauer in Widerspruchsverfahren;
- Erteilung zeitnaher Antworten auf Anfragen aus den Fachämtern,
- Ständige Qualitätssicherung der Referendarausbildung auf Grundlage der im Jahr 2004 durchgeführten Qualifizierungsbedarfsanalyse.

### Rechtsentscheidungen und Vertretung in öffentlich-rechtlichen Verfahren einschließlich Rechtsservice

<u>Widerspruchsverfahren</u> <sup>1</sup>	2003	2004	2005
<u>Zugang</u>	557	508	347
erledigt			
- (überwiegend) zugunsten des Amtes	461	468	341
- (überwiegend) zugunsten der Gegenseite	70	73	61
Bestand am 31.12.	310	262	207
	295 <sup>2</sup>		
von diesen Widerspruchsverfahren entfielen auf			
- Bauprüf- und Bauangelegenheiten			
- Zugang	78	88	56
- erledigt	84	97	88
- davon zugunsten d. Widersprechenden	20,2 %	9,3 %	13,64 %
- Rest	85	76	44
- andere Angelegenheiten des Bauamtes			
- Zugang	29	32	17
- erledigt	26	31	30
- davon zugunsten d. Widersprechenden	23,1 %	12,9 %	13,33 %
- Rest	21	22	9
- Jugend- und Sozialhilfeangelegenheiten			
- Zugang	320	256	156
- erledigt	280	265	163
- davon zugunsten d. Widersprechenden	12,5 %	13,6 %	13,5 %
- Rest	126 <sup>3</sup>	102	95
- Einwohneramtangelegenheiten			
- Zugang	30	30	26
- erledigt	35	32	17
- davon zugunsten d. Widersprechenden	0 %	36,5 %	0 %
- Rest	8	6	15

<sup>1</sup> Der Anteil der zugunsten oder überwiegend zugunsten von Bürgern abgeschlossenen Widerspruchsverfahren kann nicht allein als Qualitätskennziffer für richtige oder falsche Entscheidungen von Sachbearbeitern in den Fachämtern gewertet werden. Häufig reichen Bürger im Widerspruchsverfahren noch Unterlagen nach, die dann die Angelegenheit in einem anderen Licht erscheinen lassen.

<sup>2</sup> Wegen Bereinigung um ein Großverfahren mit 15 Einzelverfahren geänderter Wert

<sup>3</sup> nach Bereinigung eines Großverfahrens nur noch ein Rest von 111 Fällen



- Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
- Zugang	37	52	45
- erledigt	32	56	52
- davon zugunsten d. Widersprechenden	9,4 %	17,9 %	21,15 %
- Rest	24	20	13
- Gebührenangelegenheiten			
- Zugang	32	31	31
- erledigt	31	35	32
- davon zugunsten d. Widersprechenden	12,9 %	5,7 %	25 %
- Rest	26	22	21
- Ausländerangelegenheiten			
- Zugang	31	19	15
- erledigt	28	25	20
- davon zugunsten d. Widersprechenden	17,9 %	20 %	20 %
- Rest	19	13	8
<b><u>Verfahren vor den Gerichten</u></b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
(Zivil-, Sozial und Verwaltungsgerichte)			
<u>Antragsverfahren I. und II. Instanz</u>			
- anhängig wurden	86	76	48
- abgeschlossen wurden	87	71	46
- davon zugunsten oder überwiegend zu-	18	2	10
gunsten des Bürgers			
- Bestand	12 <sup>1</sup>	16	18
<u>Hauptsacheverfahren I. und II. Instanz</u>			
- anhängig wurden	94	133	81
- abgeschlossen wurden	87	97	115
- davon zugunsten oder überwiegend zu-	19	13	21
gunsten des Bürgers			
- Bestand	131	167	133
<b><u>Rechtsservice</u></b>			
Zugang	432	382	377
Erledigung	421	383	445
Rest	186	185	118
<b><u>Verfahrensdauer in Tagen</u></b>			
<u>Verfahren im Bezirksamt</u>	175,0	198,1	265,7
- davon Widerspruchsverfahren	155,1	181,1	271,5
<u>Gerichtsverfahren</u>			
- Antragsverfahren	52,5	82,4	104,2
- Beschwerdeverfahren	58,9	105,1	192,6
- Klageverfahren	424,2	435,8	506,1
- Berufungsverfahren	473,8	536,7	1.125,4

---

<sup>1</sup> siehe Fußnoten 2 und 3



## 2.2 Gesundheitsamt

Leitung: Dr. Hans-Jürgen Galle, Tel. 42891-2224

	2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen für die Bereiche ZD, GA 2 u. GA 3	30,59	23,02	24,07

### **Aufgabe und Entwicklung in 2005**

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit hat sich das Gesundheitsamt am Weltgesundheitstag beteiligt. Eine zentrale Veranstaltung für den Bezirk Bergedorf fand am 7. April 2005 in den Räumen des Kinder- und Familienzentrums Neu-Allermöhe statt, an dem sowohl der Schulzahnärztliche Dienst als auch die Mütterberatungsstelle sowie die Umweltberatungsstelle zum Thema „Mutter und Kind - Gesundheit von Anfang an“ mit Beratungen und Informationen vor Ort waren.

Am Vortag des Weltgesundheitstages wurde in den Räumen des Gesundheitsamtes eine verlängerte Impfsprechstunde durchgeführt.

Medizinische/Amtsärztliche, zahnmedizinische, sozialpädagogische und psychologische Gutachten und Stellungnahmen dienen dem Ziel, Entscheidungshilfen für die Verwaltung aus fachlicher Sicht bereitzustellen. Die Gutachten werden nach Untersuchung im Amt, nach Aktenlage oder nach einem Hausbesuch erstellt. Die vereinbarte Bearbeitungsdauer von 30 Tagen wurde für das gesamte Gesundheitsamt nicht überschritten.

Die Einarbeitung der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die inhaltliche Ausfüllung der Umorganisation in Fachdienste und Fachbereiche sowie die räumliche Zusammenlegung von Dienststellen wurde 2005 abgeschlossen. Mitte Dezember 2005 wurden die Schularztstelle und die Mütterberatungsstelle Kirschgarten in das Dienstgebäude Lamprechtstraße 6 verlagert.

Diese Unterbringung wurde dadurch ermöglicht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltbereiches - jetzt Verbraucherschutzamt - und der Veterinär in das Dienstgebäude Bult umgezogen sind.

Im Oktober 2005 fand in den Räumen des Gesundheitsamtes eine zentrale Fortbildung zum neuen Betreuungsrecht unter Leitung eines Vertreters des Betreuungsvereins statt.

2005 konnte die Impfsprechstunde einmal monatlich um 1 Stunde ausgeweitet werden.

### **Ziel für 2006**

- Einrichtung einer Abendsprechstunde zur Ausstellung von Bescheinigungen nach dem Infektionsschutzgesetz (Gesundheitszeugnisse)



## **Gesundheitswesen Gesundheitsvorsorge**

Fachbereich Kinder- und Jugendgesundheitsdienst  
(Schulärztlicher/-zahnärztlicher Dienst, Säuglings-/Kleinkinderbetreuung)

Veränderungen schulärztlicher Aufgaben und Arbeitsinhalte haben sich durch die Novellierung des Schulgesetzes mit dem Schuljahr 2003/2004 ergeben. Dies bedeutet die flächendeckende Schuleingangsuntersuchung, Untersuchungen von 4 ½ -Jährigen und Untersuchungen von Schulkindern am Ende der Grundschulzeit. Pro Jahrgang ist von etwa 1.300 Einschülern auszugehen.

Durch die gegenüber dem Vorjahr verbesserte Personalausstattung war es möglich, die Zahl der Untersuchungen von Einschülern deutlich zu erhöhen. Von 1.281 Schulanfängern konnten 1.089 untersucht werden; dies entspricht einer Quote von 85,01%. Um dieses Ziel zu erreichen, musste die Untersuchung der Schüler nach Beendigung der Grundschulzeit jedoch weiterhin unterbleiben. Zu berücksichtigen ist, dass wegen Altersteilzeit eine halbe Schularztstelle immer noch unbesetzt ist.

Durch die Einführung des neuen Kinderbetreuungsgesetzes werden weitere zusätzliche Aufgaben auf die Schularztstelle und den Schulzahnärztlichen Dienst zukommen. Über die Höhe zusätzlichen Personalbedarfs zur Erfüllung dieser neuen Aufgabe ist eine Entscheidung noch nicht getroffen. Die damit verbundenen Stellenmehrbedarfe werden jedoch durch die Fachbehörde abgedeckt. Die Schulärzte sind überdies noch in der Mütterberatung tätig und decken die Impfsprechstunden ab.

Von September 2005 an wurde die regelmäßige Impfsprechstunde um eine Zeitstunde erhöht. An der Schule Weidemoor wurde eine Impfaktion durchgeführt. In Zusammenarbeit mit der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit wurde eine einheitliche datengeführte Dokumentation für die kommunale Gesundheitsberichterstattung aller Einschüler erstellt und durchgeführt. Der Schulärztliche Dienst hat sich am Qualitätszirkel niedergelassene Kinderärzte/Hebammen/Gesundheitsamt beteiligt und ein Netzwerk zum Thema „ADHS-Kinder“ mit ortsansässigen Kinderärzten und Eltern betroffener Kinder ins Leben gerufen. Die Mitarbeit am bezirksübergreifenden Schulärztlichen Arbeitskreis wurde fortgesetzt. Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt wurde verbessert; so wurden von der Mütterberatung mit den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD) gemeinsame Hausbesuche durchgeführt.

Für das Jahr 2006 wurde die Einrichtung eines Familienhebammenprojekts in Bergedorf bewilligt. Dieses Projekt wird in enger Zusammenarbeit mit der Mütterberatung in Trägerschaft von Sprungbrett e.V. im Kinder- und Familienzentrum Lohbrügge angesiedelt sein. Weiter soll dort in den neu angemieteten Räumen eine einmal wöchentliche Sprechstunde der Mütterberatung durchgeführt werden.

Der Schulärztliche Dienst wird sich mit dem Sozial- und dem Jugendpsychiatrischen Dienst an der Gestaltung des Hamburger Gesundheitstages beteiligen. Dies soll in Kooperation mit den Bergedorfer Schulen, dem Universitätskrankenhaus Eppendorf und dem Verein Irre menschlich e.V. geschehen. Im Vordergrund wird neben dem Thema der Antidiskriminierung psychisch Kranker das Thema „psychisch kranke Eltern“ stehen.

Vom Schulzahnärztlichen Dienst werden alle schulpflichtigen Kinder bis zur 6. Klasse, einschließlich der Vorschulkinder, zahnmedizinisch untersucht, und es werden Empfehlungen zur Behandlung ausgesprochen.

Erstmals in 2004 beobachtete Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die Erstellung zahnärztlicher Gutachten für das Grundsicherungs- und Sozialamt (GS) haben sich in 2005 fortgesetzt. Die Anzahl der Gutachten ist hinsichtlich der Erstattungsbeträge der errechenbaren Zuschüsse durch GS gegenüber dem Vorjahr noch niedriger ausgefallen.



Im Jahr 2005 wurden 88 Gutachten mit einem Gesamtvolumen von 51.031€ erstellt, von denen 41 % (Kosten 20.991€) befürwortet wurden.

### Ziele für 2006

- Weitere Erhöhung der Zahl der Schuleingangsuntersuchungen
- Fortsetzung der Vernetzungsarbeit im Bezirk und Teilnahme am Schulärztlichen Arbeitskreis
- Mitarbeit im Familienhebammenprojekt
- Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt
- Mitgestaltung des Hamburger Gesundheitstages

	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Anzahl der TeilnehmerInnen an Veranstaltungen im Rahmen der Gesundheitsförderung/-vorsorge	rd. 2.500 <sup>1)</sup>	470 <sup>2)</sup>	1.244
In den Mütterberatungsstellen durchgeführte Beratungen und Untersuchungen durch Ärzte einschließlich Beratungen durch nichtärztliches Personal	3.158	3.142	2.205
Anzahl der Hausbesuche im Rahmen der Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern	420	369 <sup>2)</sup>	338
Anzahl der Untersuchungen und Beratungen durch Schulärzte	4.137	3.237 <sup>2)</sup>	3.651
Anzahl der in Klassen bei Schulkindern durchgeführten Hospitationen durch Schulärzte	429	101 <sup>2)</sup>	202
Anzahl der Impfungen (Mütterberatung, Schulärztlicher Dienst, Impfsprechstunde)	1.120	599 <sup>2) 3)</sup>	368
Anzahl der Untersuchungen und Beratungen durch die Schulzahnärztin	7.291	7.490	6.017

1) Neben den regelmäßigen Veranstaltungen zur Gesundheitsförderung und Prävention wurden im Jahre 2003 besondere Aktivitäten anlässlich des Rathausfestes (Informationsstand) und des Nationalen Impftages durchgeführt. Für beide Veranstaltungen wurden keine Aufzeichnungen über die Besucherdaten geführt, so dass die Angaben zum Geschäftsbericht 2003 insgesamt nur geschätzt werden konnten.

2) Rückgänge waren bei den übrigen gesundheitsfördernden Veranstaltungen zu verzeichnen wegen Langzeiterkrankung zweier Ärzte.

3) Rückläufig durch die Beendigung des Impflückeninterventionsprogrammes an Bergedorfer Schulen.



## Gesundheitshilfen und Gutachten

### - **Jugendpsychiatrische Dienst (JpD),**

Der JpD unterstützt Kinder, Jugendliche und deren Bezugspersonen in Krisensituationen und berät Eltern, deren Kinder geistig, psychisch oder mehrfach behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, zu Fragen der Diagnostik und Rehabilitation. Das Team erstattet Gutachten für das Jugendamt und andere behördliche Dienststellen.

Im Jahre 2005 wurde ein neues Begutachtungsverfahren behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder zur Frühförderung in einem Kindertagesheim erfolgreich erprobt. Begleitend nahm die Fachärztin an einem bezirksübergreifenden Qualitätszirkel teil.

### - **Beratungsstelle für Körperbehinderte,**

Die Beratungsstelle vermittelt bedarfsorientierte Hilfen für körperbehinderte und von Behinderung bedrohte Menschen.

Die Aufgabe umfasst persönliche Unterstützung bei Fragen, die in Zusammenhang mit einer Behinderung stehen, Beratung zu sozialhilferechtlichen Fragen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, Begleitung und Koordinierung weitergehender Hilfen sowie Stellungnahmen zu Anfragen anderer Dienststellen. Als sinnvolle Maßnahme hat sich die Kontaktaufnahme zu sozialen Einrichtungen im Bezirk erwiesen.

### - **Sozialpsychiatrische Dienst (SpD),**

Der SpD bietet Hilfen und Schutzmaßnahmen für volljährig psychisch Kranke, geistig Behinderte und deren soziales Umfeld an. Er ist sowohl ein Kriseninterventionsdienst als auch eine Beratungsstelle. Regelmäßig finden Gruppen für Betroffene und Angehörige statt.

Der SpD beteiligte sich an einer Arbeitsgruppe, die einen Handlungsleitfaden für den Umgang mit „Stalking“ erarbeitete.

## Ziele für 2006

Jugendpsychiatrischer Dienst:

- Mitwirkung in der präventiven Arbeit durch Entwicklung von Handlungsstrategien, um eine mögliche Kindeswohlgefährdung frühzeitig erkennen zu können.
- Zeitgerechte Nachbegutachtung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder nach dem neuen Begutachtungsleitfaden für die Anschlussbewilligung eines Integrationsplatzes in der Kindertagesstätte zum 1.8.06.

Beratungsstelle für Körperbehinderte:

- Als fachliches Ziel wird die Einrichtung einer sozialen Gruppenarbeit für Menschen mit körperlichen Behinderungen angestrebt. Die Mitarbeiterinnen erarbeiten ein inhaltliches Konzept und tragen Verantwortung für eine zeitnahe Umsetzung.
- Die im letzten Jahr begonnene Form der Öffentlichkeitsarbeit soll fortgesetzt werden. Es wird auch im Jahr 2006 die Kontaktpflege zu weiteren Institutionen im Bezirk angestrebt.

Sozialpsychiatrischer Dienst:

- Organisation und Mitgestaltung einer öffentlichen Veranstaltung im Mai 2006 mit dem Ziel der Gründung einer Selbsthilfegruppe für depressiv erkrankte Menschen im Bezirk Bergedorf. Kooperationspartner sind u. a. KISS und das BAKB.



- Organisation und inhaltliche Ausgestaltung des Hamburger Gesundheitstages 2006 auf bezirklicher Ebene zu dem Thema Psychiatrie (Vernissage einer Ausstellung von psychisch und geistig Behinderten in Zusammenarbeit mit der Stiftung Alsterdorf am 7.9.06; Aktionstag am 20.9.06).  
Teilnahme an den regelmäßigen Vorbereitungstreffen zum Hamburger Gesundheitstag in der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit (BWG).

	2003	2004	2005
Anzahl der Klientenkontakte im JpD insgesamt	673	628	581
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	56	61	49
Anzahl der Klientenkontakte in der Beratungsstelle für Körperbehinderte insgesamt	402	662	665
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	84	64	66
Anzahl der Klientenkontakte (Telefonate sowie Besuche) im SpD insgesamt	1.847	1.742	1.450
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	419	404	462
Anzahl der vom SpD veranlassten Unterbringungen	27	20	19
Anzahl der Gruppentermine im SpD	60	60	58
Anzahl der Klienten im SpD	790	727	840
Anzahl der ärztlichen, zahnmedizinischen, sozialpädagogischen, psychologischen Gutachten und Stellungnahmen	2.292	1.772	1.868
- davon Gutachten für den Sozialhilfeträger einschl. ARGE	2.066	1.230	1.317
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der Erstellung von Gutachten/ Stellungnahmen in Tagen	19,22	19,68	23,40

## Gesundheitsschutz, Heimaufsicht

### Infektionsschutz

Der Abschnitt hat die Aufgabe, gesetzlich meldepflichtige Erkrankungen und Erregernachweise einzelfallbezogen abzuklären, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Öffentlichen Gesundheit zu veranlassen und die anonymisierten Daten an das Institut für Hygiene und Umwelt zur Zusammenstellung und Weiterleitung an das Robert-Koch-Institut Berlin zu geben. Darüber hinaus werden Gemeinschafts- und Gesundheitseinrichtungen hygienisch beraten.

Die Heim- und Pflegeaufsicht stellt sicher, dass die Rechte stationär und ambulant pflegerisch versorgter Bergedorfer ihre Berücksichtigung finden.





- mindestens 50 %ige Aufklärung der Ursachen von Enteritis-Erkrankungen junger Kindergartenkinder und Personen in der Lebensmittelbranche
- Weiterführung der programmatischen Struktur- und Prozessqualitätssicherung in der stationären Pflege durch die Heimaufsicht
- Begehung von 2 Kindertagesheimen monatlich zur Sicherstellung „guter hygienischer Praxis“ mit dem Ziel der Verminderung von Gesundheitsgefährdung
- Überprüfung der Tattoo-/Piercing-/Kosmetik- und Fußpflegeeinrichtungen.

	2003	2004	2005
Anzahl der bearbeiteten meldepflichtigen Infektionsfälle	308	310	313
Anzahl der örtlichen Hygieneüberprüfungen (einschließlich Krankenhausbesichtigungen)	22	12	11
Anzahl der jährlichen Begehungen von OP- und Intensivbereichen in Krankenhäusern in % (insgesamt 3 Einrichtungen)	3	5	4
Anzahl der Heimbefuche/-begehungen	25	37	26
Anzahl der bearbeiteten Beschwerden	5	11	8

Bei keinem der Beschwerdefälle handelte es sich um einen gravierenden Pflegemangel.

### 2.3 Amt für Verbraucherschutz

Leitung : Helmut Hoffmann, Tel. 42891-2570

	2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen Amt für Verbraucherschutz	18,6 <sup>1</sup>	17,58 <sup>2</sup>	17,28 <sup>3</sup>

#### **Aufgabe und Entwicklung 2005**

Das Verbraucherschutzamt war im vergangenen Jahr vielfältigen Einflüssen durch ungeplante Sonderaufgaben ausgesetzt. Der Diskussionsprozess um die Verwaltungsreform sowie umfangreiche Auskünfte im Rahmen Kleiner und Großer Anfragen insbesondere zur Fleischhygiene stellen nur zwei Beispiele dafür dar.

Außergewöhnliche Belastungen mit erheblicher Ressourcenbindung entstanden durch

<sup>1</sup> Es handelt sich um die Summe der Beschäftigungsvolumina von VE, GU4 und WI

<sup>2</sup> Berücksichtigt unbesetzte Veterinärstelle über 2 Monate (August, September) = rd. 0,2 Anteile

<sup>3</sup> Weitere Reduzierung durch Personalabgang und Beginn einer Altersteilzeit





- eine nach wie vor nicht abgeschlossene, umfangreiche Aufgaben- und Defizitanalyse des Verbraucherschutzamtes durch eine Unternehmensberatung,
- eine Prüfung der Lebensmittelüberwachung durch den Rechnungshof,
- die Beteiligung an der (nach wie vor noch nicht) abgeschlossenen Entwicklung des Hundegesetzes sowie die Einbindung bei der Erarbeitung von Grundlagen zur Umsetzung dieser neuen Rechtsgrundlage,
- Vorbereitung und Ausführung des alle 2 Jahre stattfindenden Stadtfestes.

Zahlreiche Aufgaben waren dadurch nur noch mittels erheblicher Überstunden zu bewältigen. Vor diesem Hintergrund konnten die im Tätigkeitsbericht 2004 für 2005 beschriebenen Ziele nur zu einem Teil erreicht werden und finden sich nun in den Zielen für das Jahr 2006 wieder.

Die Raumplanung für den Rathausanbau sowie die räumliche Zusammenlegung der bis dahin noch getrennten Arbeitsbereiche Lebensmittelüberwachung/Wochenmärkte und Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten -VS1+2- (Brookdeich), Veterinärwesen/Lebensmittelsicherheit -VS3- (Chrysantherstraße) sowie Umweltschutz -VS4- (Lamprechtstraße) in das Dienstgebäude Bult2 wurden erfolgreich vollzogen.

### **Ziel für 2006**

- mit dem Vorliegen der Untersuchungsergebnisse der Fa. Ramböll-Management und der Entscheidungen zur Verwaltungsreform ist die zukünftige Organisation, Aufgabenverteilung und -entwicklung unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu planen.

## **Fachdienst Lebensmittelüberwachung/Wochenmärkte**

### **Aufgaben und Entwicklung 2005**

Mit der Kontrolle von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen leistet der Fachdienst einen aktiven Verbraucherschutz im Spannungsfeld zwischen den wirtschaftlichen Interessen von Anbietern und Gewerbetreibenden auf der einen und dem Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an einwandfreien Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen auf der anderen Seite. Ein Problem in diesem Zusammenhang stellen bei Gaststätten und Imbissbetrieben häufige Betreiberwechsel und fehlende Qualifikationsanforderungen an die Betreiber dar. Trotz der seit Mitte 2005 geltenden Konzessionsbefreiung (Gaststättenrecht) für Betriebe, die ausschließlich Lebensmittel zum Verzehr und/oder alkoholfreie Getränke anbieten, sind die lebensmittelrechtlichen Anforderungen weiterhin zu erfüllen. Wo früher vor Errichtung oder Eröffnung eines Betriebes Auflagen insbesondere baulicher Art im Rahmen des Konzessionsverfahrens eingebracht werden konnten, müssen diese jetzt u.U. im Nachhinein und mit einem möglicherweise auch erhöhten Kostenaufwand für Betreiber und Verwaltung durchgesetzt werden. Eine besondere Relevanz erfährt diese Änderung für die sogenannten Tageskonzessionen, die ebenfalls für die o.g. Betriebsarten entfallen und somit allenfalls über die Sondernutzungsgenehmigung bekannt werden, wenn sie auf öffentlichem Grund stattfinden. Von einer Würstchenbude oder Hähnchengrillstation auf Privatflächen erfährt die Lebensmittelkontrolle nur zufällig. Die Zielformulierung, wie sie für 2005 erfolgt ist (Kontrolle von 70 % aller „Tageskonzessionen“), muss zukünftig ebenso entfallen, wie ein entsprechender Bericht für 2005.

Die für 2005 festgesetzten Ziele konnten weitgehend erreicht werden.

Für das Jahr 2005 konnte eine Gebühr für die Wochenmärkte von 2,80 €/lfd. Frontmeter aufrechterhalten werden, dies wird voraussichtlich auch noch für das Jahr 2006 zutreffen.

Einem hamburgweiten Trend entsprechend ist auch in Bergedorf ein Rückgang des Auslastungsgrades der Wochenmarktfächen zu verzeichnen.

### **Ziele für 2006**



- Umsetzung einer neuen Bundesgesetzgebung und darauf basierender Durchführungsvorschriften sowie der Vorschriften zur Lebensmittelhygiene
- Abschließende Erarbeitung des ersten Qualitätsmanagementsystems sowie einer Fachanweisung der BWG und Umsetzung in den Verwaltungsvollzug des Fachdienstes.

Verbraucherschutz	2003	2004	2005
Gewerbebetriebe insgesamt	8.193	8.540	8.877
davon überwachungspflichtige Betriebe i.S.d Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes (LMBG) einschl. Marktstände	1.041	1.147	1.567
mobile Lebensmittelbetriebe (aus Anlass von Veranstaltungen)	685	732	692
In diesen Betrieben erfolgten insgesamt:			
Kontrollen und Beratungen	4.971	3.945	4.184
Probenentnahmen	512	637	558
Weitere Beanstandungen anderer Lebensmittelkontrollbehörden	52	43	55
Zahl der Lebensmittelbetriebe nach Artikel 14 Abs. 2 der RI. des Rates 89/397 EWG	829	936	1.333
hiervon kontrollierte Betriebe	661	878	1.134
Ambulanter Handel mit Lebensmitteln – Anzahl der nach LMHV überwachungspflichtigen Stände auf Wochenmärkten und Veranstaltungen	1.135	1.165	955
Betriebe, die einer Kontrollpflicht nach § 22 Pflanzenschutzgesetz unterliegen	11	17	17
davon kontrolliert	11	15	17

Veranstaltung von bezirklichen Wochenmärkten	2003	2004	2005
Gesamtzahl der Wochenmärkte	312	315	310
Gesamtzahl der Stände über alle Markttag	18.800	18.738	15.428
<b>Maximal mögl. Frontmeter aufgeteilt nach Märkten</b>	<b>Auslast.</b>	<b>Aus-</b>	<b>Aus-</b>
			<b>in %</b>
Di / Bergedorf 708		80 %	77
Mi / Lohbrügge 590		81 %	83
Do / Bergedorf West 333		98 %	89
Fr / Bergedorf 708		95 %	85
Sa / Lohbrügge 590		100 %	90
Sa / Fleetplatz 244		64 %	54



Ø Auslastungsgrad über alle Märkte [%]		86 %	80
--	--	------	----



## **Fachdienst Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten**

### **Aufgabe und Entwicklung 2005**

Der Fachdienst ist zuständig für Gewerbenanzeigen und Erlaubnisse nach der Gewerbeordnung in Verbindung mit diversen Spezialgesetzen sowie für Entzug derartiger Erlaubnisse und Ordnungswidrigkeitenverfahren.

Die Abteilung tritt als Veranstalter für die 5 alljährlich wiederkehrenden Volksfeste und das alle 2 Jahre stattfindende Stadtfest mit insgesamt 57 Veranstaltungstagen in 2005 auf.

Ferner waren in 78 weiteren Veranstaltungen Erlaubnisse zu erteilen sowie die organisatorischen Vorbereitungen und die Ausführung des „Kindertages Bergedorf“ (Veranstalter Jugendamt) zu unterstützen.

Das Stadtfest forderte beträchtlichen Arbeitseinsatz, weil das Verbraucherschutzamt als verantwortlicher Veranstalter mit allen Fragen der organisatorischen Vorbereitungen und der Durchführung befasst sowie an allen Veranstaltungstagen bis zur Schlusszeit vertreten war.

Bei den ordnungsrechtlichen Aufgaben spielten die weiterhin anwachsenden Probleme im Zusammenhang mit der HundeVO eine Rolle. Die Vorgangszahlen sind in 2005 abermals gestiegen, die ordnungs- und verwaltungsrechtliche Handhabung stellte sich ebenso schwierig wie im Vorjahr dar. Die Tendenz, illegal gefährliche Hunde einzuführen und zu halten, hält an.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Hundegesetzes, seinen zusätzlichen Regelungsinhalten und Ordnungswidrigkeitentatbeständen ist ein weiterer Anstieg dieser Fallzahlen zu erwarten.

Der Fachdienst war und ist mit einer erheblichen Ressourcenbindung in die Erstellung des neuen Hundegesetzes sowie in die nachfolgende Entwicklung von Verfahren für die Umsetzung eingebunden. Die Erarbeitung von Stellungnahmen sowie die Teilnahme an zahlreichen Arbeitsgruppensitzungen blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Pflichtaufgaben; rückläufige Zahlen erklären sich z.T. auch dadurch.

Die Polizei ermittelt weiterhin verstärkt im Bereich des Jugendschutzgesetzes und stellte dabei diverse Verstöße fest. Stichworte sind hier der Verkauf von Alkoholika an Jugendliche sowie Internetcafés, die teilweise Jugendlichen den Zugriff auf Internet-Spiele für Erwachsene ermöglichen. Die sich anschließenden Ordnungswidrigkeitenverfahren betreffen die Fachdienste Lebensmittelüberwachung/Wochenmärkte sowie Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten.

Mitte des Jahres 2005 wurden wegen der geringfügigen Arbeitsanteile der Verbraucherschutzämter am Verfahren für Ausnahmegewilligungen nach der Handwerksordnung die Zuständigkeiten an die Handwerkskammer übertragen. Der Rückgang der entsprechenden Vorgangszahlen ist dadurch zu erklären.

Die anderen Ziele für 2005 konnten aufgrund der unvorhersehbaren Rahmenbedingungen nicht verwirklicht werden.



Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	2003	2004	2005
Festsetzungen von Veranstaltungen nach § 69 GewO (Marktfestsetzungen ohne Wochenmärkte)	21	28	18
Zahl der Beschwerden, die auf Außennutzung von Gaststätten zurückzuführen sind (bei einer Anzahl von 130 Außennutzungen)	13	2	4
Zahl der gaststättenrechtlichen Erlaubnisverfahren:	349	276	255
davon Vollkonzessionen (Erlaubnisse nach § 2 GastG)	51	48	41
davon Tageskonzessionen (Gestattungen nach § 12 GastG)	298	188 <sup>1</sup>	170 <sup>1</sup>
Zahl der Gewerbean-, -um und -abmeldungen	2.385	2.549	2.337
Gewerbeuntersagungen, Erlaubniswiderrufe und -versagungen	39	57	36
Bearbeitete Anträge nach §§ 7, 8 und 9 HWO	30	33	18
Spielhallenstandorte	18	18	17
Spielhallen	22	23	23
vorhandene Geldspielgeräte in Spielhallen <sup>2</sup>	172	186	202
Sondernutzungserlaubnisse nach dem Hamb. Wegegesetz	77	104 <sup>3</sup>	61 <sup>3</sup>
Ausnahmen von der Sperrzeit	11	7	10

Weitere Arbeitsbereiche	2003	2004	2005
Vorgänge nach Hundeverordnung, in denen Handeln von VS gefordert war; davon hat VS	61	66	74
die Hundehaltung reglementiert (Leinen- und Maulkorbzwang)	18	20	12
die Haltung eines „gefährlichen Hundes“ verboten oder wegen „Unzuverlässigkeit“ eines Halters untersagt	1	3	6
Tötung oder Sicherstellung veranlasst		4	4
Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet	16	24	21
Weitere ordnungswidrigkeitenrechtliche Verfahren nach anderen Rechtsgrundlagen (z.B. GewO, GastG, KrW-/AbfG und JuSchG)	76	132	142
Ausstellung von Fischereischeinen	289	275	271

<sup>1</sup> Die Zahl der Gestattungen ist im Vergleich zu 2003 niedriger, weil ab 2004 lediglich die Zahl der Bescheide und nicht die daraus resultierende Anzahl von Ständen (Anpassung an die Erfassung in anderen Bezirksamtern) dargestellt wird

<sup>2</sup> ohne die in Gaststätten aufgestellten Automaten

<sup>3</sup> Zur Anpassung an die Erfassung in anderen Bezirken ab 2004 einschließlich Versagungen



## Fachdienst Veterinärwesen / Lebensmittelsicherheit

	2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen	2,0	0,8 <sup>1</sup>	1,0

### Aufgabe und Entwicklung 2005

Allgemein war 2005 für den Fachdienst Veterinärwesen/Lebensmittelsicherheit abermals von personellen und organisatorischen Veränderungen geprägt. Im Rahmen des bestehenden Vertretungsverbandes mit dem Bezirksamt Harburg wurde durch einen dortigen Personalabgang der in Bergedorf tätige Veterinär bis zur Wiederbesetzung der Stelle in Harburg (September) erheblich belastet. Erschwerend kam hinzu, dass in Harburg schon seit einigen Jahren von den vorhandenen 2 Stellen nur eine besetzt war. In beiden Bezirken führte dieser Umstand dazu, dass die anstehenden Aufgaben nur mit einer äußerst engen Prioritätensetzung zu bewältigen waren und erhebliche Rückstände entstanden sind.

Nach Wiederbesetzung einer der beiden Stellen in Harburg im September 2005 wurde der Vertretungsverband zu einer intensiven Kooperation zwischen beiden Bezirken weiterentwickelt und vertraglich geregelt. Wesentliches Element dieser Vereinbarung ist eine aufgabenbezogene Schwerpunktsetzung in beiden Bezirken. Durch eine höhere Effizienz bei der Aufgabenwahrnehmung und Informationsbeschaffung sollen auf diese Weise Synergieeffekte entstehen und die Nachteile einer allzu dünnen Personaldecke reduziert werden. Selbstverständlich sind dabei Angebot und Aufgabenwahrnehmung in Harburg und Bergedorf in vollem Umfang sichergestellt. Beide Veterinäre sind daher auch in beiden Bezirksämtern tätig und sollen auch weiterhin in der Lage sein, alle anstehenden Aufgaben zu erfüllen.

### Tierseuchenbekämpfung

In 2004 gab es mehrere Ausbrüche der „Amerikanischen Faulbrut“ bei Bienen im Bezirk Bergedorf. Die Bienenseuchenverordnung schreibt umfangreiche amtliche Tätigkeiten vor, unter anderem sind Sperrgebiete auszuweisen. Hiervon waren weite Teile der Vier- und Marschlande betroffen. Nach einem Rückgang der Faulbrut in 2005 soll eine Aufhebung der Sperrgebiete in 2006 vorgenommen werden.

2005 wurde das in 2002 begonnene Verfahren zur Bekämpfung einer Herpesvirusinfektion der Rinder (IBR), in das je nach Betriebsart und Seuchenstatus nahezu alle Rinderbestände einbezogen werden, fortgeführt. Diese Tätigkeit erfordert umfangreiche Sanierungsmaßnahmen in den Rinderbeständen (Untersuchungen, Impfungen, diverse Datenabgleiche, Entschädigungen u.a.).

Weitere Tierseuchen (z.B. Bovine Virus Diarrhöe oder Paratuberkulose bei Rindern) sollen zukünftig durch Maßnahmen bekämpft werden, die im Rahmen der Ausführung geplanter Gesetze auszuführen bzw. einzufordern sind.

	2003	2004	2005
Anzahl der Tierseuchen- und Tierseuchenverdachtsfälle	132	180	156
Anzahl der Kontrollen (incl. prophylaktischer Kontrollen von Tieren und Waren tierischer Herkunft)	1.783	1.990	1.900

<sup>1</sup> Berücksichtigt unbesetzte Veterinärstelle über 2 Monate (August, September) = rd. 0,2 Anteile



## Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung

Der gesundheitliche Verbraucherschutz beginnt bei der Gewinnung von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln in der landwirtschaftlichen Urproduktion und umfasst in der Folge alle Stufen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels bis hin zum Verbraucher. Umfassende Gesetzesreformen treten in 2006 in Kraft und sind umzusetzen (Gültigkeit des neuen EU Hygiene Paketes ab 1.1.2006); weitere Neuregelungen sind in Vorbereitung und noch für das Jahr 2006 zu erwarten.

Unter Berücksichtigung der in den Medien und in der Politik geführten Diskussion ist festzustellen, dass sich eine zunehmend große Spanne zwischen den Forderungen nach einer weitgehend lückenlosen und umfänglichen Kontrolle auf der einen Seite und den rechtlichen und personellen Möglichkeiten des Fachdienstes auf der anderen Seite auftut. Nicht jeder Forderung kann zukünftig nachgekommen werden, weil entweder an anderer Stelle Defizite mit ähnlich bedeutsamen Auswirkungen entstehen oder geforderte Maßnahmen entsprechender Rechtsgrundlagen entbehren. Diese Grenzen müssen zukünftig deutlicher kommuniziert oder aber Gesetze entsprechend angepasst werden.

	2003	2004	2005
Anzahl der zu überwachenden Lebensmittelbetriebe (siehe auch VS1)	694	700	1.567 <sup>1</sup>

### Tierschutz

Ein facettenreiches Aufgabengebiet ist die Überwachung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben. Bestimmte Einrichtungen wie etwa Tiertransportunternehmen, Wanderzirkusse, Pensions-tierhaltungen, Tieraussstellungen sind regelmäßig zu kontrollieren. Darüber hinaus wird Bürgerbeschwerden über Tierhaltungen nachgegangen. Festzuhalten ist ein nach wie vor zunehmendes Tierschutzbewusstsein in der Bevölkerung.

	2003	2004	2005
Anzahl der durchgeführten Tierschutzkontrollen	132	155	150
Anzahl der Begutachtungen und Beurteilungen gefährlicher Tiere	76	85	74

### Ziele für 2006

- Abarbeitung der Rückstände aus 2005
- Umsetzung des neuen EU-Hygiene-Paketes
- Bewältigung des Mehraufwandes zur Reduzierung der Gefahr der Einschleppung der aviären Influenza (Vogelgrippe)

<sup>1</sup> Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung lebensmittelrechtlicher und weinrechtlicher Vorschriften fordert eine fachliche Begleitung der gesamten Lebensmittelkontrolle (Lebensmittel tierischen und nicht tierischen Ursprungs) durch wissenschaftlich ausgebildetes Personal. Daher wird die Gesamtzahl der zu überwachenden Betriebe aus VS1 übernommen.





## Fachdienst Umweltschutz

	2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen	4	3 <sup>1</sup>	3 <sup>1</sup>

### Aufgabe und Entwicklung 2005

Aufgabe der Abteilung ist es, schädliche Einwirkungen auf die Umwelt zu unterbinden bzw. ihrer Entstehung vorzubeugen. Im Hinblick darauf liegen die Schwerpunkte der Tätigkeiten in den Bereichen technischer und gesundheitlicher Umweltschutz. Die Aufgaben können wie folgt umrissen werden:

- Hoheitliche Aufgaben
- koordinierende Aufgaben innerhalb des Bezirksamtes sowie gutachterliche Tätigkeiten für andere Dienststellen des Bezirksamtes
- allgemeine Beratung und Information der Öffentlichkeit sowie einzelfallbezogene Beratung von z.B. Bürgern, Bauwilligen, Anlagenbetreibern und Architekten.
- Mitwirkung in der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren.

Mit dem Umzug der Umweltberatung aus der Alten Holstenstraße in den Bult war ein drastischer Rückgang der Besucherzahlen verbunden. Eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie eine deutliche Ausweitung der Organisation von und der Teilnahme an Informationsveranstaltungen wird in die Zielsetzung für 2006 aufgenommen.

Im Zusammenhang mit der Überprüfung der Wasserqualität in technischen Bädern kann festgestellt werden, dass Untersuchungen weitgehend zeitgerecht erfolgen und im Ergebnis nur vereinzelte bakteriologischer Befunde vorhanden sind. Dies ist auch der konsequenten Kontrolle zu verdanken. Die deutlich gestiegene Zahl von Überprüfungen ist auf die Inbetriebnahme des neuen Bille-Bades mit seinen insgesamt 6 Schwimmbecken zurückzuführen.

Nach der TrinkwasserVO ist eine routinemäßigen Überprüfung von Trinkwasserversorgungsanlagen (auch Hausinstallationen), aus denen Wasser für die „Öffentlichkeit“ abgegeben wird, gefordert. Durch die Verknüpfung der Begehungen von Altenheimen, Krankenhäusern, Kindertagesstätten, REHA-Praxen usw. mit den Überprüfungen der Hausinstallationen konnte ein deutlich höheres Maß an Beprobungen erfolgen als ursprünglich geplant. Überschreitungen der untersuchten Parameter traten in 2005 erfreulicherweise nicht auf.

Der drastische Rückgang der Anträge nach LärmVO und BImSchG ist auf die zwischenzeitlich eingetretene Außerkraftsetzung der LärmVO zurückzuführen. Die früher über die Ausnahme genehmigungen erteilten Auflagen zum Lärmschutz bei Open-Air-Veranstaltungen müssen nun über andere Rechtsverfahren (z.B. Sondernutzungen oder Marktfestsetzungen) transportiert werden. Der Aufwand ist durch die Verbindung zu anderen Rechts- und damit auch Organisationsbereichen zumindest gleich geblieben in Teilen durch einen zusätzlichen Abstimmungsbedarf auch leicht gestiegen.

<sup>1</sup> Die Abteilungsleitung ist hierin nur noch mit 0,2 Stellenanteilen berücksichtigt



## Ziele für 2006

- Umsetzung der Forderungen, die sich aus der Verwaltungsreform ergeben.
- Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie eine deutliche Ausweitung der Organisation von und der Teilnahme an Informationsveranstaltungen.

	2003	2004	2005
Anzahl der Überwachungsvorgänge	517	389	395
Anzahl der Anträge n. LärmVO od. BimSchG	64	31	5
Anzahl der Beratungen	1.674	1.157	839
Anzahl der Beratungen pro 1.000 Einwohner	14,4	10,0	7,2
Anzahl der Veröffentlichungen (Presseartikel, Faltblätter und Broschüren)	5	3	4
Anzahl der Informationsveranstaltungen	8	5	5
Bericht über bakt. Wasserqualität in öffentlichen + gewerblichen Schwimmbädern	93	88	124
Überprüfung von Hofstellen gemäß Düngemittelanwendungsverordnung	5	5	7
Beprobung von Hausinstallationen in Einrichtungen, die Trinkwasser für die Öffentlichkeit abgeben	nicht erfasst	19	34



### 3. BAUDEZERNAT

Leitung: bis 30.10.2005: Volker Hempel, Tel. 42891-2055

ab 01.11.2005: Arne Dornquast (kommissarisch), Tel. 42891-2055

		2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen		122,7	126,75	127,75
Sachkostenbudget in €				
Ansatz und Rest Vorjahr	<b>Soll</b>	130.475	152.438	126.065
Ausgaben	<b>Ist</b>	113.085	127.638	108.588
übertragbarer Rest		17.390	24.800 <sup>1</sup>	17.477
betreute Fachausschüsse		Stadtplanungsausschuss, Fachausschüsse für Landschaftsplanung, Grünangelegenheiten und Umweltschutz, für Bauangelegenheiten, für Verkehr und Inneres, sowie gelegentlich für Sport und Kultur		
Schriftliche Anfragen/Eingaben aus der Bevölkerung		86	105	99
Einnahmen insgesamt in €				
	<b>Soll</b>	2.814.015	2.524.759	2.638.528
	<b>Ist</b>	2.611.111	2.283.825	2.611.627
Ausgaben insgesamt	<b>Ist</b>	14.808.801	13.078.356	14.161.873

Das Bauamt hat auch 2005 wieder wesentliche Beiträge zur Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung geleistet und wird weiterhin neue und für Bergedorf wichtige Entwicklungen fördern, begleiten und für ihre Realisierung die unerlässlichen öffentlich-rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Dies bedeutet, dass räumliche Organisationsvorstellungen entworfen und Planrecht geschaffen oder verändert werden müssen. Dies bedeutet auch, dass Projektentwickler, Investoren und Nutzer akquiriert, beraten und begleitet werden müssen. Bauherren müssen beraten und ihre Anträge möglichst kurzfristig beschieden werden. Auch muss vorhandene Infrastruktur unterhalten oder zusätzlich erforderliche geschaffen werden.

Rückblickend sind für das Jahr 2005 für das Baudezernat folgende Schwerpunkte zu nennen:

- ZOB und Flächen des Bahnhofsvorplatzes  
Die Verträge zwischen der Stadt und der Fundus-Fonds-Verwaltung wurden geschlossen, so dass der Neubau des ZOB und die anschließende Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit einer Erweiterung des CCB jetzt in Angriff genommen werden können. Damit wurde eine viele Jahre andauernde Diskussion zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht und der Startschuss für eine erhebliche Verbesserung der Benutzerfreundlichkeit des ZOB und gleichzeitig auch der Wettbewerbsfähigkeit Bergedorfs als Handelsstandort gegeben.
- Schleusengraben  
Der Workshop zur Entwicklung der gewerblichen Bauflächen beiderseits des Schleusengrabens hat wichtige Impulse für den zukünftigen Umgang mit diesen für Bergedorf zentralen Wirtschaftsflächen gegeben. Das erarbeitete Konzept für ein verträgliches Miteinander von hochwertigen neuen Nutzungen (bis hin zum Wohnen) und klassischem Gewerbe eröffnet neue städtebauliche Perspektiven nicht nur für Bergedorf.

<sup>1</sup> Hohe Restebildung im Hinblick auf den Neubau der Garten- und Tiefbauabteilung am Kampweg und damit verbundene Aufwendungen



- **Bille-Bad**  
Bergedorfs neues Schwimmbad wurde im Sommer eröffnet. In Zeiten, in denen andere Bäder in Hamburg schließen müssen, ist die Investition der Bäderland GmbH auch als Ausdruck des Vertrauens in die Entwicklungsperspektiven Bergedorfs als am stärksten wachsender Bezirk Hamburgs zu bewerten.

Die Genehmigungen für den Wohnungsbau auf den ehemaligen Schwimmbadflächen sind erteilt worden, so dass der Bau der 90 Wohnungen in 2006 begonnen werden kann.

- **Billwerder Billdeich**  
Die Grundinstandsetzung des Billwerder Billdeichs vom Mittleren Landweg bis nach Bergedorf-West mit einer erstmaligen Anlage eines ausreichend dimensionierten Fußwegs wurde fertig gestellt.
- **Rathaus-Erweiterung**  
Der Wettbewerb für die Erweiterung des Bergedorfer Rathauses hat eine Lösung für die kundenfreundliche Zusammenführung bislang u.a. im Villengebiet verstreuter Dienststellen des Bezirksamtes hervorgebracht. Der Bau wird in 2006 begonnen werden.

### 3.1 **Verwaltungsabteilung**

Leitung: Martina Cornils (Tel. 42891.2051)

Die Verwaltungsabteilung war 2005 – neben der Wahrnehmung „klassischer“ Aufgaben wie z.B. Verwaltung des Sachmittelbudgets, Beschaffungen, Submissionsstelle für das Bauamt – wieder vordringlich mit Geschäftsführungsaufgaben für bauamtsbezogene Reorganisationsprozesse und bezirksamtsübergreifende Arbeitskreise sowie der Erhebung und Koordination statistischer Daten befasst.

	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Eröffnungstermine der Ausschreibungsangebote	101	48	51
davon öffentliche Ausschreibungen			11
davon beschränkte Ausschreibungen			40



### 3.2 Planungsabteilung

Leitung: Arne Dornquast (Tel. 42891.2055)

		<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Beschäftigungsvolumen		11,3	11,14	11,3
Einnahmen in €	Soll	1.000	1.000	1.000
	Ist	342	885	1.098
Ausgaben in €		225.000	218.894	223.024
Anzahl der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne <sup>1)</sup>		23	23	24
Größe der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne in ha <sup>1)</sup>		938	750,9	756,3
Anzahl der Bebauungspläne, für die frühzeitige Bürgerbeteiligungen durchgeführt wurden		1	2	2

1) Stichtag 31.12.; erfasst werden Bebauungspläne, für die Grobabstimmungen durchgeführt wurden oder vorbereitet werden

Aufgabe der Planungsabteilung ist, die städtebauliche Entwicklung und Ordnung und die Entwicklung von Natur und Landschaft im Bezirksamtsbereich durch Planung zu leiten sowie die bezirklichen Interessen bei Planungen Dritter zu vertreten.

#### 3.2.1 Vorbereitende städtebauliche Planung

##### **Entwicklung von Wohnbauflächen**

Bei der Wohnbauflächenentwicklung standen 2005 nach wie vor die Flächen nördlich Reinbeker Redder im Vordergrund. Die Vorbereitung für einen Bebauungsplan hinter dem Blumenhof Kehr sind so weit vorangebracht worden, dass hier in Kürze mit der Aufstellung begonnen werden kann. Bei der Fläche Hirtenland konnte mangels Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümerin kein entscheidender Fortschritt erreicht werden. Für die östlich der Kleingartenanlage Haempton gelegenen Flächen wurden weitere vorbereitende Gespräche mit der GWG geführt.

##### **Entwicklung von gewerblichen Bauflächen**

Hinsichtlich der gewerblichen Entwicklung standen auch 2005 aus planerischer Sicht die beiden großen Flächen Mittlerer Landweg und südlich Brookdeich im Vordergrund. Während südlich Brookdeich das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans, das federführend durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt bearbeitet wurde, zum Abschluss gebracht wurde, werden für den Bereich Mittlerer Landweg vermutlich noch Änderungen in der Planungskonzeption vorgenommen. Diese laufen darauf hinaus, dass ein Teil der Flächen zum Wohngebiet wird und dafür in anderen Bereichen in Bergedorf Gewerbegebiete als Kompensation ausgewiesen werden.

##### **Flächenkonversion**

Im Rahmen der Flächenkonversion waren auch 2005 von Bedeutung die Flächen des ehemaligen AK Bergedorf am Gojenbergsweg sowie das frühere Güterbahnhofs Gelände von Bergedorf. Für das AK Bergedorf-Gelände lief 2005 das Investorenauswahlverfahren, das nunmehr kurz vor dem Abschluss steht. Für das Gelände des ehemaligen Hubschrauberlandeplatzes laufen ebenfalls Umnutzungsüberlegungen, die durch die Planungsabteilung begleitet werden.



Hervorgerufen durch einen Eigentümerwechsel wurden in der zweiten Jahreshälfte die Umnutzungsüberlegungen für das Güterbahnhofsgelände intensiviert. Dort soll ein größeres zentrumsnahes Wohngebiet entwickelt werden.

### **Schleusengraben**

Wesentlicher Tätigkeitsschwerpunkt war 2005 die Organisation, Durchführung und Begleitung des Workshops zum Schleusengraben, mit dem es gelungen ist, einen Stadtbereich in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken, der bisher stark vernachlässigt wurde. Der auf eine breite Beteiligung angelegte Planungsprozess, der in dem dreitägigen Workshop mündete, hat großes Interesse hervorgerufen. Die Arbeitsergebnisse, die er hervorgebracht hat, geben eine ganz neue Perspektive für die Schleusengrabenachse. Die Aufgabe für die Zukunft wird darin bestehen, diese Ergebnisse abzustimmen und in die Realität umzusetzen.

### **Interkommunales Forum zur Einzelhandelsabstimmung**

Unter Federführung der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg haben sich die Hamburger Bezirke Mitte und Bergedorf sowie die schleswig-holsteinischen Gemeinden Barsbüttel, Geesthacht, Glinde, Reinbek und Wentorf darauf verständigt, ein interkommunales Forum ins Leben zu rufen, mit dem frühzeitig großflächige Einzelhandelsansiedlungen abgestimmt werden sollen. Bergedorf hat für das erste Jahr (bis Oktober 2006) die Geschäftsführung übernommen und ist zuständig für die Auftragsvergabe an den Gutachter sowie die Organisation der weiteren Vorgehensweise.

### **Kindertag**

Ebenso wie 2004 wurde auch 2005 ein Kindertag organisiert, an dem die Planungsabteilung insbesondere an der Vorbereitung und Durchführung der Kinderkonferenz maßgeblich beteiligt war.

## **3.2.2 Projektentwicklung, Projektsteuerung – Koordinatorin für große Städtebauprojekte**

### **Zentrumserweiterung und ZOB-Umgestaltung Bergedorf**

Tätigkeitsschwerpunkt der Koordinatorin war in 2005 die Vorbereitung und der Abschluss der vertraglichen Vereinbarungen mit den Fundus-Fonds-Verwaltungen für die Entwicklung der Flächen am Bahnhofsvorplatz und südlich der B 5.

Die Bürgerschaftsdrucksache wurde im November/Dezember durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt dem Senat und der Bürgerschaft vorgelegt und beschlossen. Die Koordinatorin nimmt an einer Vielzahl von Abstimmungsgesprächen mit den Fachbehörden und den VHH teil, um eine zügige und qualitätsvolle Realisierung zu sichern.

### **Aufwertungsmaßnahmen für den Standort Bergedorf**

Die Koordinatorin ist an vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung der City beteiligt. Innerhalb des Bezirksamtes ist sie Themenbeauftragte für diesen Bereich. Schwerpunkt des City-Managements ist die Begleitung des Business Improvement Districts (BID) Sachsen- und südliche Alte Holstenstraße.

### **Bauvorhaben Neuallermöhe**

Die Koordinatorin bearbeitet zahlreiche Einzelanfragen und Beurteilungen aus Neuallermöhe. Zusätzlich wurden eine Reihe von fachlich orientierten Führungen in Neuallermöhe-Ost und -West durchgeführt mit dem Gedankenaustausch zur Problematik neuer und großer Wohngebiete. Weiterhin wird die Kunstjury des Kommunikations- und Kunstvereins zu dem Projekt "Kunst im öffentlichen Raum" von der Koordinatorin als Jurymitglied begleitet.



Die Umsetzung der Bebauung des westlichen Teilbereichs wurde durch die Koordinatorin begleitet. Für Teilflächen wurden veränderte Bebauungsvorschläge vorgelegt und abgestimmt.

### 3.2.3 Bebauungsplanung

Die meisten Bebauungsplanverfahren wurden im Hinblick auf das Europarechtsanpassungsgesetz-Bau und unter Berücksichtigung der Prioritätenliste des Stadtplanungsausschusses mit dem zeitlichen Ziel durchgeführt, dass sie Ende 2005 an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) zur Genehmigung abgegeben werden konnten. Dieses Ziel wurde mit Ausnahme der Verfahren Neuengamme 8 und 9, für die erweiterte öffentliche Auslegungen erforderlich werden, erreicht.

Für die Bebauungsplanverfahren Bergedorf 94 und 97 (ZOB, Fachmärkte am Schleusen-graben) wurden (geänderte) Aufstellungsbeschlüsse gefasst und öffentliche Plandiskussionen durchgeführt.

Hervorzuheben ist, dass die ungewöhnlich hohe Zahl von sieben Planentwürfen mit den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) abgestimmt wurde. Es handelte sich um Altengamme 10, Allermöhe 27, Curslack 17, Kirchwerder 21, Kirchwerder 22, Neuengamme 8 und 9.

Einige Pläne mussten aufgrund von abweichenden Entscheidungen der politischen Gremien teilweise wiederholt mit den TÖBs erörtert werden.

Öffentlich ausgelegt wurden (teilweise erneut) die Entwürfe Altengamme 8 und 9, Altengamme 10, Curslack 16 und 17, Kirchwerder 17, 21 und 22 sowie Neuengamme 8 und 9.

Folgende 11 Bebauungspläne wurden an die BSU mit der Bitte um Genehmigung abgegeben: Altengamme 8, 9 und 10, Allermöhe 27, Bergedorf 92, Curslack 15, 16 und 17 sowie Kirchwerder 17, 21 und 22. Eine solch große Anzahl wurde seit mindestens 10 Jahren nicht erreicht.

Folgende Bebauungspläne wurden von der BSU genehmigt: Altengamme 10, Bergedorf 92, Curslack 15, Kirchwerder 20 und Kirchwerder 25.

Hinzu kamen u.a. folgende Leistungen:

- Städtebauliche Beurteilung von Bauvorhaben während der Bebauungsplanverfahren,
- Zurückstellungen von Baugesuchen, Diskussionen über Veränderungssperren,
- Erarbeitung von städtebaulichen Verträgen.

Insgesamt ist der Bezirk seinem Ziel, verlässliches Planungsrecht für den Bezirk zu schaffen, deutlich näher gekommen. Somit kann die gewünschte städtebauliche und landchaftsgestalterische Entwicklung vom Bezirksamt und seinen politischen Gremien weitreichender als bisher gesteuert werden.

### 3.2.4 Städtebauliche Bauberatung, städtebauliche Stellungnahmen, Baukommission, Abwägungen nach § 125 Absatz 2 BauGB

Städtebauliche Auskünfte und Beratungen zu festgestellten Bebauungsplänen vor Antragsstellung werden von der Baugenehmigungsabteilung wahrgenommen. Die Planungsabteilung wurde in Einzelfällen beteiligt. Städtebauliche Auskünfte wurden aber auf besonderen Wunsch bzw. bei direktem Einschalten durch den Antragsteller erteilt.

Im Rahmen der Baukommission Bergedorf wurden im Jahre 2005 aus dem Antragsvolumen der Genehmigungsabteilung diverse Anträge beurteilt. Ein großer Anteil der zu beurteilenden Vorhaben liegt in Gebieten mit älterem Planungsrecht und entspricht nicht mehr der heutigen Genehmigungspraxis. Daher wurden in großer Zahl Befreiungen zum Planungsrecht geprüft.





Eingeschlossen sind Anträge für Sondernutzungen auf öffentlichem Grund z.B. zum Aufstellen von Warenständen, Tischen und Stühlen zur Bewirtung, Aufstellen von Stadtinformationsanlagen und Telefonstationen bzw. -häuschen.

In der Baukommission Vier- und Marschlande waren, da für den größten Teil des Gebietes der Baustufenplan von 1955 gilt, in der Regel aufwändige Einzelbeurteilungen nach §§ 34 und 35 BauGB oftmals mit eingehender Ortsbesichtigung erforderlich.

Vermehrt wurden Stellungnahmen zu Anfragen der Finanzbehörde zum Verkauf von Grundstücken mit oder ohne Gebäude sowie Anfragen zur Zugehörigkeit von Grundstücken zu einem § 34 BauGB-Gebiet zwecks Erhebung von Siedlungsbeiträgen erteilt.

Eine sehr zeitaufwändige Aufgabe ist die Durchführung von Abwägungen für die endgültige Herstellung von Straßen, für die keine Bebauungspläne vorliegen. Die Abwägungen sind oftmals auch erforderlich für Straßen, die bereits seit Jahrzehnten dem Verkehr gewidmet sind. Infolge eines Gerichtsurteils sind umfangreiche Recherchen erforderlich. Andernfalls würde eine ordnungsgemäße Abwägung nicht stattfinden und die Kosten für die Straßenbaumaßnahmen könnten nicht auf die Anlieger übertragen werden. Abwägungen wurden durchgeführt für die Straßen Billwerder Billdeich 5. und 6. Bauabschnitt, Fasanengrund und In der Ohe Nord.

Des Weiteren wurden Stellungnahmen zu Planungen der Tiefbauabteilung wie z.B. Grundinstandsetzung Kiehnhecken, Herstellung Zufahrt zum Hohendeicher See erarbeitet und zu Straßen oder Wegen, die öffentlich gewidmet werden sollen.

### **3.2.5 Landschaftsplanung**

#### Entwicklungsplanung

Im Bereich vorbereitende Landschaftsplanung wurde in enger interdisziplinärer Zusammenarbeit der Fachrichtungen "Städtebau" und "Landschaftsplanung" das Leitbild für die landschaftsstrukturelle und bauliche Entwicklung nördlich Reinbeker Redder nach Erweiterung des Konzeptes auf Teilflächen der Gemarkung Oststeinbek mit ersten Investoren und Flächeneigentümern durchgesprochen.

Weiter betreut wurde die von der BSU in Auftrag gegebene Untersuchung "Darstellung von Ausgleichflächenpotentialen". Es konnte erreicht werden, dass in einem weiteren Untersuchungsschritt die BSU eine landschaftsplanerische Untersuchung Grüne Ufer von Dove- und Gose-Elbe in Auftrag gab, um auch in diesen Bereichen Ausgleichflächenpotentiale festzustellen.

#### Verbindliche Landschaftsplanung

Mit den Huckepack-Bebauungsplänen Kirchwerder 20 (Heinrich-Osterath-Straße Ost) und Kirchwerder 25 (GALA-Bau-Betrieb Warwischer Hinterdeich) wurden in 2005 zwei Pläne von der BSU genehmigt, in denen insbesondere die landschaftsplanerischen Festsetzungen zu den Uferschutzstreifen an der Gose-Elbe, zur extensiven landwirtschaftlichen Nutzung und zum Wechsel von Bebauung und Landschaft („Landschaftskorridore/ Landschaftsfenster“) ihren Niederschlag gefunden haben.

Der - auch aus landschaftsplanerischer Sicht - besonders komplexe Bebauungsplan Kirchwerder 17 / Ochsenwerder 8 konnte abgeschlossen und zur Rechtsprüfung an die BSU gegeben werden. Damit ist sichergestellt, dass eine Umweltprüfung nicht durchgeführt werden muss, die die Fertigstellung des Planes verzögert hätte.

Erste Erfahrungen mit dem neuen Instrument „Umweltbericht“ wurden bei dem Bebauungsplan Allermöhe 28 (Fläche für die Garten- und Landschaftsbaubetriebe) gesammelt.



Für den Bebauungsplan Altengamme 8 / Neuengamme 10 wurde zur Umsetzung der naturschutzrechtlichen Eingriffs-/Ausgleichsregelung für den Sonderfall der Entwicklung eines Gewerbebetriebes im Auenentwicklungsbereich der Dove-Elbe ein Städtebaulicher Vertrag zwischen dem Investor, den privaten Ausgleichsflächeneigentümern und der Stadt erarbeitet und nahezu schlussabgestimmt.

### Ziele für 2006

- Schaffung von rechtssicheren Bebauungs- und Landschaftsplänen, d.h. alle Pläne sollen evtl. Normenkontrollverfahren standhalten.
- Alle Stellungnahmen für die den Bezirk betreffenden Planungen und Vorhaben sollen termingerecht abgegeben werden, sofern die federführenden Stellen auskömmliche Zeiträume für die Erarbeitung bereitstellen.

### 3.3 Genehmigungsabteilung

Leitung: Arne Dornquast, Tel. 42891 - 2055

		2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen		24,3	24,24	25,05
Einnahmen in €	Soll	1.193.517	745.759	852.528
	Ist	1.034.105	696.940	848.529
Ausgaben in €		6.590	8.462	12.849

Das Konzept der Genehmigungsabteilung stellt darauf ab, dass alle wesentlichen zur Abwicklung eines Bauvorhabens erforderlichen Informationen, Genehmigungen und Erlaubnisse in einer Dienststelle eingeholt werden können.

Der Bezirk Bergedorf hat hierfür hamburgweit die Vorreiterrolle übernommen. Kernstück der Abteilung ist die klassische Bauprüfabteilung mit all den dazugehörigen Aufgaben. Ergänzt wird dieses Aufgabenspektrum um hoheitliche Aufgaben, die aus der Verwaltungsabteilung der Tiefbauabteilung, dem Naturschutzreferat, der Wasserwirtschaft und dem Einwohneramt übernommen wurden. Auch die Beratung zu Fragen des Städtebaus und der Baugestaltung erfolgt in der Genehmigungsabteilung.

Die Konzentration der kundenorientierten Aufgaben des Bauamtes in der Genehmigungsabteilung hat sich insofern positiv ausgewirkt, als Probleme in einem größeren baurechtlichen Zusammenhang beurteilt werden können, was zu reibungsloseren Entscheidungen innerhalb des Bauamtes und für den Kunden zur Verkürzung von Bearbeitungszeiten geführt hat.

Aufgrund der räumlichen Trennung und der lediglich im Kernbereich vertretenen Rechtsbereiche des Wege-, Wasser- und Naturschutzrechts sowie des Wohnraumschutzes konnte die stark kundenorientierte Arbeitsweise leider nur zum Teil auf die Arbeit der Bauprüfdienststelle des Ortsamtes übertragen werden.



## Bauaufsicht

Die Aufgaben der Bauaufsicht bei der Errichtung, Änderung und dem Abbruch baulicher Anlagen lassen sich wie folgt einteilen:

- Vollzug der städtebaulichen Planung
- Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verhinderung unzumutbarer Belästigungen.
- Baupflege
- Vollzug von Anforderungen, die nach anderen Rechtsvorschriften an bauliche Anlagen zu stellen sind (soweit hierfür nicht andere Behörden zuständig sind)

Für das Stadtgebiet ergeben sich folgende Fallzahlen und Einnahmen:

		2003	2004	2005
Wohnbauvorhaben		548	311	385
Anzahl genehmigter Wohnungen		375	106	369*
Gewerbliche Bauvorhaben		98	115	108
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren		621	1.720**	2.255**
Anzahl der Grundstücksteilungen		51	31	37
Anzahl der Owi-Verfahren		6	2	4
Einnahmen in €	Soll	566.915	475.296	500.614
	Ist	531.487	451.086	515.128

\* Das Jahr 2005 war durch einen merklichen Anstieg der Bautätigkeit im Geschosswohnungsbau ,z.B. altengerechte Wohnungen im Weidenbaumweg 102/104+ Rektor-Ritter-Straße 28/30, der Geschosswohnungsbau am Bille-Bad, geprägt sowie durch eine Zunahme des Einfamilienhausbaus am Dorfanger Boberg.

\*\* Erstmals wurden in 2004 Aktenausleihungen und –einsichten, Herstellung ordnungsgemäßer Zustände nach der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (VAwS) und Haustechnik, Eingaben und Anfragen sowie Schornsteinfegerangelegenheiten in BaCom erfasst. Die Anzahl der Vorgänge hat sich auf Grund der VAwS-Überwachung in 2005 nochmals um ca. 400 erhöht.

## Wohnraumschutz und Haustechnik

Die Aufgaben des Sachgebietes sind:

Verhinderung der Zweckentfremdung von Wohnraum, Erhalten gesunder Wohnverhältnisse, Überwachung haustechnischer Anlagen auf Einhaltung regelmäßiger Überprüfung durch Sachverständige.

Bescheide über die Zweckentfremdung werden erforderlich, wenn Wohnungen für andere Zwecke als zum Wohnen genutzt oder wenn Wohngebäude abgebrochen werden. Mit der Genehmigung über die Zweckentfremdung ist Ersatzwohnraum nachzuweisen oder es sind regelmäßige Ausgleichszahlungen zu leisten.

(auch für VM-Gebiet)	2003	2004	2005
Genehmigungen für die Zweckentfremdung von Wohnraum	5	7	6
Vorgänge Wohnraumschutz	132	115	106
Vorgänge Haustechnik	77	125	187*

\* Überwachung 73 ; Herstellung ordnungsgemäßer Zustände 114



## Abschnitt Umwelt

Im Abschnitt Umweltschutz der Genehmigungsabteilung sind folgende Aufgabenbereiche zusammengefasst:

- Naturschutz (Gehölzschutz, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Bauvorhaben in Landschaftsschutzgebieten und im Außenbereich, Kontrolle der Ausgleichsmaßnahmen in B-Plangebieten),
- Gewässerschutz (Bauvorhaben in und unmittelbar an Gewässern, Gewässernutzungen, Gewässerverunreinigungen.) Im Bereich des Gewässerschutzes sind Genehmigungsverfahren sowie Routinekontrollen auszuführen (z. B. Grabenschau, Einleitgenehmigungen).
- Grundstücksentwässerung; Regen- und Abwasserableitung bei Bauvorhaben, stichprobenartige Überprüfung von Anzeigen, anlassbezogene Überprüfung von Abwassermissständen, Festlegung von Hausanschlüssen an neu errichteten öffentlichen Sielanlagen (Erschließungsgebiete).
- Überwachung von Heizölbehältern bei Kleinf Feuerungsanlagen. Gegenstand der Überwachung von Heizölbehälteranlagen im Zusammenhang mit Kleinf Feuerungsanlagen ist einerseits die Entgegennahme von Anzeigen andererseits aber auch die Kontrolle termingerechter Sachverständigenprüfungen sowie ggf. deren anlassbezogene Durchführung.

In allen Arbeitsbereichen ist die Umsetzung gesetzlich festgeschriebener Mindestanforderungen einzufordern bzw. zu überwachen.

(auch für Vm – Gebiet)	2003	2004	2005
Ausnahmen nach der Baumschutzverordnung	392	444	397
Sonstige naturschutz- rechtliche Verfahren	203	102	128
Anzahl wasserrechtliche Verfahren	498	310	535
Anzahl anzeigepflichtiger Anlagen nach VAWS	1.093	1.347	969
Ordnungswidrigkeiten-Verfahren	0	16	2
Anzahl der Widersprüche	22	7	7
Anteil der erfolgreichen Widersprüche in %	1	0	0
Einnahmen Soll	99.900	*	94.510
Ist		*	94.883

\*Die Ermittlung der Einnahmen für 2004 sind fehlerhaft, es wurde keine Summe der Einnahmen aller Rechtsbereiche gebildet.

## Sondernutzung

Sondernutzungsbescheide werden erforderlich, wenn eine Nutzung der öffentlichen Wegeflächen gewünscht wird, die über den Gemeingebrauch hinausgeht oder zum Schutz der öffentlichen Wege bestimmte Nutzungen unterbunden werden müssen. Als Beispiele für diese Nutzungen sind zu nennen: Das Aufstellen von Informationsständen für Parteien und Vereine, Aufstellen von Baugerüsten oder Schuttcontainern, Unter- und Überbauungen des öffentlichen Grundes mit privaten Leitungen, Werbeanlagen, Balkonen etc. und das unbefugte Abstellen von Kfz auf öffentlicher Fläche.

(auch für Vm-Gebiet)		2003	2004	2005
Anzahl der Sondernutzungen		1.830	2.008	1.606
Anzahl der Ordnungswidrigkeiten-Verfahren		165	201	114
Einnahmen in €	Sol	254.492	223.630	257.404
	Ist	153.570	199.861	238.518



Die Anzahl der Sondernutzungen ist in allen drei Bereichen leicht gesunken. Das hohe Niveau der verfolgten Ordnungswidrigkeiten in 2004 konnte nicht gehalten werden, da der in 2004 dafür eingesetzte Verwaltungspraktikant in 2005 nicht mehr zur Verfügung stand. Hinzu kam ein mehrmonatiger krankheitsbedingter Ausfall zweier Mitarbeiter. Ordnungswidrigkeiten wurden in dieser Zeit nicht verfolgt, um den Dienstbetrieb insgesamt aufrecht erhalten zu können.

Der Rückgang der Ordnungswidrigkeiten-Verfahren im KFZ-Bereich ist damit zu erklären, dass im Gegensatz zu 2004 keine Rückstände mehr zu bearbeiten waren.

Die Differenz zwischen Einnahmen Soll und Einnahmen-Ist in Höhe von ca. 18.887€ setzt sich wie folgt zusammen:

Sondernutzungen (kurz- und langfristig):	ca. 4.152,--€
Beseitigung KFZ:	ca.14.737,--€

und resultiert aus dem allgemeinen Bearbeitungsvorgang, so zum Beispiel durch Sollstellungen Ende des Jahres, die erst im neuen Jahr beglichen werden.

Im Bereich der KFZ-Beseitigungen ergibt sich die Differenz aus dem Personenkreis der Zahlungspflichtigen. Es handelt sich überwiegend um Personen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation zahlungsunfähig sind.

### 3.4 Garten- und Tiefbauabteilung

Leitung : B/BA 40/1 Hans Grote bis 30.09.2005,  
 ab 01.10.2005 in Vertretung Christine Els - Meltzer Tel. 42891.2069  
 B/BA 40/2 Christine Els - Meltzer Tel. 42891.2277

Das gesamte Jahr 2005 stand unter dem Schwerpunkt des Zusammenwachsens der Garten- und Tiefbauabteilung, die auch im Jahre 2005 weiterhin auf 5 Standorte verteilt war.

Im November 2005 wurde der Neubau am Kampweg fertiggestellt und ab Dezember begann der Umzug der einzelnen Abschnitte in den Neubau.

		2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen <sup>1) 2)</sup>		98,6	89,57	89,4
Einnahmen in EUR <sup>3)</sup>	Soll	1.619.000	1.778.000	1.785.000
	Ist	1.576.000	1.586.000	1.762.000
Ausgaben in EUR <sup>1)</sup>		14.577.000	12.851.000	13.926.000

1) Zum 1.1.2004 sind die Tiefbauabteilung (B/BA 5) und die Garten- und Friedhofsabteilung (B/BA 6) zur Garten- und Tiefbauabteilung verschmolzen worden. Für 2002 und 2003 sind die Daten der beiden Abteilungen addiert worden.

2) Einschl. Auszubildende, ohne Mitarbeiter externer Beschäftigungsträger (HAB, Alsterarbeit etc.)

3) Gebühren, Arbeiten für fremde Rechnungen bei Wiederherstellungen nach Sondernutzungen

Ausbildung, Beschäftigungsmaßnahmen	2003	2004	2005
Anzahl Auszubildende Ga La Bau	7	10	7
Verwaltung	1	0	1
Anzahl ABM – Mitarbeiter über Freie Träger (Sprungbrett)	5	10	0
Anzahl Job Start – Mitarbeiter	0	0	1
Beschäftigungs- Tage straffällig gewordener Jugendlicher	130	125	110
Hamburger Arbeit Beschäftigungsprogramm	30	24	24
ANSCHUB - zum Erfolg Schule Richard-Linde-Weg	2	2	2



## Aufgaben

- Gewährleistung der Sicherheit des öffentlichen Grundes
- Erhaltung des Abflussvermögens der städtischen Gewässer
- Gewährleistung stabiler Wasserstände
- Gewährleistung einer bedarfsgerechten Pflege und der Erhaltung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen
- Gewährleistung der Verkehrssicherheit der öffentlichen Grünanlagen und der Spielplätze
- Gewährleistung der Verkehrssicherheit der städtischen Bäume
- Gewährleistung von Rufbereitschaft und Notmaßnahmen bei Betriebsstörungen.
- Gewährleistung einer kundenorientierten Friedhofsverwaltung
- Naturschutz und Landschaftspflege
- Fach- und zeitgerechte Beantwortung von Anfragen von Bürgern und politischer Gremien
- Durchführung von Bauvorhaben: Straßen, Grünanlagen, Spielplätzen und Gewässern; Erschließungen, einschl. einer termingerechten und wirtschaftlichen Vorbereitung und Umsetzung
- Sauberkeit und Ordnung in öffentlichen Anlagen
- Instandsetzung der öffentlichen Verkehrsanlagen, Grünanlagen, Gewässer und Deiche
- Erhaltung und Entwicklung der städtischen Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes, Verbesserung der wasserwirtschaftlichen und ökologischen Verhältnisse.

## In 2005 sind insbesondere folgende Projekte und Aufgabenbereiche bearbeitet worden:

- Umsetzung von Unterhaltungsmaßnahmen im gesamten Straßennetz des Bezirks in einem Volumen von ca. 1,4 Mio. Euro
- Umsetzung von Unterhaltungsmaßnahmen an wasserwirtschaftlichen Anlagen in einem Volumen von ca. 1,5 Mio. Euro
- Entwurfsbearbeitung und Bauausführung für die Grundinstandsetzung des Billwerder Billdeiches in mehreren Bauabschnitten
- Grundinstandsetzungen am staatlichen Ent- und Bewässerungssystem in den Vier- und Marschlanden
- Grundinstandsetzungen im nachgeordneten Straßennetz in einem Volumen von ca. 1,9 Mio. Euro
- Vorbereitung und Ausführung von diversen Erschließungsmaßnahmen
- Weiterführung des Straßenbaus in der Wohnerschließung Neuallermöhe – West.



Die Tätigkeit der Garten- und Tiefbauabteilung wird auch in folgenden Zahlen deutlich :

Angaben in Euro	2003	2004	2005
<b>Investitionsmittel Straße <sup>1)</sup></b>	<b>6.040.000</b>	<b>6.020.000</b>	<b>4.563.000</b>
Davon: Honorarausgaben	510.000	260.000	224.000
Erschließungsmittel	1.740.000	1.460.000	2.133.991
Neu-, Um- und Ausbau	460.000	1.060.000	216.519
Grundinstandsetzung	3.330.000	3.240.000	1.989.002
<b>Investitionsmittel Gewässer und Deiche <sup>1)</sup></b>	<b>560.000</b>	<b>853.000</b>	<b>1.706.670</b>
Davon: Honorarausgaben	92.000	22.000	116.670
Erschließungsmittel	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	160.000	350.000	665.000
Grundinstandsetzung HWS-Anlagen	308.000	481.000	925.000
<b>Investitionsmittel Grünanlagen <sup>1)</sup></b>	<b>2.560.000</b>	<b>1.002.000</b>	<b>749.000</b>
Davon: Honorarausgaben	55.000	5.000	0
Erschließungsmittel	1.490.000	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	700.000	761.900	367.555
Grundinstandsetzung	315.000	235.000	380.595

<b>Unterhaltung Straße <sup>1)</sup></b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Angaben zum Anlagenbestand Fläche der zu unterhaltenden Straßen einschl. Nebenflächen in m <sup>2</sup>	5.430.000	5.430.000	5.470.000
Aufgrabescheine	1.750	1.670	1.700
Ausgaben	1.670.000	1.186.000	1.376.000
<b>Unterhaltung Gewässer und Deiche <sup>1)</sup></b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Angaben zum Anlagenbestand: Flächengröße in ha	415	415	415
Ausgaben	1.470.000	1.320.000	1.475.000

<sup>1)</sup> Aus unterschiedlichen Titeln

<b>Unterhaltung Straßenbegleitgrün</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße m <sup>2</sup>	2.840.000	2.840.000	2.860.000
Anzahl der Bäume	19.100	19.400	23.605*)
Ausgaben	336.000	233.800	226.142
<b>Unterhaltung Kleingärten</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße in m <sup>2</sup>	1.815.000	1.830.000	1.830.000
Anlagen	27	28	28
Ausgaben	50.000	55.000	53.825
<b>Unterhaltung von Brücken und Ingenieur-Bauwerken</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße in m <sup>2</sup>	43.389	43.389	43.389
Anzahl	464	464	464
Ausgaben	75.000	32.000	35.000

\*) Eine Ersterfassung der Straßenbäume wurde in 2005 durchgeführt. Bei den Zahlen von 2003 und 2004 handelt es sich um Schätzungen.





<b>Unterhaltung öffentl. Grünanlagen</b>		<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Angaben zum Anlagenbestand				
Flächengröße m <sup>2</sup>		7.500.500	7.500.500	7.500.500
Anzahl		218	218	218
Ausgaben (Unterhaltung und Inst. aus Betriebshaushalt)		661.960	848.446	794.843
Einnahmen (Benutzungsgebühren, Schadensersatz, usw.)	Soll	13.163	24.056	16.460
	Ist	13.163	22.944	13.564

<b>Friedhof</b>		<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Angaben zum Bestand				
Flächengröße in m <sup>2</sup>		686.937	686.937	686.937
Investitionsausgaben		18.000	300.370	94.295
Unterhaltungsausgaben		278.000	370.753	302.610
Bestattungen				
(Erdbestattungen)		331	308	329
(Urnenbestattungen)		427	392	423
Einnahmen in	Soll	1.256.000	1.220.000	1.352.000
	Ist	1.264.000	1.208.000	1.257.000
Kostendeckungsgrad in %		90	92	103

<b>Naturschutzgebiete</b>		<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Angaben zum Bestand				
NSG : Die Reit, Kiebitzbrack, Zollenspieker				
Flächengröße in m <sup>2</sup>		160.000	160.000	160.000
Ausgaben für Pflege		15.000	9.700	9.800

<b>Amtshilfen <sup>1)</sup></b>		<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Ausgaben		320.000	278.000	298.000

<sup>1)</sup>Unter Amtshilfe fallen z.B. Arbeiten für fremde Rechnung, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichtung von Depotcontainerstandorten



## 5. JUGEND-UND SOZIALDEZERNAT

Leitung: Pia Wolters, Tel. 42891-2300

		2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen		129,0	121,61	100,58
Sachkostenbudget in €				
Ansatz und Rest Vorjahr	<b>Soll</b>	63.328	54.491	46.287
Ausgaben	<b>Ist</b>	61.463	54.491	46.287
übertragbarer Rest		1.865	0	0

betreute Fachausschüsse	Jugendhilfeausschuss, Fachausschuss für Gesundheit und Soziales
-------------------------	---

### 5.1 Jugendamt (Jugendhilfe)

	2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen <sup>1)</sup>	72,87	67,42	71,01

1) Das Beschäftigungsvolumen wird ab 2003 ermittelt.

## Übergreifende Planung und Steuerung

### Entwicklung in 2005

Das Jahr 2005 war für die Jugendhilfe geprägt von der Diskussion um den Kinderschutz in Folge des tragischen Todesfalls in Jenfeld. In Folge dessen wurden die Melde- und Informationswege gründlich geprüft und zahlreiche Veränderungen beschlossen und umgesetzt. Zum 1.10.2005 trat das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) in Kraft. Durch den neuen § 8a KJHG sind Meldeverpflichtungen für alle Träger und Einrichtungen der Jugendhilfe eingeführt worden. Es soll eine schnellere Hilfe bei Kindeswohlgefährdungen einsetzen und schneller in Elternrechte eingegriffen werden, wenn das Wohl des Kindes dies erfordert. Die Umsetzung des Gesetzes wird einen Schwerpunkt der Arbeit in 2006 bilden.

In 2005 wurde der Jugendhilfeplan für Bergedorf ergänzt und in verschiedenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses und in der AG nach § 78 KJHG abschließend diskutiert.

Die beiden Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG haben auch in 2005 weiterhin zusammen getagt.

Der „Kindertag Bergedorf“ wurde in 2005 ein 2. Mal erfolgreich durchgeführt.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Jugendhilfe (*Sozialräumliche Angebotsentwicklung*) haben sich die SAE-Projekte inzwischen etabliert.

Zur Verbesserung der Qualität bei notwendigen Fremdplatzierungen von Kindern und Jugendlichen außerhalb ihrer Familie und zur Entlastung des ASD wurde ein Aufnahmemanagement geschaffen und die Konzeption hierfür ergänzt.

Für alle Bereiche des Jugendamtes wurde mit erheblichem Aufwand bezirksübergreifend eine Geschäftsprozessanalyse mit der dazugehörigen Geschäftsprozessoptimierung (GPO) für eine EDV-Unterstützung erstellt.



## Ziele für 2006

- Aufbau der Koordinierungsstelle Kinderschutz mit den damit verbundenen Aufgaben der Installation eines Melde- und Berichtswesens bezüglich Kindeswohlgefährdungen sowie des Aufbaus eines Netzwerks Kinderschutz und Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK).
- Präsentation der Jugendhilfe des Bezirks Bergedorf beim Hamburger Familientag am 2.9.2006
- Einführung von ESARI
- Unterstützung des Aufbaus des neuen Familienhebammenprojekts unter Trägerschaft von Sprungbrett
- Verfolgung der GPO in Hinsicht EDV-Ausstattung
- Vorbereitung der Ausschreibung und Vergabe des Bergedorfer Präventionspreises samt begleitender Öffentlichkeitsarbeit und Organisation des Aktionstages zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention.

## Offene Kinder- und Jugendarbeit / Straßensozialarbeit

### Aufgabe und Entwicklung in 2005

Ab Oktober 2004 wurde mit der Datenerfassung im INEZ-Verfahren begonnen und ab 01.01.2005 erfolgte die INEZ-Anwendung für alle Zuwendungsfälle. Dies hat zu einer zusätzlichen Bindung von Arbeitskapazität geführt, da die Erfassung von Daten aus Sicherheitsgründen bis zum Abschluss der Verwendungsnachweisprüfungen parallel manuell erfolgen muss. In 2005 konnten die Verwendungsnachweisprüfungen für das Zuwendungsjahr 2004 deshalb nicht abgeschlossen werden.

In 2005 wurden insgesamt 56 Zuwendungsprojekte betreut sowie 2 Baumaßnahmenprojekte („Haus Warwisch“ und „Unser Haus“).

Auch wenn neue Maßnahmen der sozialen Stadtteilentwicklung zentral vom Verwaltungsdezernat übernommen wurden, werden bereits begonnene Maßnahmen durch das Jugend- und Sozialdezernat weiter betreut.

### Ziele für 2006

In 2006 muss das eingeführte Datenbanksystem INEZ ausgebaut bzw. auch für statistische Zwecke und das Berichtswesen eingesetzt werden.

Mit dem Bau des neuen Jugendclubs in Lohbrügge soll begonnen werden. Hierfür muss es sowohl hinsichtlich der Erstausstattung wie auch für Planung der konkreten Nutzung eine konzeptionelle und budgetbezogene Begleitung geben.

### Häuser der Jugend (HdJ)

Neben ihrer Funktion als offene Treffpunkte für Jugendliche des gesamten Bezirks stellten beide Häuser der Jugend in 2005 erneut ein umfangreiches Veranstaltungs- und Gruppenangebot sicher. Neben den „Standards“ offener, sportlich orientierter (Kajak, Fußball, Tischtennis, Karate, Tae Kwon Do usw.) oder handwerklich-technischer Gruppen (Holzwerkstatt, Computer, 2- und 4-Rad-Werkstatt) gab es weiterhin auch „Ausgefalleneres“, wie Einradfahren, Freeclimbing, Magic-Turniere, Jazz-Dance oder Hochseilklettern. Entsprechend der Projektkonzeptionen beider Häuser sind alle Angebote konsequent nachfrageorientiert. Für die Jugendlichen des Bezirks besteht so eine sehr direkte und weitreichende Einflussnahmemöglichkeit auf das konkrete Angebot „ihrer“ Freizeittreffpunkte.

Beide Häuser der Jugend wirkten im Verbund kommunaler Einrichtungen wieder erfolgreich am 2. Bergedorfer Kindertag mit. Einzelne Ergebnisse der hierbei durchgeführten Kinderkonferenz wurden noch in 2005 umgehend aufgegriffen bzw. mit Kindern und Jugendlichen gemeinsam projektiert (Kinderreisebüro, Halfpipe-Bau).



In fachlicher Hinsicht leisten die HdJ im Jahresverlauf ferner eine Vielzahl von Einzelhilfen oder -beratungen für die betreuten Jugendlichen. Sie sind außerdem direkt beteiligt an regionalen oder bezirklichen Kooperationsverbänden: Aktuell sind dies beim HdJ Heckkatzen weiter das bezirkliche Drogenpräventionsangebot „Lass 1000 Steine rollen“ sowie das Projekt „F.aktiv“ sozialräumlicher Angebotsentwicklung in Bergedorf-West. Das HdJ Lichtwarkhaus ist Partner der ARGE-Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit – Modell Bergedorf.

### Spielhäuser (SpH)

Auch die 4 kommunalen Spielhäuser des Bezirks beteiligten sich 2005 mit ihren jeweiligen Fördervereinen und einer hohen Elternbeteiligung am quantitativen Angebotshighlight des Bergedorfer Kindertages. Im übrigen lag der Schwerpunkt dieser Einrichtungen weiter in der kontinuierlichen Umsetzung des Rahmenkonzepts „Spielhaus der Zukunft“. Die darin enthaltene besondere Gewichtung bei Nachmittagsangeboten für Schulkinder und umfangreichen Ferienprogrammen hat sich bewährt. Allein in den Sommerferien 2005 wurden insgesamt über 100 Einzelangebote und knapp 30 Tagesausflüge bzw. Ausfahrten zu den verschiedensten Zielen vorgehalten. Insgesamt wurde von den 6 kommunalen Einrichtungen erneut ein sehr deutlicher, positiver Anteil zur gesamten sozialen Angebotsleistung im Bezirk beigetragen.

<b>Abteilung Offene Kinder- und Jugendarbeit</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Anzahl der Stellen (Innendienst)	3	3	3
Bewirtschaftetes Finanzvolumen (Haushaltsansätze) in T€	2.334	2.668	2.719

<b>Kinder- und Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Anzahl der kommunalen Einrichtungen, die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit bereitstellen	8	7	7
Häuser der Jugend	2	2	2
Spielhäuser	4	4	4
Projekte Straßensozialarbeit (Straso)	2	1	1
Anzahl der Stellen in den kommunalen Einrichtungen (HdJ; SpH; Strasos)	13,28	14,50	14,50

Anzahl der Stellen bei freien Trägern	33	33	28,50
Anzahl der zuwendungsfinanzierten Stellen	27	27	24,65
Zuwendungsvolumen in T€ <sup>1)</sup>	2.334	2.668	2.719

1) Nominelles Gesamtvolumen aller Zuwendungsbescheide des betreffenden Kalenderjahres (incl. einmaliger kleinerer Investitionszuschüsse und temporärer Sondermaßnahmen).



## Förderung der Erziehung in der Familie

### Aufgabe und Entwicklung in 2005

Im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie wurden über Zuwendungen insgesamt 6 Projekte gefördert.

Das Kinder- und Familienhilfezentrum (Kifaz) Lohbrügge hat sich aktiv beteiligt an der Vernetzung der Einrichtungen im Jugendbereich und pflegt eine gute Zusammenarbeit mit einigen Schulen, insbesondere mit der Schule Mendelstraße. Die angebotenen Kurse sind gut besucht. In 2006 wird das Kifaz neue Räume in Lohbrügge beziehen ( Fritz-Lindemann-Weg 2).

Die Arbeit im Kinder- und Familienhilfezentrum Neuallermöhe lief kontinuierlich weiter, die Nachfrage nach den dortigen Kursangeboten und Beratungsleistungen ist unverändert hoch.

Neben den Bereichen „Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit sowie der Förderung der Erziehung in der Familie wurden durch das Jugend- und Sozialdezernat 6 Projekte im Bereich der sozialen Stadtteilarbeit, 4 Gewaltpräventionsprojekte, 5 Projekte der Sozialräumlichen

Angebotsentwicklung sowie 1 Projekt „Begleiteter Umgang“ durch Zuwendungen gefördert und entsprechend betreut.

<b>Hilfen zur Förderung der Erziehung in der Familie</b> (sowie 1 Kooperationsprojekt m.d. JGH)	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Anzahl geförderter Projekte <sup>1)</sup>	6	6	6
Anzahl der zuwendungsfinanzierten Stellen	6,5	6,5	6,5
Zuwendungsvolumen in TE <sup>2)</sup>	504	509	486
Anzahl der kommunalen Erziehungsberatungsstellen	1	1	1
Anzahl der Stellen in der Erziehungsberatung	3,1	3,5	3,5
Anzahl der Neuanmeldungen in der Erziehungsberatung	244	254	232
Anzahl der betreuten Familien	296	260	270

1) Regelmäßige Projektförderungen / Jahresförderungen.

2) Nominales Gesamtvolumen aller Zuwendungsbescheide des betreffenden Kalenderjahres (incl. einmaliger kleinerer Investitionszuschüsse und temporärer Sondermaßnahmen).

### Ziele für 2006

Mit dem Bau des neuen Jugendclubs in Lohbrügge soll begonnen werden.

Aus dieser Einrichtung heraus soll auch ein Angebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit am Dorfanger Boberg vorgehalten werden.



## **Erziehungsberatungsstelle**

### **Aufgabe und Entwicklung in 2005**

Die Erziehungsberatungsstelle Bornbrook leistet Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII. Sie bietet Kindern, Jugendlichen und Familien bei Erziehungsfragen, Verhaltens- und Leistungsstörungen und bei Kommunikations- und Beziehungsproblemen innerhalb der Familie Beratung und therapeutische Hilfen an (§§ 16,17,28 SGB VIII).

#### Entwicklungstendenzen

Die Zahl der Eltern, die bereit sind, schon frühzeitig bei Problemen Hilfe in Anspruch zu nehmen, ist stark gestiegen. Das führt im Einzelfall dazu, dass der Beratungs- und Behandlungsumfang geringer und das Hilfsangebot wesentlich wirkungsvoller ist, als in den Fällen, bei denen sich aus Problemlagen schon schwere Störungen manifestiert haben.

Der Anteil von Alleinerziehenden bzw. von Familien, die nicht mehr in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung bestehen, ist weiterhin sehr hoch.

Verhaltensauffälligkeiten im Grundschulalter nehmen einen großen Raum in Anspruch. Motorische Unruhe, starke Konzentrationsstörungen, Aggressionen beeinträchtigen das Sozial- und Lernverhalten. In verstärktem Maße suchen mittlerweile sowohl Aussiedler als auch ausländische Familien die Erziehungsberatungsstelle auf.

Seit September 2005 ist die Erziehungsberatungsstelle auch wieder für Zuschüsse bei der Familienerholung zuständig.

Seit dem 01.01.2005 führen 3 Fachkräfte auf 2,75 Stellen die Beratung für die Erziehungsberatung in Bergedorf durch. In Bezug auf die Anzahl der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahren im Bezirk ist damit eine Stelle Beratung für ca. 8.600 Minderjährige zuständig.

### **Ziele für 2006**

- Das Erstgespräch bei Neuanmeldungen soll möglichst zügig erfolgen. Die Wartezeit soll nicht mehr als 28 Tage betragen.
- Im Rahmen einer möglichst frühzeitigen Unterstützung der Familien sollen die Beratungen für Eltern mit Kindern unter 6 Jahren vorrangig erfolgen.

## **Elternschulen**

### **Aufgabe und Entwicklung in 2005**

Elternschulen arbeiten präventiv auf der gesetzlichen Grundlage des § 16 SGB VIII. Sie fördern durch ihre Angebote die eigenverantwortliche Wahrnehmung von Erziehungsverantwortung. Gleichermaßen haben Elternschulen die Aufgabe, junge Menschen in der Vorphase der Familiengründung auf Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vorzubereiten.

Angebote der Familienbildung sollen bei Konflikten und Krisen Lösungsmöglichkeiten zur eigenständigen Bewältigung aufzeigen. Darüber hinaus trägt Familienbildung dazu bei, das Gesundheitsbewusstsein zu stärken, Selbsthilfepotentiale zu erschließen und zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen anzuregen. Durch niedrigschwellige Angebote fördern die Elternschulen Kontakte und Erfahrungsaustausch und leisten Beiträge zur Verhinderung von Isolation.

Die Angebote der Elternschulen werden zweimal jährlich in einem Programmheft veröffentlicht. Die Angebotsstruktur besteht aus offenen Angeboten, festen Gruppen in Kursform sowie themenbezogenen Gruppen- und Einzelangeboten.

Für das vergangene Jahr konnte festgestellt werden, dass der Anteil ausländischer Kursteilnehmer, insbesondere bei den offenen Angeboten, stark zugenommen hat. Ebenso der Anteil der männlichen Besucher.



	2003	2004	2005
Anzahl der kommunalen Elternschulen	2	2	2
Anzahl der Kurse in kommunalen Elternschulen <sup>1)</sup>	130	130	125
Anzahl der Kursteilnehmer (ohne offene Angebote)	1.875	2.058	2.233
Anzahl der offenen Angebote in kommunalen Elternschulen	13	12	12
Anzahl der Teilnehmer von offenen Angeboten in kommunalen Elternschulen	1.971	2.262	2.154

1) Die Kurse können allgemein als voll ausgelastet angesehen werden.

### Ziele für 2006

- Die Veranstaltungsreihe über „Erziehung“, „Familienkonflikte“ und „Situationen als Mutter“ soll intensiviert werden.
- Es soll eine Kooperation zwischen Erziehungsberatungsstellen und Elternschulen geben, damit einmal monatlich Einzelberatung in der Elternschule vor Ort stattfinden kann.

### Kindertagesbetreuung

#### Aufgabe und Entwicklung in 2005

Die Abteilung für Kindertagesbetreuung besteht aus den Bereichen Kindertagesstätten, Kindergärten/Pädagogische Mittagstische, Tagespflege und dem 2005 neu hinzugekommenen Bereich „Erhebung von Gebühren für den Besuch einer Vorschulklasse“. Die wahrzunehmenden Aufgaben sind u. a. die Beratung der Eltern über Einrichtungen und Platzangebote, bei nicht bestehendem Rechtsanspruch die Prüfung und Zuordnung von Bewilligungskriterien, Vermittlung von behinderten Kindern in geeignete Integrationsgruppen, Berechnung von Teilnahmebeiträgen und Erteilung von Kita-Gutscheinen, Werbung, Qualifikation und Eignungsprüfungen von Tagespflegepersonen und ggf. die Ausstellung einer Bewilligung bzw. Pflegeerlaubnis sowie Festsetzung und Einziehung der Gebühren für den Besuch einer Vorschulklasse.

Kennzeichnend für das Jahr 2005 waren die Einführung der Gebühren für den Besuch einer Vorschulklasse und deren Einziehung. Darüber hinaus sind insbesondere im Bereich Tagespflege durch das im Oktober in Kraft getretene KICK (Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes) erhebliche Veränderungen zu bewältigen. Gleichwohl ist es der Abteilung aufgrund der hohen Motivation gelungen, die gesteckten Ziele, z.B. Bescheiderteilung innerhalb von 15 Tagen nach Antragstellung, zu erreichen.

#### Ziele für 2006

Auch 2006 wird für die Kindertagesbetreuung ein spannendes Jahr:

Die behinderten bzw. von Behinderung bedrohten Kinder sollen in diesem Jahr in das Kita-Gutschein-System integriert werden.

Für Vorschulkinder soll es die Möglichkeit einer Anschlussbetreuung geben.

In der Tagespflege steht an, den vielen Änderungen in einer neuen Tagespflegeverordnung Rechnung zu tragen. Bereits vorhandenen Tagespflegepersonen müssen noch geprüft werden und ggf. Pflegeerlaubnisse erhalten. Hier besteht ein großer Informationsbedarf. Es wird vermehrt Hausbesuche geben müssen. Darüber hinaus soll in 2006 die Tagespflege in das ProCAB – Programm integriert werden, was von der Abteilung sehr begrüßt, zunächst jedoch mit einem erhöhten Aufwand verbunden sein wird.





Weiterhin bleibt das Ziel, die Rechtssicherheit der Bürger durch zeitnahe Bescheiderteilung zu gewährleisten. Dabei soll der Kita-Gutschein gleich bei Antragstellung ausgestellt, mindestens jedoch innerhalb von 15 Tagen nach Antragstellung zugeschickt werden.

Insgesamt wird das Ziel verfolgt, die in 2006 anstehenden vielfältigen und umfangreichen Änderungen so gut wie möglich zu bewältigen.

## **Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Eingliederungshilfe**

### **Aufgabe und Entwicklung in 2005**

Im Jahr 2005 wurde weiter an der sozialräumlichen Ausrichtung des ASD gearbeitet. Die Einführung und Fortführung weiterer Schnittstellenprojekte in Lohbrügge (Re-aktiv des Trägers MIKO), Bergedorf-West (F.aktiv des Trägers Pestalozzi-Stiftung und die integrierte Tagesgruppe des Trägers LEB), Neuallermöhe / Bergedorf-West (Therapie und Kooperation des Trägers mittendrin!) und Neuallermöhe (Schnittstellenprojekt vom IB) in Kooperation mit dem ASD sind wichtiger Bestandteil der sozialräumlichen Weiterentwicklung.

Die Planungsräume 1 (Lohbrügge) und 2 (Bergedorf-West, Neuallermöhe Ost und West) sind gekennzeichnet durch einen erheblichen Bedarf an Hilfen zur Erziehung und eine hohe Anzahl von strittigen Scheidungen, insbesondere im Boberger Dorfbereich und Neuallermöhe-West. In Bergedorf-Kern und Vier- und Marschlande werden derartige Belastungen nicht so deutlich. Die Verdichtung der Bebauung im Bereich der Vier- und Marschlande macht sich jedoch in einem steigenden Hilfebedarf bemerkbar.

Über alle Planungsräume hinweg ist erkennbar, dass der Anteil der Familien mit einem psychisch erkrankten Familienmitglied steigt, ebenso der Beratungsumfang in Fällen mit strittigem Umgangsrecht.

Das ursprünglich zugewiesene HzE-Budget wurde auch im Jahre 2005 überschritten.

Alle Teams des ASD setzen die fachliche Qualifizierung der Arbeit durch regelmäßige, wöchentliche kollegiale Beratung fort.

Als neuer Arbeitsbereich ist seit Juli 2005 die Beratung von Zuwanderern ohne Bleiberecht und die Jugendhilfetätigkeiten in Einrichtungen zusammen mit dem Personal im ASD integriert worden.

### **Ziel für 2006**

Neben dem sozialräumlichen Arbeiten wird angestrebt, weiterhin mit dem zur Verfügung gestellten Budget für Hilfen zur Erziehung auskömmlich zu wirtschaften.

Die Zielerreichung soll gewährleistet werden durch Steuerungsmaßnahmen im Bereich der Hilfeplanung, der Verlaufskontrolle sowie der Zeichnungsvorbehalte. Ferner wird auf die verstärkte Nutzung der oben beschriebenen Projekte zur Budgetentlastung gesetzt.

Ein besonderes Augenmerk wird in 2006 dem Kinderschutz gelten, da jetzt bereits erkennbar ist, dass das Meldeverhalten der Bevölkerung sich geändert hat. Kinderschutz hatte schon immer die höchste Priorität, aber durch die höhere Sensibilität in der Bevölkerung durch die Vorfälle des letzten Jahres, ist hier mit deutlich mehr Meldungen zu rechnen, die es gilt, qualifiziert zu bearbeiten.



Durchschnittsfallzahlen	2003	2004	2005
Anzahl der Betreuten in ambulanten Hilfen zur Erziehung (zum Stichtag 31.12.) (gem. §§ 28,29,30,31,32 SGB VIII)	137	148	152
Anzahl der Betreuten in Vollzeitpflege (gem. § 33 SGB VIII)	86	92	94
Anzahl der Betreuten in stationären Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 34, 35 SGB VIII)	153	161	148
Anzahl der betreuten seelisch behinderten Kinder und Jugendlichen (gem. § 35a SGB VIII)	22	23	33
- Zugewiesenes HzE-Budget in T€	9.363	8.653	8.697
- Ausgaben für HzE in T€	9.406	9.575	9.941

## Pflegestellenberatung

### Aufgabe und Entwicklung 2005

2005 war dadurch gekennzeichnet, neue Pflegestellenbewerber zu prüfen, die im Rahmen des hamburgweit durchgeführten Projektes „100 plus“ durch eine spezielle Werbekampagne geworben wurden. Dieses zielte insbesondere auf Familien ab, die bereit waren, auch ältere Kinder oder Geschwisterpaare aufzunehmen. Für die Pflegestellenberatung bedeutete dies, dass an deutlich mehr Informationsveranstaltungen teilgenommen werden musste.

Trotz erheblichen personellen Aufwandes sind für Bergedorf lediglich 4 geeignete Familien verblieben. Auch in 2006 sind weitere Anstrengungen notwendig, um Pflegefamilien für den obigen Zuschnitt zu finden.

Der Vertrag mit dem LEB über die Betreuung von Pflegefamilien läuft weiter. Die Kooperation zwischen LEB und Jugendamt ist positiv.

**Ziel für 2006** ist weiterhin, alle Bewerber innerhalb von 2 Monaten nach Eingang der Bewerbung als Pflegefamilie auf ihre Eignung hin zu überprüfen. Weiteres Ziel ist, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich zu machen, um besonders auch für Geschwisterkinder und für ältere Kinder, die schwer zu vermitteln sind, geeignete Pflegefamilien zu finden.

In 2005 wurde die geplante Pflegeelterngruppe gemeinsam mit dem Kooperationspartner LEB ins Leben gerufen. Die Gruppe hat sich 10 mal getroffen, für 2006 ist die monatliche Weiterführung der Gruppe geplant. Zusätzlich wird die KTB Abteilung bei der Prüfung von Tagespflegestellen unterstützt.

## Andere Aufgaben der Jugendhilfe

### Unterhaltsvorschuss

#### Aufgabe und Entwicklung in 2005

Im Bereich Unterhaltsvorschuss werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) bearbeitet.

Der Unterhaltsvorschuss soll den Mindestunterhalt von Kindern bis zum 12. Lebensjahr sicherstellen in Fällen, in denen der Unterhaltspflichtige den Unterhalt nicht leistet oder nicht leisten kann. Die Mitarbeiter sind sowohl beratend tätig als auch im Bereich der Heranziehung von Unterhaltspflichtigen.



## Ziele für 2006

Als erste Priorität ist vorgesehen, die laufende Leistung zeitnah zu bewilligen.

Weiterhin soll sich verstärkt dem Heranziehungsbereich gewidmet werden, hier insbesondere der Zusammenarbeit mit den Unterhaltsbeiständen, um eine bessere Beratung der Kunden zu ermöglichen.

Ferner sind der Abbau der Rückstände und der Altfälle im Heranziehungsbereich voranzubringen, hier sind insbesondere Verjährung bzw. Verwirkung zu beachten.

	2003	2004	2005
Anzahl der 0 bis unter 12jährigen Kinder, die UVG-Leistungen erhalten	1.187	1.321	1.087
- Ausgaben nach dem UVG in T€	1.645	1.790	1.796
- Einnahmen nach dem UVG in T€	272	251	231

## Jugendgerichtshilfe

### Aufgabe und Entwicklung 2005

Die Jugendgerichtshilfe (JGH) in Bergedorf ist weiterhin hohen Belastungen ausgesetzt. Die Schwere der Straftaten Jugendlicher zieht häufig langwierige Gerichtsverfahren nach sich. Das Diversionsprojekt hat seit 2004 erheblich dazu beigetragen, dass gerichtliche Gesprächs- und Betreuungsweisungen sowie Täter-Opfer-Ausgleiche zügig erledigt werden konnten.

**Ziel für 2006** ist es, die neue organisatorische Anbindung der JGH mit den sozialen Diensten der Justiz vorzubereiten, um eine reibungslose Übergabe zu ermöglichen.

	2003	2004	2005
Eingangszahlen beim Bezirksjugendgericht	*	500	456
Anzahl der Projekt- und Betreuungsweisungen	29	27	31
Anzahl Täter-Opfer-Ausgleiche	27	48	87

\*Ab 2003 werden diese Zahlen von der Fachbehörde nicht mehr erhoben.

## Amtsvormundschaft / Beistandschaft

### Aufgabe und Entwicklung in 2005

Im Zentrum der Beistandschaften stand das Ziel, möglichst schnell Unterhaltsregelungen für Kinder zu treffen und die Ansprüche durch Unterhaltsurkunden festzulegen.

Im Bereich der Amtsvormundschaften ist es gelungen, den qualitativ guten Standard der fachlichen und persönlichen Betreuung der Minderjährigen sicherzustellen. Die sich verschärfenden Konfliktlagen der betroffenen Kinder stellen spürbar besondere Herausforderungen an die Vormünder und Pfleger dar.

Im Jahre 2005 erfolgte zum 01.07. die Neufestsetzung der gesetzlichen Regelbeträge mit den Konsequenzen der Einzelfallprüfungen, Zahlungskorrekturen und -überwachungen. Dabei haben sich die Mangelfallproblematiken deutlich verschärft mit der Folge von erhöhten Regelungsnotwendigkeiten.



Abgeschlossen wurde die Einführung der Mündelgeld- und Einnahmeverwaltung (MEV), die jetzt gut läuft.

Das Ziel des spürbaren Rückstandsabbaus konnte nicht erreicht werden. Entscheidend negativ beeinflusst wurde das Bemühen durch die zeitweise Abordnung eines Kollegen. Vor dem Hintergrund gestiegener Beistandschaftszahlen verbunden mit der Regelbetragsumstellung und einem beträchtlichen Aufwand im Rahmen der Geschäftsprozessanalyse und -optimierung konnte per 31.12.05 das Ergebnis des Vorjahres nicht gehalten werden.

Die Schnittstelle zwischen der ARGE und der Abteilung Beistandschaft brachte wegen vorhandener Regelungslücken den erwarteten Abstimmungs- und Konfliktaufwand, da konkrete Regelungen (Geltendmachung von Unterhalt und Erstattung) nur im Einzelfall umgesetzt werden können.

**Die fachlichen Ziele 2006** finden sich in den bisherigen Kennzahlen, wonach zeitnah Unterhaltsregelungen für Kinder getroffen und Unterhaltsurkunden festzuschreiben sind. Der erreichte qualitativ hohe Standard der persönlichen Betreuung der Minderjährigen bei den Vormundschaften und Pflegschaften soll gehalten werden.

Maßnahmen des Kinderschutzes mit hoher politischer Priorität lassen in der Tendenz steigende Betreuungsfälle und höheren Abstimmungsbedarf erwarten.

Die geringere Verteilungsmasse führte in immer mehr Fällen zur Mangelsituation mit hohem Aufwand. Die gesetzliche Änderung der Regelbeträge in Verbindung mit einer Korrektur des Selbstbehaltes zur Mitte des Vorjahres 2005 wirkt sich auf die Arbeitsdichte auch in 2006 aus.

Die gesetzlichen Regelungen für das SGB II und für die ARGE erschweren nach wie vor durch aufwändige Regelungen die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen für die Beistände.

Von besonderer Bedeutung wird eine geplante Veränderung der Grundlagen des Unterhaltsrechtes, die 2006 wirksam werden soll.

Hier sind Fortbildungs- und Informationserfordernisse zu erwarten.

Zusätzlich gibt es erhöhten Abstimmungs- und Arbeitsaufwand mit der Kostenabteilung Hilfen zur Erziehung durch Veränderung des Kostenrechtes im SGB VIII. Alle Heranziehungs- und Erstattungsverfahren sind spätestens zum 31.3.06 umzustellen.

	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
- Anzahl der Amtsvormundschaften	141	145	148
- davon für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	8	1	0
Anzahl der Beistandschaften	1.511	1.508	1.626
Anzahl der Urkunden und Sorgeerklärungen	776	676	627
Beratung und Unterstützung nach § 18 SGB VIII (Eingehende Beratung und Unterstützung in Unterhaltssachen)	152	302	206
Beratung und Unterstützung nach § 52 a SGB VIII (Telefonische und persönliche Beratungen vor und nach der Geburt)	730	634	485



## 5.2 Grundsicherungs- und Sozialamt

Leitung: Angelika Lange (kommissarisch), Tel. 42891-2120

	<b>2005</b>
Beschäftigungsvolumen <sup>1)</sup>	29,57

1) Das Beschäftigungsvolumen wird durch die Umstrukturierung nach SGB II ab 2005 angegeben.

### **Aufgabe und Entwicklung in 2005**

Mit dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) wurde für die Arbeit des Grundsicherungs- und Sozialamtes eine neue Rechtsgrundlage geschaffen, die am 01.01.2005 in Kraft getreten ist. Damit wurde nach über 40 Jahren das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) abgelöst. Mit der Eingliederung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als 4. Kapitel des SGB XII wurde nach nur zwei Jahren das 2003 in Kraft getretene Grundsicherungsgesetz (GSiG) ebenfalls abgelöst.

Eine umfassende, grundlegende Strukturreform des gesamten Sozialhilferechts hat nicht stattgefunden, aber es haben sich in Teilen der Sozialhilfe strukturelle Änderungen ergeben. So wird beispielsweise bei den Leistungsarten formell nicht mehr zwischen der Hilfe zum Lebensunterhalt und den (ehemaligen) Hilfen in besonderen Lebenslagen unterschieden. Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt stellt der Regelsatz eine Pauschale für den gesamten Lebensunterhalt dar. Die bisherige Aufteilung in einmalige und laufende Leistungen der Sozialhilfe wurde damit aufgegeben. Durch einen Zuschlag zum bisherigen Regelsatz werden die einmaligen Bedarfe, von wenigen Ausnahmen abgesehen, abgedeckt bzw. es muss für sie angespart werden.

Auch andere, für die Sozialhilfe bedeutsame Gesetze wurden geändert. So ist zum Beispiel der Anspruch auf Mietzuschuss (Wohngeld) für Personen, die Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung enthalten, entfallen.

Die bedeutsamste Änderung für die Sozialhilfe findet sich außerhalb des SGB XII: Zeitgleich mit der Eingliederung des Sozialhilferechts in das SGB folgte mit der Verabschiedung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt das Sozialgesetzbuch II (SGB II), die Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II). Unter den Anwendungsbereich des SGB II fallen alle erwerbsfähigen (auch die bereits erwerbstätigen), hilfebedürftigen Personen. Zuständig für die Gewährung dieser Leistung ist die neu gegründete Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II (Arge). Sie ist seither für einen deutlich größeren Personenkreis zuständig als das Grundsicherungs- und Sozialamt.

Eine Vielzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Grundsicherungs- und Sozialamtes ist seit dem 1.01.2005 in der Arge beschäftigt.

Die Klärung offener Rechtsfragen zum SGB XII, die Schulung in diesem Rechtsgebiet und die Sicherstellung der rechtsfehlerfreien Anwendung des neuen Regelwerkes bildeten den fachlich-inhaltlichen Schwerpunkt im Jahr 2005. Zugleich waren Zuständigkeitsfragen in der Abgrenzung zum SGB II zu klären und bei Überschneidungen die Zusammenarbeit mit der Arge abzustimmen, so etwa insbesondere hinsichtlich der Fälle von Mietschulden sowie Rückständen bei Energieversorgern, aber auch bei der Feststellung der Erwerbsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit als Leistungsvoraussetzung, dem Verfahren in Streitfällen und der Frage etwaiger gegenseitiger Erstattungsansprüche der beiden Leistungsträger.



Daneben waren weitere gesetzliche Änderungen und fachliche Vorgaben etwa im Bereich der Eingliederungshilfe umzusetzen. Zum Ende des Jahres 2005 ist die Behindertenbeförderung vollständig neu strukturiert worden. Bislang existierten zwei Beförderungssysteme für Menschen mit Behinderungen: Wer eine rollstuhlgerechte Beförderung benötigte, konnte den Spezialbeförderungsdienst des Deutschen Roten Kreuzes in Anspruch nehmen. Diejenigen, die nicht auf Spezialfahrzeuge angewiesen waren, erhielten eine Taxipauschale, über deren Verwendung dem Sozialamt Belege vorzulegen waren. Nunmehr erhalten Menschen, die aufgrund einer Behinderung nicht in der Lage sind, Busse und Bahnen zu nutzen, je nach dem Grad der Mobilitätseinschränkung einen monatlichen Pauschalbetrag. Die Pauschalen berücksichtigen die Durchschnittswerte der bisher in Anspruch genommenen Fahrten. Dieses neue System ermöglicht einen individuellen Spielraum, ggf. das Ansparen nicht verbrauchter Beträge und ermöglicht mehr Flexibilität, da die Nutzer aus den unterschiedlichen Transportangeboten schnell und direkt das für sie am besten geeignete wählen können.

Im Spätsommer ist die Arge aus dem Dienstgebäude Duwockskamp aus- und in den neuen Standort am Weidenbaumsweg eingezogen. Im Anschluss sind alle bis dahin anderenorts untergebrachten Abteilungen des Grundsicherungs- und Sozialamtes zum Duwockskamp umgezogen. Seitdem werden erstmals seit vielen Jahren alle Dienstleistungen dieses Amtes unter einem Dach am Duwockskamp angeboten.

Im Rahmen der Neuordnung des Hilfesystems für Wohnungslose ist zum 1.07.2005 die bisherige Bezirksstelle zur Wohnungssicherung in der neu geschaffenen Bezirklichen Fachstelle für Wohnungsnotfälle aufgegangen. Wie bisher berät die Fachstelle im Rahmen der Wohnungssicherung Menschen, die vom Verlust ihrer Wohnung bedroht sind, um das Mietverhältnis zu sichern und gewährt ggf. weitergehende Hilfen (Mietschuldenübernahme). Gegenüber 2004 ist die Zahl der Falleingänge mit drohendem Wohnungsverlust um 30 % auf 811 Fälle gestiegen. Dies vor allem deshalb, weil die Fachstelle neben Empfängern von Sozialhilfe auch Empfänger von Arbeitslosengeld II hinsichtlich ihrer Mietschulden betreut.

Zu den neuen Aufgaben der Fachstelle gehören die öffentlich-rechtliche Unterbringung und die Wohnungsvermittlung: Zur Abwendung einer drohenden oder bereits eingetretenen Obdachlosigkeit bewilligt die Fachstelle die Unterbringung in einer öffentlichen Unterkunft.

In Zusammenarbeit mit dem Einwohneramt und den Wohnungsunternehmen wird verfügbarer Wohnraum an wohnungslose Menschen vermittelt. Im Rahmen eines Kooperationsvertrages mit der Wohnungswirtschaft sollen dafür zusätzliche Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Ergänzend berät die Fachstelle die Betroffenen, um einen erneuten Wohnungsverlust zu vermeiden.

Augrund eines neuen Staatsrahmenvertrages können seit April 2005 Befreiungen von der Rundfunk- und Fernsehgebührenpflicht nur noch von der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) in Köln vorgenommen werden. Eine stark nachgefragte Dienstleistung kann somit nicht mehr vom Grundsicherungs- und Sozialamt vorgehalten werden. Bis heute wenden sich noch viele Bürgerinnen und Bürger Rat und Hilfe suchend an das Sozialamt.

Im letzten Quartal wurde hinsichtlich der Leistungen für Asylbewerber ein Abgleich der Daten des Sozialhilfeträgers und der Ausländerbehörde (Prosa-Paula-Abgleich) durchgeführt mit dem Ziel, ggf. Leistungsmissbrauch festzustellen und für die Zukunft zu verhindern. Hamburgweit wurden zunächst 400 Fälle aufgrund festgestellter Abweichungen überprüft. Ein Leistungsmissbrauch wurde in keinem Fall festgestellt.





### **Ziele für 2006**

- Das Grundsicherungs- und Sozialamt nutzt zur Bearbeitung, Dokumentation und Leistungsgewährung das 1991 bis 1995 stufenweise eingeführte IT-Verfahren „PROSA“. Es ist beabsichtigt, PROSA durch ein anderes IT-Verfahren abzulösen, das die bisherigen Unterstützungen der Leistungsbearbeitung usw. sichert und darüber hinaus größere Anpassungsfähigkeit und Erweiterbarkeit für erforderliche Unterstützungen bietet. Ein erster Abgleich hat ergeben, dass „OPEN/PROSOZ“ als geeignetes Produkt in Betracht kommt. Insbesondere im ersten Halbjahr 2006 wird das angebotene Produkt mit „PROSA“ verglichen, auf Eignung getestet, zusätzliche Anforderungen sind zu identifizieren und zu benennen.
- Für alle Hilfearten der Eingliederungshilfe gilt die gesetzliche Verpflichtung zur Erstellung und Fortschreibung eines Gesamtplanes. Die Entwicklung, Vorbereitung und Einführung des Gesamtplanverfahrens, das es bisher in den Grundsicherungs- und Sozialämtern nicht gibt, bildet den Schwerpunkt im Jahr 2006.
- In Hamburg werden etwa 4.800 Menschen mit Behinderungen in stationären Einrichtungen betreut. Mit dem Ziel, etwa ein Drittel der stationär untergebrachten Menschen aus der stationären Versorgung heraus in ambulante Hilfen zu bringen, wurde 2005 das Projekt „Ambulantisierung“ begonnen. Daneben werden Neuanträge auf stationäre Versorgung, für die die Behörde für Soziales und Familie (BSF) zuständig ist, auf die Möglichkeit der ambulanten Versorgung geprüft. Das Projekt soll 2006 beendet werden. Die auf ambulante Versorgung umgestellten Fälle gehen in die Zuständigkeit des Bezirksamtes über.
- Das Konzept der Wohnungsversorgung für Wohnungslose und aufenthaltsberechtigte Zuwanderer wird fortgeführt mit dem Ziel, Wohnungslosigkeit zu vermeiden oder zu beseitigen und die in städtischen Unterkünften lebenden wohnungsberechtigten Zuwanderer mit Wohnraum zu versorgen und die Zahl der Wohnunterkünfte abzubauen.
- Zur Missbrauchsbekämpfung werden der Sozialdatenabgleich sowie der PROSA-PAULA-Abgleich (s.o.) fortgeführt.



### Allgemeine Kennzahlen des Grundsicherungs- und Sozialamtes

Kennzahl	2003	2004	2005
<b>Hilfen zum Lebensunterhalt</b>			
Empfänger (HE) von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG/3. Kap. SGB XII	8.330	8.951	293
Anzahl der Empfänger pro 1.000 Einwohner	71	75	3
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	230	224	648 <sup>1</sup>
Empfänger von Grundsicherungsleistung nach dem GSiG/ 4. Kap. SGB XII	628	698	903
Anzahl der Empfänger pro 1.000 Einwohner	5	6	8
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	278	285	436 <sup>1</sup>
Anzahl der Empfänger nach dem AsylbLG	1.369	1.344	1.202
Anzahl der Empfänger pro 1.000 Einwohner	12	11	10
Durchschnittliche Ausgaben pro Person gem. AsylbLG in €	280	286	429 <sup>2</sup>
<b>Hilfen zur Verhinderung und Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit und öffentliche Unterbringung</b>			
Anzahl der Fälle mit drohendem Wohnungsverlust	575	650	811
Anzahl der abgeschlossenen Fälle	490	490	718
Anteil positiv abgeschlossene Fälle (= Wohnungssicherung) in %	83,3	84	91,64
Anzahl der Fälle öffentlicher Unterbringung	-	-	67 <sup>3</sup>
Anzahl Wohnungsvermittlungen	-	-	21 <sup>3</sup>

<sup>1</sup> Abweichung basiert auf veränderter Datenauswertung sowie Aufnahme der Pauschale für einmalige Leistungen in den Regelsatz und Wegfall des Wohngeldanspruches

<sup>2</sup> Abweichung basiert auf veränderter Datenauswertung mit nunmehr u.a. auch die Unterkunftsgebühr umfassender Leistungsabfrage

<sup>3</sup> Aufgabe wird seit 01.07.2005 wahrgenommen





## 6. ORTSAMT VIER- UND MARSCHLANDE

Leitung: Dirk Brahm, Tel. 42891-2350

		2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen		42,0	26,08 <sup>1</sup>	16,34 <sup>2</sup>
Sachkostenbudget in €				
Ansatz und Rest Vorjahr	<b>Soll</b>	64.973,83	23.680,24 <sup>3</sup>	22.645,43
Ausgaben	<b>Ist</b>	64.359,71	23.333,75	22.637,98
übertragbarer Rest		614,12	346,49	7,45
betreute Fachausschüsse		Ortsausschuss und Unterausschüsse		

### 6.1 Verwaltungsabteilung

	2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen	3,0	3,0	2,92

Neben den im Folgenden aufgeführten Leistungen wird die Verwaltungsabteilung auch tätig für das Statistikamt Nord, indem in Amtshilfe die Durchführung der statistischen landwirtschaftlichen Erhebungen, wie z. B. Agrarberichterstattung, Bodennutzungshaupterhebung u. a. für das Gebiet der Vier- und Marschlande koordiniert wird.

### Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

	2003	2004	2005
Anzahl der zu betreuenden Gremien	3	3	3
Anzahl der Sitzungen	27	23	26
schriftliche Vorlagen insgesamt	111	83	75
davon Stellungnahmen / Beiträge der Verwaltung <sup>4</sup>	48	37	31

### 6.2 Bürgerzentrum

	2003	2004	2005
Beschäftigungsvolumen	3,50	3,50	3,00

Im "Bürgerzentrum Vier- und Marschlande" werden publikumsintensive Verwaltungsdienstleistungen der ehemaligen Wirtschafts- und Ordnungsabteilung und der Einwohnerabteilung in einer Service-Einheit zusammengefasst wahrgenommen.

Es bietet weiterhin von allen Bürgerzentren der Freien und Hansestadt Hamburg den umfassendsten Service "aus einer Hand" an.

<sup>1</sup> zum 01.01.2004 wurde Vm/BA 5 in die Garten- und Tiefbauabteilung des Bezirksamtes integriert

<sup>2</sup> Zum 01.04.2005 wurde die Grundsicherungs- und Sozialabteilung ausgegliedert

<sup>3</sup> Budgetverringerung durch die Abgabe von Vm/BA 5

<sup>4</sup> incl. Antworten auf schriftliche Anfragen



Seit 2003 werden im Bürgerzentrum nachstehende Leistungen für den Landesbetrieb Verkehr wahrgenommen:

	2003	2004	2005
Führerschein-Tausch	175	195	126
Adressenänderung in Kfz-Scheinen	325	237	298

### Melde- und Ausweisangelegenheiten

	2003	2004	2005
Bevölkerungszahl im Ortsamtsgebiet <sup>1</sup>	37.410	38.440	38.784
Anzahl der erteilten Personaldokumente <sup>2</sup>	4.448	4.510	4.582
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen	3.922	4.337	3.689
Anzahl der schriftlichen Auskünfte <sup>3</sup>	11.239	18.355	13.586
Summe aller Leistungen <sup>4</sup>	34.416	35.604	28.930

Da die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg jede beliebige Einwohnerdienststelle für melde-rechtliche Belange aufsuchen können und sich nicht an die für ihre aufgrund der Meldead-resse zuständige Dienststelle wenden müssen, lassen sich nur bedingt Rückschlüsse auf das konkrete Einzugsgebiet ziehen. So wurden z. B. in Vier- und Marschlande rund 1/3 der Personalausweis-anträge für Bürgerinnen und Bürger aus dem Kerngebiet bearbeitet, 2/3 für Bewohner des Landgebietes.

### Gewerbe- und Ordnungsangelegenheiten

Das Bürgerzentrum bietet folgende Leistungen: Gewerbean-, -um- und -abmeldungen, Ausstellen von Reisegewerbekarten, Ausstellen von Angelscheinen, Ausgabe von Fische-reimarken, Auskünfte aus dem Gewerberegister und Auszüge aus dem Gewerbezentralre-gister, Ausstellen von Transportmittelscheinen. Eine statistische Trennung zwischen Kern-gebiet und Ortsamtsgebiet ist technisch nicht machbar. Daher sind die Tätigkeiten des Bür-gerzentrums in den Zahlen des Verbraucherschutzamtes enthalten. Einzig die Ausgabe von Angelscheinen kann für das Bürgerzentrum bestimmt werden:

	2003	2004	2005
Angelscheine	75	69	71

### Sozialangelegenheiten

	2003	2004	2005
Anzahl der Rundfunkgebührenbefreiungen / -ermäßigungen <sup>5</sup>	147	166	24
Verlängerung von Schwerbehindertenauswei-sen	126	127	73 <sup>6</sup>
Sitzplatzausweise	8	13	4

<sup>1</sup> jeweils zum 31.12. des Vorjahres

<sup>2</sup> Setzt sich zusammen aus Personalausweisen, vorläufigen Personalausweisen, Reisepässen, vorläufigen Reisepässen und Kinderausweisen

<sup>3</sup> Hier wird die Zahl der Zugriffe auf das Meldesystem wiedergegeben, die erforderlich waren, um alle Auskunftersuchen zu beantworten.

<sup>4</sup> Hierunter fallen z.B. auch Führungszeugnisse und Ausstellungen von Lohnsteuerkarten.

<sup>5</sup> Die Aufgabe wird seit 01.04.2005 nur noch von der GEZ selber wahrgenommen

<sup>6</sup> Die Schwerbehindertenausweise haben eine Gültigkeit von fünf Jahren



### 6.3 **Bauaufsicht**

	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
Beschäftigungsvolumen	11,3	11,25	10,42

#### **Durchführung des bauaufsichtlichen Anzeige- und Antragsverfahrens**

##### **Aufgabe und Entwicklung in 2005**

Die Zahl der Widersprüche ist auf 41 (Vorjahr 84 Widersprüche) gefallen.

367 Verfahren (Vorjahr 122) zur Herstellung ordnungsgemäßer Zustände (Beseitigungen, Nutzungsuntersagungen usw.) wurden durchgeführt. Die hohe Zahl erklärt sich aus der wieder aufgenommenen Überprüfung der ungenehmigten Lauben und der Überprüfung der Grundleitungen in Wasserschutzgebieten.

Da Antragsteller eine hohe rechtliche Sicherheit für zukünftige Planungen benötigen, bleibt die Zahl der Vorbescheide mit 96 Vorbescheidsverfahren weiterhin hoch (Vorjahr 91 Vorbescheidsverfahren).

Die Nachbesiegelung in den Vier- und Marschlanden wurde im Jahr 2005 abgeschlossen, deshalb sind keine Drucksielfestlegungen mehr erforderlich.

Das Campingplatzgelände Hohendeicher See wird weiterhin überprüft. Zwischen den Campingplatzbesitzern und der Bauprüfungsabteilung ist es zu einer konstruktiven Zusammenarbeit gekommen.

Die Überprüfung der Grundleitungen in Wasserschutzgebieten wurde begonnen (bisher 108 Verfahren durchgeführt von insgesamt ca. 1300).

Die Überprüfung der ungenehmigten Kleingartenlauben im Bereich Zollenspieker Dreieck hinsichtlich der Entwässerung wurde begonnen (bisher 125 Verfahren durchgeführt).

Die Überprüfung der übrigen ungenehmigten Kleingartenlauben wurde begonnen.

Im Jahr 2005 wurden 45 Gestaltungsberatungsgespräche mit Planern und Bauherren geführt. Der Gestaltungsleitfaden ist fertig gestellt und wurde am 11.1.2006 auf einem Symposium Architekten, Bauingenieuren, Vertretern des Handwerks und der Wirtschaft sowie interessierten Grundbesitzern vorgestellt.

##### **Ziele für 2006**

Die Bauprüfungsabteilung nimmt auch zukünftig Sonderaufgaben wahr.

Aufgrund gesetzlicher Änderungen ist die Dichtigkeit der Entwässerungs-Grundleitungen in Wasserschutzgebieten alle 5 Jahre vom Grundeigentümer nachzuweisen. Weil es sich um eine in der Öffentlichkeit unbekanntere gesetzliche Änderung handelt, werden die betroffenen Grundeigentümer angeschrieben. Die Überprüfung wird zukünftig eine kontinuierliche Aufgabe.

Die Überprüfung der ungenehmigten Lauben und Schuppen wird in 2006 fortgeführt.

Der Rückbau der Kleingartenlauben auf 24 m<sup>2</sup> im Kleingartenverein 602 ist durchzusetzen (es liegen rechtskräftige Bescheide vor).

Die neue Hamburgische Bauordnung mit zahlreichen Änderungen tritt am 1.4.2006 in Kraft. Schulung der Mitarbeiter und die Beratung der Bauherren, Architekten wird einen großen, zeitlichen Raum einnehmen.

Die Nachbereitung des Symposiums und der Druck des Gestaltungsleitfadens wird durchgeführt. Die Gestaltungsberatung wird weiter angeboten.



		2003	2004	2005
Wohnbauvorhaben		254	340	357*)
Anzahl der Wohnungen		118	95	63*)
Gewerbliche Bauvorhaben		76	112	120
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren (einschl. der Bauanzeigen- Entwässerung)		1.121	850	1.449
Anzahl der Grundstücksteilungen		73	100	60
Anzahl OWiG-Verfahren		1	1	6
Einnahmen in EUR				
Gebühren	Soll	241.318,35	185.775,03	428.467,52
	Ist	240.235,82	177.277,60	381.616,21
Zwangsgeld/Bußgeld	Soll	36.575,11	31.879,88	36.017,70
	Ist	4.036,46	18.650,00	13.387,82

\*) Die Differenz beider Zahlen ergibt sich aus der Tatsache, dass Wohnbauvorhaben nicht immer eine neue Wohnung zur Folge haben. Als Wohnbauvorhaben werden auch alle Veränderungen am vorhandenen Wohnhaus wie z.B. Anbauten, Ausbauten, Dachgauben, Wintergärten, Außentrep-  
pen und Balkone gewertet.

### Sicherstellen der ordnungsgemäßen Entwässerung

Entwässerung (Anzahl der Verfahren)	286	288	340
davon Bauanzei- gen/Drucksielanschlüsse	94	128	128
Drucksielfestlegungen	192	160	0



## **7. Beauftragte für Wirtschaftsförderung (WB) und Verbindungsstelle Liegenschaftsverwaltung (WB/LI)**

Dirk Brahm,                   Tel.: 42891-2350  
Dirk Klimach,               Tel.: 42891-2347  
Herbert Fuhrmann,        Tel.: 42891-2482

### **Aufgaben und Entwicklung in 2005**

Das Wirtschaftsförderungsteam des Bezirksamtes Bergedorf entwickelte auch in 2005 zahlreiche Aktivitäten.

Der erweiterte Aufgabenbereich ist geprägt durch ein sehr weites Spektrum, da er die Förderung einer Vielzahl von Branchen umfasst (z.B. Einzelhandel, Tourismus, Maschinenbau, Life Science etc.) und sich sowohl auf Bestandspflege, Existenzgründungsberatung und Unternehmensakquisition bezieht. Die Tätigkeit ist zudem gekennzeichnet durch Repräsentation und intensiven Kundenkontakt mit den ansässigen Unternehmen, Unternehmensvertretungen, Behörden, Wirtschaftsförderungsinstitutionen, Presse etc. Im Rahmen der Vertretung bezirklicher Interessen sind häufig Vorträge bzw. Präsentationen bei verschiedensten Einrichtungen (z.B. Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Handelskammer) zu jeweils variierenden Themenfeldern (z.B. Business Improvement District (BID), Stadtmarketing) zu halten. Moderationen und Verhandlungen u.a. im Rahmen regionaler Kooperationen oder die Organisation von Veranstaltungen sind ebenfalls fester Bestandteil des Aufgabenspektrums.

Herausragendes Projekt war die maßgebliche Koordinierung zur Gründung des ersten Business Improvement Districts (BID's) in Hamburg und in Deutschland. Am 16. August 2005 hat der Senat das Bergedorfer BID durch Rechtsverordnung rechtskräftig eingerichtet. Die damit verbundenen Maßnahmen dienen der Aufrechterhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Bergedorfer City. Es wurden zahlreiche Aufgaben bei der Vorbereitung zur Errichtung des BID's geleistet, insbesondere aktive Mitarbeit im BID-Arbeitskreis, Abstimmung mit Hamburger Behörden und der Handelskammer sowie Organisation von Veranstaltungen etc. Nach der Errichtung des BID's wird eine koordinierende Tätigkeit in der aus dem Arbeitskreis hervorgegangenen BID-Lenkungsgruppe geleistet. Zudem findet eine aktive Mitarbeit in den Arbeitskreisen Kommunikation und Informations- und Passantenleitsysteme statt.

Im Rahmen des Stadt- und Standortmarketings wurden insbesondere folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Organisation eines Workshops „Marke Bergedorf“ und Entwicklung eines Konzeptes
- In Kooperation mit HAW und WSB Erarbeitung eines Berichts „Life Sciences“
- Vorbereitende Maßnahmen zur Gründung einer Bergedorfer Stadtmeisterei
- Entwicklung einer Standortbroschüre
- Beteiligung an der Maschinenbaumesse NORTEC in Zusammenarbeit mit dem Produktionsnetzwerk Bergedorf

Im Rahmen der aktiven Bestandspflege wurden darüber hinaus folgende Aktivitäten in Angriff genommen:

- Durchführung einer Mittelstandsförderveranstaltung
- Vertiefung des Netzwerks Maschinenbau und Technik
- Unternehmensbesuche.



Nach wie vor wird die Aufgabenstellung der Wirtschaftsbeauftragten durch die Angliederung der Verbindungsstelle optimiert, die nach der Zentralisierung der Liegenschaftsverwaltung im Bezirk eingerichtet wurde. Herr Fuhrmann nimmt die Koordinierung der Liegenschaftsangelegenheiten zwischen Bezirk und Liegenschaftsverwaltung wahr. Die dadurch nutzbaren Kompetenzen kommen der Tätigkeit der Wirtschaftsförderung zu Gute und ergänzen sie in hervorragender Weise.

Die in 2004 eingeführte Internetpräsentation der städtischen Gewerbeflächen, die von der Verbindungsstelle gepflegt wird, erfreut sich reger Nachfrage.

Vermarktung:

Die städtischen Gewerbeflächen im Bezirk haben sich wie folgt entwickelt:  
(Stand Januar 2006)

Mit ca. 221,1 ha bietet der Bezirk Bergedorf das höchste Angebot an städtischen Industrie- und Gewerbeflächen in Hamburg. Davon sind

- sofort ca. 49,7 ha
- mittelfristig ca. 51,5 ha
- langfristig bis zu 119,9 ha verfügbar.

Ergänzt wird dieses Angebot noch durch ca. 32,0 ha Gewerbeflächen, die sich in privater Hand befinden.

Ein Vergleich zwischen den für ganz Hamburg ausgewiesenen Flächen in einer Größenordnung von 545,9 ha und dem hier vorhandenen Angebot von ca. 221,1 ha dokumentiert die Spitzenposition Bergedorfs nachhaltig.

Die folgende Aufstellung stellt die städtischen Gewerbeflächen in Bergedorf zum Stichtag 31.12.2005 dar:

<b>Gewerbegebiet</b>	<b>Bestand</b>	<b>disponiert</b>	<b>verfügbar</b>
Dusiplatz	2.231	2.231	0
Curslacker Neuer Deich	91.360	0	91.360
Lehfeld	14.180	2.100	12.080
Havighorster Weg	7.450	0	6.343
Billwerder-Allermöhe	500.607	197.334	303.273
Walter-Rudolphi-Weg	34.000	0	33.688
Gerhard-Falk-Straße	3.612	0	3.612
Helmut-Nack-Straße	16.500	0	3.850
Brookkehre	28.590	2.469	26.121
Mette-Harden-Straße	19.000	1.600	17.400

Unstimmigkeiten in den Zahlen lassen sich auf teilweise langfristige Vermietungen von Gewerbegrundstücken zurückführen.

Die Dispositionen für 6 Unternehmen bewegen sich in Größenordnungen von 830 m<sup>2</sup> bis 28.000m<sup>2</sup>.

Die führende Position Deutschlands im Export löst u.a. weiterhin eine starke Nachfrage nach Flächen für Logistiker aus. Dabei zeichnet sich im Gewerbegebiet Allermöhe die Vergabe der letzten Großflächen ab.



## Ziele für 2006

- Erfolgsorientierte Profilierung des Bergedorfer Business Improvement District (BID)
- Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen der Aufstellung einer Großbildleinwand zur Fußball-Weltmeisterschaft im Bergedorfer Schlosspark
- Koordinierung der Bergedorfer Stadtmeisterei
- Vertiefung des Netzwerks Maschinenbau und Technik und Etablierung eines Netzwerks Life Science (z.B. Organisation einer Life Science-Veranstaltung)
- Vorantreiben des Bergedorfer Stadt- und Standortmarketingprozesses (insbesondere Gründung einer Bergedorf Marketing GmbH)
- Durchführung von Unternehmensbesuchen in verstärkter Kooperation mit den Hamburger Mittelstandsförderinstitutionen
- Organisation einer Standortveranstaltung
- Stärkung des Tourismusstandortes Bergedorf (z. B. Schaffung eines Campingplatzes für Durchreisende).